

Kornwälder

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 31. Oktober 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Die Kanonenfirma auf dem Pulverfab.

Auch die Verhandlungen am Donnerstag wurden vollständig ausgefüllt durch die Vernehmung des Zeugen v. Mehen. Offenbar war Herr v. Mehen bemüht, sich bei seinen Aussagen die größte Zurückhaltung aufzuerlegen. Er hat offenbar Angst, „in das Bespennest zu greifen“, sofern ihm nicht dokumentarische Belege für seine Behauptungen zur Verfügung stehen. Er weiß, daß ihm sicherlich kein Pardon gegeben würde, wollte er Anschuldigungen erheben, die sich nicht beweisen lassen. Vielleicht sind es noch andere Gründe, die ihn zur peinlichsten Abwägung seiner Worte veranlassen. Es scheint, als ob er nach Möglichkeit Personen schonen wollte, mit denen er früher in engen freundschaftlichen Beziehungen gestanden hat. Trotz alledem waren seine Bekundungen, die in der Hauptsache durch urkundliches Material unterstützt wurden, überaus peinlich für verschiedene seiner Krupp-Freunde.

Wenn Herr v. Mehen einmal einem dieser Krupp-Direktoren gegenüber davon gesprochen haben will, daß die Firma sich durch ihr von Brandt etabliertes Spionagesystem auf ein Pulverfab gesetzt habe, das, bildlich gesprochen, die Firma Krupp in die Luft sprengen könne, so trifft das vollaus zu auf verschiedene Mitteilungen, die er zu machen hatte. Als der Zeuge seine Worte von dem Pulverfab erwähnte, brach die Bank der Krupp-Direktoren in lebhafteste Lächerlichkeit aus. Das Lachen mag freilich nur ein spontaner Verlegenheitsausbruch gewesen sein. Denn das wollen wir zugunsten der Herren denn doch nicht ohne weiteres annehmen, daß sie auch jetzt noch der fröhlichen Ueberzeugung lebten, daß ja der Firma Krupp überhaupt nichts geschehen könnte. Zumal der Anklagevertreter sich zu Beginn der Verhandlung mit großer Schärfe gegen die ungeheuerlichen Zumutungen und Angriffe verwahrte, die gerade in dem Blatt gegen ihn erhoben waren, an dessen Sanierung und Offizialisierung der Kanzler des Deutschen Reiches so eifrig arbeiten soll. Allerdings tun es Worte allein noch lange nicht. Erst das wirkliche Verhalten der Anklagebehörde wird ein Urteil darüber zulassen, ob ihre Auffassung nicht schließlich dennoch durch jenen pseudo-nationalen Furor beeinflusst wird, dem Herr v. Gottberg so köstlich unbedenklichen Ausdruck verliehen hat.

Der Zeuge v. Metz.

Die heutige vielstündige Vernehmung dieses wichtigsten und sozusagen einzigen Zeugen des Krupp-Prozesses bot endlich Gelegenheit, sich ein Bild von der Persönlichkeit des Mannes zu machen, dem in dem ersten Krupp-Prozess von Herrn Brandt, den Krupp-Direktoren und einem präsidierenden alldeutschen Rechtsanwalt so übel mitgespielt worden war. Hatte man damals doch nicht nur Herrn v. Mehen als den sicheren Uebersender der Kornwalzer an Diebstahl bezeichnet, sondern ihn auch bezichtigt, daß er, der ehrenrühriger Delikt wegen von der Firma Krupp entlassen werden mußte, nunmehr auf nichts anderes sinne, als sich an seinen ehemaligen Kollegen und seiner Prozeßgegnerin, der Firma Krupp, zu rächen.

Inzwischen hat man erfahren, welche Verfehlungen sich Herr v. Mehen hat zuschulden kommen lassen. Er hat gegen eine statliche Provision seine Unwahrhaftigkeit auf einen vermutlich lukrativen Vertreterposten in Italien an einen anderen Bewerber verkauft. Er behauptet, seine Handlung, die am Freitag durch die weitere Vernehmung noch nähere Beleuchtung erfahren soll, in einem „Zustand der Kopfflosigkeit“ begangen zu haben. Er behauptet weiter, daß diese Verfehlung keineswegs etwas Ungeheuerliches, ja nicht einmal etwas Unfaireres gewesen sei, daß aber mindestens die Firma Krupp, die ja hundertmal schlimmere Dinge getrieben habe, nicht das geringste moralische und formale Recht besitze, ihn seines Schahergeschäftes wegen wie einen Verbrecher zu behandeln.

Wie wollen unser Urteil über diesen „Fall Mehen“ solange ausfallen, bis die Affäre völlig geklärt erscheint. Sicherlich aber hat jenes bürgerliche Blatt recht, das da meint, diese Handlung des Zeugen v. Mehen, möge sie an sich noch so verwerflich gewesen sein, sei in keiner Weise geeignet, seine Zeugenqualität für die Kruppaffäre irgendwie zu beeinträchtigen. Daß auch die von der Staatsanwaltschaft und Verteidigung so maßlos aufgebaute „Vorenthaltung“ keineswegs vorgelegten urkundlichen Materials keinerlei Anlaß zu bieten vermag, die Aussage des Herrn v. Mehen mit Rücksicht auf betrachten, scheint inzwischen zum mindesten auch vom Staatsanwalt selbst eingesehen worden zu sein. Tragen doch Anklagevertreter und Verteidiger — wie wir gestern ausführlich dargelegt haben — selbst die Schuld daran, wenn ihnen die Dokumente des Herrn v. Mehen über raschend kamen. Einen drei Wochen vorher öffentlich angelegentlich Angriff überfallen nennen, ist der groteskste Galimatias der Weltgeschichte.

Dafür müßten sich nurendig die Verteidiger, die ganze Haltung des Zeugen v. Mehen als eine innerlich unbalbarte und unwahrhaftige darzustellen. Herr v. Mehen hatte behauptet, daß ihm das Brandtsche Spionagesystem höchst peinlich gewesen sei, daß er von vornherein die Kornwalzer-Dieferungen am liebsten eingestellt gesehen hätte, und daß er sowohl verschiedene Krupp-Direktoren als auch den Zeugen Brandt wiederholt vor der Gefährlichkeit dieses Spionagesystems gewarnt habe. Das nadtte Wort „Verwarnung“ sei dabei freilich nicht gefallen, aber dazu habe doch auch keinerlei Veranlassung vorgelegen, weil ja der Zusammenhang zwischen der sogenannten Funktionszulage und dem Erwerb der „unterirdischen“ Nachrichten allzu nahe gelegen habe. Ebenso-

wenig habe er von der Unmoralität des Spionagesystems gesprochen. Was angesichts der Tatsachen doch auch wirklich überflüssig gewesen sei. Wohl aber habe er den Brandt freundschaftlich wiederholt verwahrt, von ihm jedoch immer die Ausrede gehört, daß er „nichts Unlauteres“ tue und „ihm nichts passieren“ könne.

Dieser Darstellung scheint nun der Wortlaut eines Briefes des Zeugen v. Mehen an den Direktor Eccius zu widersprechen, in dem v. Mehen versprach, die Kornwalzer „auszugestalten“ und „noch unverfänglicher“ zu gestalten. Danach, so folgerte die Verteidigung der beiden Krupp-Beamten, habe doch v. Mehen direkt an dem Ausbau des von ihm angeblich so peinlich empfundenen Spionagesystems mitgewirkt.

Zu Wirklichkeit gibt es eine überaus einfache Lösung dieses vermeintlichen Widerspruchs. Herr v. Mehen war von Herrn Eccius und anderen Krupp-Direktoren erklärt worden, daß die Kornwalzer unentbehrlich seien. Er mußte sich dem System also fügen. Was er tun konnte, war einzig, die durch das Spionagesystem sowohl für die Firma als für ihn selbst herausbeschworenen Gefahren nach Möglichkeit abzuschwächen. Diesen Gefahren suchte er dadurch zu begegnen, daß er dem Brandt, dessen bisherige Tätigkeit so gut wie ausschließlich in seinem Spionagedienst bestanden hatte, in eine geordnete Bureau-tätigkeit hineinbrachte, die seine Kornwalzerarbeiten mehr als Nebentätigkeit erscheinen ließ, und daß er bei der Abfassung der Kornwalzer auf eine Form drang, die für Uebersichtlichkeit minder verhänglich erscheinen mußte.

Er tat das in seinem Interesse, aber auch im Interesse der Firma Krupp. Darüber hinaus suchte er sein Gewissen dadurch zu entlasten, daß er sich möglichst wenig um die Kornwalzer kümmerte. Das war, wie er selbst zugab, ja eigentlich eine Heuchelei, weil er ja um Brandts Spionagetätigkeit doch nur zu gut Bescheid wußte und weil er sich auch, wie er gleichfalls zugab, keinen Augenblick im Zweifel darüber befand, daß er als nächster Vorgesetzter des Brandt in erster Linie die Verantwortung für dessen unterirdische Tätigkeit trage. Das war ein Doppelspiel, aber ein Doppelspiel im Auftrage und auf Verlangen der ihm vorgelegten Krupp-Direktoren. Das befreit Herrn v. Mehen in keiner Weise von seiner Verantwortung. Aber es läßt ihn gegenüber dem Herrn Eccius und den anderen Mitwissern vom Krupp-Direktorium keineswegs als die unsympathischere Figur und den moralisch Belasteteren erscheinen!

Auch sonstige scheinbare Widersprüche in den Bekundungen des Zeugen v. Mehen erklären sich bei einigermaßen objektiver Betrachtung ohne Schwierigkeiten. Er will Herrn v. Eccius vor den steigenden Forderungen des Brandt als einer „Schraube ohne Ende“ gewarnt haben und hat doch ausdrücklich das vorliegende Briefinhalts andererseits wieder die Gehaltsforderung Brandts dem Offener Direktorium gegenüber vertreten. Auch das stellt im Grunde keinerlei Widerspruch dar. Wenn Herr v. Mehen Herrn v. Eccius gewissermaßen vor Brandt warnte, so entsprach das nur seiner von jeder betrübten Auffassung von den verhängnisvollen Konsequenzen des Spionagesystems überhaupt; und wenn er trotzdem Brandt, mit dem er als Mensch in freundschaftlichem Verhältnis stand, hinwiederum einen angemessenen Sündenlohn zu sichern suchte, so machte das seinem Herzen als Mensch und Vorgesetzten nur alle Ehre.

Uebrigens war es sonderbar, wie man auch in der Verhandlung am Donnerstag mit Vorliebe immer nur nach den Schwächen der Aussage des Zeugen v. Mehen ansah und ihn in Widersprüche zu verwickeln suchte. So, wenn man ihm vorhielt, daß er Herrn Eccius versprochen habe, die Kornwalzer noch „auszubauen“ und noch „unverfänglicher“ zu gestalten. Auf das außerordentlich schwer belastende Moment dieser Briefstellen für den Adressaten, Herrn Eccius, schien man dagegen nicht das mindeste Augenmerk zu richten. Ebensovwenig Wert legte man auf die Ermahnungen des Herrn Direktors Marquardt an Mehen, doch getroßt den Kornwalzern noch eine „weitere Ausdehnung“ zu geben, weil außer den Herren Koetger, Rouths und v. Dewitz auch sonst noch Interessenten genug für die Kornwalzer vorhanden seien.

Uebrigens kann man vom menschlichen Standpunkt aus den Opfern des Kruppischen Systems seine Teilnahme schwer verlagern. Und zu diesen Opfern rechnen wir nach den Ergebnissen dieses letzten Verhandlungstages nicht nur Herrn v. Mehen, sondern in manchem Sinne auch Herrn Brandt selbst. Denn dieser Mann, den seine ungewöhnlichen Fähigkeiten und Kenntnisse für einen ganz anderen Posten prädestiniert haben würden, wenn er auch das Glück gehabt hätte, aus einer angesehenen Beamtenfamilie oder höheren Militärkreise zu stammen, mußte jahrelang für die Firma die verächtlichsten Spionagedienste leisten, gegen die sich kein besseres Ich oft genug aufbäumte. Da er aber gerade als Spion der Firma Krupp verwendbar war, hieß eine Ablehnung der Kruppischen Zumutungen seine Existenz aufs Spiel setzen. Daß er dabei wenigstens materiell herauszukommen suchte, was immer herauszuschlagen war, kann unter dem Szepter der Kruppischen Moral nicht Wunder nehmen.

Und wer Gefühl hat für seelische Tragödien, der wird die Stoßfeuer des Brandt zu würdigen wissen, in die er in einem Briefe an Herrn v. Mehen ausbrach: daß seine Berliner Tätigkeit für Krupp ausgefüllt sei mit schweren Kämpfen, mit Kränkungen und Demütigungen aller Art. Und

an einer anderen Briefstelle beteuerte Brandt, daß er unter dem niederdrückendsten Bewußtsein leide, der „Ehre eines preussischen Beamten“ nicht mehr teilhaftig zu sein.

Aus der teilweise unter Schlüsseln herausgestohlenen Reichle des Herrn v. Mehen und dem schmerzlichen Briefbekennnis des Brandt spricht es und jedenfalls unendlich sympathischer an, als aus der eifigen „Korrektheit“ gewisser Krupp-Direktoren, die sich durch ihre Stellung auf den Höhen der Beamtenhierarchie und ihre Konnexionen gegen alle Anschuldigungen gefeit wähnen, während sie in Wirklichkeit als die wahren Schuldigen dastehen!

Eine schwere Anklage.

Die schwerste Anklage, die im Krupp-Prozess bisher erhoben werden konnte, fiel am Donnerstag gegen den Krupp-Direktor Herrn v. Dreger.

Aus den Aussagen des Herrn Brandt und des Herrn v. Mehen, die durch einen Brief des Brandt erhärtet wurden, ergab sich nämlich gegen Herrn v. Dreger die Bezeichnung, daß er seine Beziehungen zu hohen Militärs dazu ausgenutzt habe, um ein militärisches Werkzeug des Brandt in einer Stellung bei der A.-B.-A. (der staatlichen Artillerie-Prüfungskommission) hinein lanciert zu haben.

In einem Briefe des Brandt an den Zeugen v. Mehen war davon die Rede, daß es gelungen sei, einen Freund in einen wichtigen Posten hinein-zubringen und dadurch ihre (der Spione) Position zu stärken. Dieser Freund sei, so erklärte Brandt auf Befragen, der Zeugenantant Hoge gewesen, der in die A.-B.-A. hineinbugliert worden sei. Auf das wie verweigerte der darüber inquirierte Zeuge v. Mehen anfangs jede Auskunft. Auf wiederholtes Anzählen der inquisitorischen Daumenschraube und auf den Hinweis auf die Zeugnispflicht, kam dann v. Mehen unter Tränen — er ist ein körperlich kranker Mann und steht offenbar unter der schwersten seelischen Depression, die sich aus seiner Lage nur zu sehr erklären läßt — zu dem Geständnis, daß ursprünglich Brandt ihn zu bestimmen versucht habe, daß er bei den maßgebenden militärischen Stellen ein Wort dafür einlege, daß sein Freund und Spionagewerkzeug Hoge bei der Artillerie-Prüfungs-Kommission angebracht werde. Er habe jedoch dies Ansuchen in der schroffsten Weise abgelehnt. Als er jedoch Herrn v. Dreger von dem Wunsch Brandts Kenntnis gegeben habe, habe dieser ihm erklärt, daß er, v. Dreger, bereits einmal Erzellenz v. Bidingen einen dahingehenden Wunsch ausgesprochen habe. Eine Wiederholung dieses Wunsches sei nicht möglich, da Erzellenz v. Bidingen sonst „etwas merken“ werde, da er „zu klug“ sei. Auf weiteres Inquirieren, was denn diese Bemerkungen des Herrn v. Dreger bedenten haben möchten, erklärte Herr v. Mehen, daß Herr v. Dreger offenbar befürchtet habe, daß v. Bidingen auf das Interesse habe schließen können, daß die Firma Krupp geschäftlich an der Lancierung des Hoge gehabt habe.

Man begreift un schwer, daß das das Ungeheuerliche ist, was bisher einem hohen Kruppbeamten nachgesagt wurde. Ein Kruppdirektor als solcher Gelegenheitsmacher für das Brandtsche Spionagesystem, als solcher Schrittmacher für die Korruption des deutschen Beamtenkörpers ist wohl kaum noch zu überbieten!

Tatsächlich ist Hoge im Jahre 1912 zur Artillerie-Prüfungs-Kommission versetzt, von wo er dann dem Brandt das Material zu den wichtigsten Kornwalzern über konstruktive Geheimnisse der Rheinischen Metallwarenfabrik lieferte. Dieser Fall würde ein Kruppisches Panama darstellen, wie es ungeheuerlicher gar nicht gedacht werden könnte!

Kleine Anfragen.

In der Verhandlung am Donnerstag wurde ein Fall zur Sprache gebracht, wo — nach der Brandtschen Darstellung — von Herrn v. Schüh die Firma Krupp direkt staatlich hergestellte Zünder in ihren Besitz gebracht habe. Herr v. Mehen stellte diesen Fall als einen besonders traurigen hin. Einer der Verteidiger dagegen behauptete, daß diese Zündergeschichte bereits von Sachverständigen untersucht und als „harmlos“ aufgefärlt worden sei. Wir erinnern uns der Behandlung dieses Falles nicht, erwarten aber, daß auch der Öffentlichkeit eine ausreichende Darstellung des Falles gegeben wird.

Der Zeuge v. Mehen betonte mit nicht zu überhörender Akzentuierung bei seiner Vernehmung am Donnerstag, daß Brandt auch außerordentlich gute Beziehungen zum Reichsmarineminister gehabt habe. Er erwähnte später, daß Brandt ihm erzählt habe, daß er auch mit einem Marinebeamten durch gegenseitige Geschenke auf ungewöhnlich vertrautem Fuße gestanden habe. Trotzdem wurden diese Bekundungen des Brandt in seiner Weise nachgegangen. Wie nehmen wohl nicht mit Anrecht an, daß das Versäumte demnächst um so gründlicher nachgeholt werden wird.

Herr v. Mehen erklärte ferner im Verlauf seiner Bekundungen, daß das Brandtsche Spionagesystem im wesentlichsten auch zur Kontrolle andererweit erlangter Nachrichten gedient habe. Diese Bekundung erscheint uns recht auffällig. Ebenso auffällig dünkt es uns, daß man über diese Bekundungen gleichgültig hinweggegangen ist. Unseres Erachtens böie der gegenwärtige Prozeß alle Gelegenheit, einmal gründlichst der Frage nachzuforschen, ob es denn auch noch andere Informationsquellen für die Firma Krupp gab, die ihrem Wesen nach als nicht minder illegal anzusehen wären, als die Spionage des Brandt.

Wir werden diese Anfragen eventuell in ausführlicherer Form zu wiederholen genötigt sein!

Die Insertions-Gebühr

Bekannt für die sechsgehaltene Kolonette oder deren Raum 60 Wg. für politische und gewerkschaftliche Beiträge und Bekanntmachungs-Anzeigen 30 Wg. „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 30 Wg. (zuletzt festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Wg. (zuletzt festgedruckte Worte) und Schlußzeilenanzeigen das erste Wort 10 Wg., jedes weitere Wort 5 Wg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Die Stichwahlen in Baden.

Mannheim, 30. Oktober. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Der kerikale Ansturm ist mit knapper Mühe abgesehen worden. Der „Großblock“ kommt als eine außerordentlich reduzierte Majorität, aber doch noch als Majorität in die Kammer zurück.

Bei den heute stattgefundenen Stichwahlen haben die Sozialdemokraten vier weitere Siege errungen, nämlich: Mannheim-Land und Mannheim-Schwehingen, Bruchsal-Durlach und Lörrach-Stadt. Verloren haben wir Freiburg II infolge mangelhafter Unterstützung seitens der Nationalliberalen. Die Fortschrittler behaupteten Konstanz und Triberg-Billingen; sie haben erobert Lahr-Stadt und Karlsruhe IV. Die Nationalliberalen haben behauptet: Donaueschingen, Schopfheim, Freiburg-Stadt, Freiburg-Emmendingen haben sie mit unserer Hilfe vom Zentrum erobert. Ferner haben sie behauptet: Baden-Stadt, Sinsheim, Heidelberg II, und Mannheim III mit einer Mehrheit von 186 Stimmen den Fortschrittler das Mandat abgenommen.

Im einzelnen zeigt das Wahlergebnis folgendes Bild:

Die Sozialdemokraten wurden unterstützt von Nationalliberalen und Fortschrittler in folgenden Kreisen:

1. Mannheim-Land. Gewählt: Bestold (Soz.). Hauptwahl: Soz. 1402. Natl. 637. Fortsch. 264. Konf. 1289.
2. Schwehingen. Gewählt: Rahn (Soz.). Hauptwahl: Soz. 2211. Natl. 681. Fortsch. 719. Konf. 2102.
3. Bruchsal-Durlach. Gewählt: Rurz (Soz.). Hauptwahl: Soz. 2433. Fortsch. 880. Konf. 2176.
4. Freiburg II. Gewählt: Mast (Z.). Hauptwahl: Soz. 1152. Natl. 816. Zentr. 1800.
5. Lörrach-Stadt. Gewählt: Nisch (Soz.). Hauptwahl: Soz. 1123. Fortsch. 789. Zentr. 467.

Die Fortschrittler muhten laut Abmachung ihre Kandidatur zurückziehen.

Sozialdemokraten gegen Nationalliberale:

6. Mannheim-Weinheim. Gewählt: Müller (Natl.). Hauptwahl: Soz. 2380. Natl. 2500. Konf. 1048.
7. Karlsruhe-Land. Gewählt: Red (Natl.). Hauptwahl: Soz. 1824. Natl. 1635. Konf. 1278.

Wir unterstützten die Fortschrittler in:

8. Konstanz gegen Zentrum. Gewählt: Benedy (Fortschr.).
9. Triberg-Billingen. Gewählt: Hummel (Fortschr.).
10. Lahr-Stadt (Fortschrittl. gegen Nationalliberale). Gewählt: Messa (Fortschr.).
11. Karlsruhe IV. Gewählt: Gönner (Fortschr.).

Wir unterstützten die Nationalliberalen gegen rechts in:

12. Donaueschingen-Engen. Gewählt: Schmidt (Natl.).
13. Schopfheim-Schnau. Gewählt: Herzber (Natl.).
14. Freiburg-Stadt III. Gewählt: Göhling (Natl.).
15. Freiburg-Emmendingen. Gewählt: Storf (Natl.).
16. Baden-Stadt. Gewählt: Köhlin (Natl.).
17. Bretten-Bruchsal. Gewählt: Dr. Worber (Natl.).
18. Sinsheim. Gewählt: Sitzer (Natl.).
19. Heidelberg II. (Zurückgezogen.) Gewählt: Koch (Natl.).
20. Mannheim III. (Abstimmung war freigegeben, da sich Nationalliberale und Fortschrittler gegenüberstehen.) Gewählt: Blum (Natl.).

Die Verteilung der Mandate wird jetzt folgende sein:

Zentrum	30	bisher 26
Konservative	5	3
Zusammen	35	bisher 29
Sozialdemokraten	13	30
Nationalliberale	20	17
Fortschrittl.	5	7
Zusammen	38	bisher 44

Unter den 20 Nationalliberalen sind allerdings drei Mandate enthalten, die mit Hilfe des Zentrums gewählt sind, und ist daher anzunehmen, daß sie in allen wichtigen Fragen mit dem Zentrum stimmen werden.

Die Wahlerfolge der italienischen Sozialisten.

(Von unserem römischen Korrespondenten.)

Soweit sich das Wahlergebnis heute übersehen läßt, kann unsere Partei in hohem Maße zufrieden sein mit dem Erzielten. Sie hat nicht nur ihre Mandate viel besser verteidigt, als man annehmen konnte, sondern erobert auch im ersten Wahlgang 10 neue Mandate. Schließlich ist sie an annähernd 30 Stichwahlen beteiligt.

Von den bisher uns gehörenden 25 Mandaten wurden 21 behauptet, und zwar auch solche, wie Florenz IV, die für durchaus unsicher galten. Verloren gegangen ist nur das Mandat von Valenza, das sich in Händen des Linkreformisten Merlani befand. Der erste römische Wahlkreis, den auch die Optimisten für verloren gaben, bringt den bisherigen Abgeordneten, Genossen Campanozzi, mit 1790 Stimmen in Stichwahl mit dem von den Kerikalen unterstützten Nationalisten Federzoni, der 1810 Stimmen erhielt. Der Kandidat des Blocks und der Reformisten, Fürst Scipione Barghese, steht nur um 7 Stimmen hinter Campanozzi zurück. Trotzdem steht man Hoffnungen auf die Stichwahl, da ein Teil der für Barghese abgegebenen Stimmen lieber auf Campanozzi übergeht, als auf den kerikal-nationalistischen Gegner. In Stichwahl kommen weiter von bisherigen Abgeordneten der Partei die Genossen Vocconi in Neji und Giuliotti in Novara.

Wenn also die Partei so gut wie gar keinen Boden verliert, so macht sie dagegen einen mächtigen Vorstoß durch die Eroberung von 10 Mandaten. Einige von diesen, so Alessandria (gewählt Bonardi), Vigevano (De Giovanni), Venedig I (Musatti), Parma II (Libertelli) und Empoli (Masini) waren schon früher im Besitz unserer Partei und sind teils bei den letzten und vorletzten allgemeinen Wahlen, teils bei Stichwahlen verloren gegangen. Neu erobert ist San Remo in Ligurien, wo Genosse Rainondi mit 7379 Stimmen den bisherigen ministeriellen Abgeordneten, einen vielfachen Millionär, verdrängt. Weiter Bendinara, wo der Gemeindeführer Soglia mit nahezu 6000 Stimmen gewählt ist, Mortara, wo Genosse Cagnoni den Unterstaatssekretär Vergamasci aus dem Sattel wirft, Porto-

maggiore, das den Genossen Caballara und Cento, das gegen den Chefredakteur der „Tribuna“ den Genossen Busi gewählt hat. Die Zahl der sozialistischen Mandate erhöht sich somit auf 31 (nach dem letzten Telegramm bereits auf 30. D. R.) und wird sich durch die Stichwahlen mindestens um weitere 10 vermehren.

Was die Stichwahlen betrifft, deren Liste zurzeit noch nicht vollständig vorliegt, weil noch nicht von allen Wahlkreisen die endgültigen Resultate bekannt sind, so bringen sie auch viele hocherfreuliche Ueberraschungen, und ebenso sind auch die erreichten Stimmzahlen sehr befriedigend.

Was die Wahlerfolge der Reformisten betrifft, so dürften sie hinter den Erwartungen dieser Partei nicht unweitlich zurückbleiben. Ihre bisherige Mandatszahl werden sie aber jedenfalls erreichen, während die Republikaner empfindliche Verluste erleiden und drei Mandate eingebüßt haben. Eine Statistik der Kerikalen zu machen, wäre verfrüht. Der „Osservatore Romano“ bespricht fernerlich allen Kandidaten das Recht, sich Katholiken zu nennen: eine vom Papst anerkannte katholische Partei gäbe es im Parlament nicht. „Nicht anerkannte Kerikale“ kamen namentlich in Venetien durch, während in Südtalien und in der Lombardei einige große Tiere der bisherigen kerikalen Fraktion unterlegen sind.

Was die Chronik des Wahltages betrifft, so charakterisiert sie sich ganz gut dadurch, daß man sie als nicht-telegrammfähig bezeichnet. Eine sanfte Anspielung auf einige Vorfälle lieferte unser gestriges Telegramm über die Wahlergebnisse der Zensur aus. Es ist nämlich in Südtalien recht lebhaft zugegangen. In Andria in Apulien gab es einen Toten und mehrere Verwundete, in Frattamaggiore bei Neapel einen Toten, desgleichen in Salemi (Sizilien). Verwundete unter den Polizisten sind in Florenz zu verzeichnen, ebenso in Catania, in Ruvo usw. Am würdigsten war der Kampf in Turin, wo auch jede Provoganda durch Uauerranschlag unterblieben ist und die Wahlteilnahme trotzdem sehr stark war. Hier haben auch einige 30 Blinde ihre Stimme abgegeben, für welchen Fall das Gesetz die Annahme eines Begleiters freistellt. In verschiedenen Wahlkreisen wurden Verfassungen wegen Verstöße vorgenommen. In den Marken wurde auch ein Geistlicher verhaftet, der in der Kirche gegen den liberalen Kandidaten agitierte.

Der Prozenttag der Wahlbeteiligung ist noch nicht bekannt, wird aber schätzungsweise auf 60 Proz. veranschlagt, etwa ebenso viel wie bei den vorigen Wahlen, was bei der Erhöhung der Wahlberechtigten von 3 auf 8 Millionen ein recht zufriedenstellendes Ergebnis ist.

Es ist noch zu früh, um die Physiognomie der neuen Kammer zu skizzieren, doch läßt sich jetzt schon sagen, daß die wesentliche Veränderung in der Vermehrung der Sozialisten und der Kerikalen besteht wird. Giolitti, der diesmal der ganzen bürgerlichen Opposition Vardon gegeben hat, hat unseren Kandidaten die Ehre scharfer Bekämpfung zuteil werden lassen.

Alles in allem kann die Partei stolz sein auf das Ergebnis dieses ersten Wahlkampfes mit erweitertem Wahlrecht. Nach Wochen schwerer und aufreibender Arbeit harret ihrer jetzt noch eine Stichwahlwoche, die das Aufgebot all ihrer Kräfte fordern wird. Aber wie sie auf der Höhe der Anforderungen des ersten Kampftages war, wird sie sich auch denen des zweiten Wahltages, der auf Allerheiligen fällt, gewachsen zeigen.

Die letzten Wahlergebnisse.

Rom, 30. Oktober. Bis jetzt liegen 507 Wahlergebnisse vor. Außer den bereits gemeldeten Wahlen ist die Wahl noch je eines Ministeriellen und eines ministeriellen Radikalen zu verzeichnen. Es fehlt noch das Resultat aus dem Wahlkreis Gallipoli. An den Stichwahlen sind beteiligt: 100 Ministerielle, 29 Radikale, 5 verfassungstreue Oppositionelle, 13 Katholiken, 39 Sozialisten, 6 reformierte Sozialisten und 10 Republikaner.

Politische Uebersicht.

Die Königsmacher vor der bayerischen Abgeordnetenkammer.

Unter gewaltigem Andrang des Publikums vollzog sich am Donnerstag im bayerischen Landtage die Annahme der Königsvorlage. Die ursprüngliche Absicht, in einer Reihe von kurzen Erklärungen die Angelegenheit zu erledigen, scheiterte an dem Eingreifen der Sozialdemokratie. Die leere höfische Demonstration wurde dadurch zu einer denkwürdigen politischen Kundgebung, die sich zu einer lebendigen, bewegten Debatte steigerte, sehr gegen die Absicht der eiligen Königsmacher. v. Hertling mußte mehrmals das Wort ergreifen. In immer größerer Verlegenheit ließ er sich zu Zugeständnissen drängen. In verschwommenen Wendungen begründete zunächst der Ministerpräsident kurz die Vorlage, ohne die Notwendigkeit und die rechtliche Bedeutung des Entwurfes klarer zu machen, als in dem Regierungsentwurf.

Dann gab Abg. Verno mit einigen nichtschlagenden Sätzen die Zustimmung des Zentrums zu erkennen. Nicht ohne politische Energie war die folgende Erklärung des liberalen Abg. Cassemann. Die Liberalen stimmen zwar der Beendigung des jetzigen unnatürlichen Zustandes zu, aber sie wollen den Kampf gegen die Regierung und die Mehrheitspartei mit unverminderter Schärfe fortführen. Cassemann forderte Auskunft über die Tragweite der Bestimmung betreffs der Mitwirkung des Landtages. Kann der Landtag seine Zustimmung versagen? Und welche Rechtsfolgen hat es, wenn er die Zustimmung verweigert?

Nach weiteren Erklärungen der kleinen bürgerlichen Gruppen erhob sich der Ministerpräsident, ohne abzuwarten, bis der Sozialdemokrat gesprochen, um eine Dankagung an die bürgerlichen Parteien zu richten, die sein Vertrauen erfüllten. Auf die Frage nach der staatsrechtlichen Bedeutung der Mitwirkung des Landtages gab er nur ausweichende Antworten.

Die politische Höhe erreichte die Verhandlung mit der Rede des Genossen Adolf Müller, die mit stetig wachsender Aufmerksamkeit angehört wurde. Je weiter Müller die Amberger Rede Vernos gegen die Königsmacherei zerpfückte, um so nervöser wurde die Verlegenheit der Minister und des Zentrums. Müller schloß sich dann der Frage nach der staatsrechtlichen Bedeutung der Vorlage an und forderte Auskunft über die Kosten, die aus der Forderung der Dinge entstehen werden. Er wies auf den Widerspruch hin, daß auch nach der jetzigen Vorlage bei einem geisteskrank geborenen König die Regentschaft 28 Jahre dauern kann. Unser Redner schloß: Was hier vor sich geht, ist die Regelung eines monarchischen Familienbedürfnisses durch eine vom Landtage zu bestimmende Forderung. Das ist ein evolutionäres Ereignis, das sich be-

wegt in der Richtung des parlamentarischen Systems, das die Bahn freimacht zu weiteren Verfassungsänderungen, zu denen in erster Linie die Abhebung der Reichsratskammer gehört. Die Gestaltung der Zukunft hängt nicht ab von der Gnade irgendeiner Mehrheit oder eines bereitwilligen Ministeriums, sondern sie wird abhängen vom Willen eines freien, in seiner sozialen und kulturellen Entfaltung ungebremmten Volkes. Nur solch ein Volk kann die Staatsform der Zukunft bestimmen, und diese Staatsform allein wird dann dauern.

Die Unbestimmtheit der Auskunft Hertlings über die an ihn gerichteten Anfragen veranlaßte dann noch den Genossen Süßheim, mit aller Schärfe verfassungsrechtliche Aufklärung zu fordern. Vergebens. Der Justizminister schwieg und Hertling verweigerte auch die Antwort auf die Frage, was die Sache kostet.

Bei der Abstimmung enthielten sich zwei demokratische Mitglieder der liberalen Partei der Stimme. Einige Zentrumskomitee hatten sich Urlaub geben lassen. Sonst wurde die Vorlage gegen die sozialdemokratischen Stimmen angenommen.

Am Dienstag wird der Reichsrat die Vorlage annehmen; dann erfolgt die Absetzung des Königs und unmittelbar darauf wird dem Volke die Kostenrechnung für die neue Krone überreicht werden.

Verleumderpack.

Im Feuilleton Nr. 548 der „Deutschen Tageszeitung“ findet sich in einem Artikel, Politische Kunststücke überschrieben, folgender Ausfall gegen die Sozialdemokratie:

Jetzt, bei der Jahrhundertfeier der Befreiungskriege gab eine jedem Patriotismus feindliche, entartete Partei in Deutschland den Völkern des Erdballs das unerhört schimpfliche Schauspiel, daß sie das Andenken der Helden von 1813 besudelte.

Die „Deutsche Tageszeitung“ gehört zu dem Prefigelichsten, das am lautesten gegen die angebliche Beschimpfung der Helden von 1813 durch die Sozialdemokratie tobt, ohne auch nur eine einzige Artikelstelle aus der sozialdemokratischen Presse abzubringen zu wagen, in der Erkenntnis, daß dann sein Sägengebäude schmächtig zusammenprallen würde. Denn nie und nirgends haben wir das Andenken der Helden von 1813 „besudelt“, sondern es vielmehr geehrt, im Sinne jener historischen Wahrheit, die allerdings Potentaten, Junker und Hofschranzen nicht gerade als die Helden von 1813 erscheinen läßt. Selbst eine Zeitschrift, die so auf dem Boden der herrschenden Gesellschaftsordnung steht und eher konservativ als liberal ist wie der „Tärmer“, mußte schon vor einigen Monaten zugestehen:

„Das Jahr 1818 hat auch für den bürgerlichen Historiker ein doppeltes Gesicht; je nachdem man die nationale Erhebung gegen Napoleon oder die innerpolitischen Zustände betrachtet, die nach dem Kriege dem preussischen Volke geboten wurden. Für die Sozialdemokraten sind diese innerpolitischen Zustände entscheidend gewesen. Der nationalen Volkserhebung haben sie, sowohl in Kritiken als in Broschüren, alle Ehre angedeihen lassen. Wenn die Dinge aber so liegen, kann man ihnen vielleicht demokratischen Radikalismus vorwerfen, niemals aber nationale Würdelosigkeit. Man kann ihnen Radikalismus geißeln, wie man sie immer will. Wenn man ihnen aber nationale Empfindungslosigkeit unterstellt, wo sie als Demokraten handeln, fälscht man ihre Motive. Dadurch aber wird die vorhandene Situation in ganz überflüssiger Weise verschlimmert.“

Das aber hält die Wälder der äußersten Reaktion nicht ab, in ihrem lichtschwarzen Treiben fortzuführen, sicher, daß sie nicht gefast werden können. Schon neulich hat der Schriftleiter des Bündlerblattes, Dr. Dertel, auf unsere blühende Aufforderung, anzugeben, wann und wo wir die Helden von 1813 geschmäht haben schmächtig gekniffen. Jetzt wiederholt das Vrotwucherblatt wieder diese elende Verleumdung. Eine saubere Kampfswette!

Der „Berliner Lokal-Anzeiger“

geht, wie wir kürzlich meldeten, in die Hand eines der Reichsregierung sehr nahestehenden kleinen Konsortiums über — und wird, wenn auch vielleicht in verdeckter Form, offizielles Regierungsblatt. Die „München-Augsburger Abendztg.“ weiß darüber zu berichten:

„Der Verlag Scherl benötigte zur Ablösung gewisser Verpflichtungen eine Summe von mehreren Millionen, gegen die er Anteile zu verkaufen gedachte. Da nun die Reichsregierung ein Interesse daran hat, sich den „Lokal-Anzeiger“ weiterhin als offizielles Organ zu erhalten, und sie befürchten mußte, daß bei der erwähnten finanziellen Transaktion ihr Einfluß auf das Blatt gefährdet werden könnte, hat sich die Regierung selbst bemüht, dem Verlag Scherl seine finanziellen Aktionen zu erleichtern. Das ist in der Form geschehen, daß von einigen der Reichsregierung nahestehenden Seiten ein Betrag von zehn Millionen Mark zur Verfügung gestellt wurde, wofür sich der Verlag Scherl verpflichtete, den „Lokal-Anzeiger“ ständig zur Verfügung der Regierung zu erhalten. Das Blatt ist jetzt also in stärkerem Maße Regierungsorgan als früher. August Scherl bleibt aber noch wie vor geschäftlicher Leiter.“

Diese Meldung ist unseres Wissens völlig richtig. Scherl braucht Geld. Um dieses zu erhalten, hat er zunächst mit der Firma Rudolf Mosse bezw. deren Geschäftsfreunden Fühlung gesucht. Die Regierung aber fürchtete, daß im Falle eines Ueberganges in den Mosse'schen Besitz der „Lokal-Anzeiger“ in das liberale Lager abzuweichen könnte, sie hat deshalb einige reiche konservative Geldmänner benoten, den von Scherl geforderten Betrag herzugeben. Das ist ihr auch gelungen. Der Hauptgeldgeber ist, wie wir erfahren, Freiherr v. Tiele-Windler, der ungefahr sechs Millionen Mark zu diesem edlen Zweck geopfert haben soll.

Keine Hamburger Universität.

Die Hamburger Bürgerschaft (das Hamburger Parlament) beendete gestern die Beratung der Universitätsvorlage in der vierten diesem Gegenstande gewidmeten Sitzung. Ein Antrag Cisse, die Vorlage und den Antrag Dr. Drüder an den Ausschuß zu verweisen, wurde mit 80 gegen 78 Stimmen abgelehnt. Darauf wurde die Senatsvorlage abgelehnt und der Antrag Dr. Drüder angenommen, einen Ausschuß zur Prüfung der Frage einzusetzen, in welcher Weise unter Fortsetzung der Ausbildung des Vorlesungswesens der weitere Ausbau des Hamburger Kolonialinstituts als einer selbständigen, der Forschung, der Lehre und der taktischen Ausbildung gewidmeten Anstalt mit tünlichster Beschleunigung und dauernd ermöglicht werden könne.

Damit ist die Universitätsvorlage gefallen.

Feuersbrunst im Zentrumsturm.

Alles deutet darauf hin, daß die Kämpfe im Zentrum zu neuen entscheidenden Zusammenstößen führen werden. Vor einigen Tagen hat die Kölner Richtung einen Vorstoß in das Gaargebiet unternommen, wo die dichtesten Kolonnen der „Berlin-Trierer“ Richtung

unter Führung des Bischofs Korum sitzen. In Saarbrücken ließ sich Herr Erzberger vernehmen:

Die Einführung des Gesetzes „Im Einklang mit der katholischen Weltanschauung“... wäre der Ruin für unsere ganze parteipolitische Bewegung.

Also: Die „katholische Weltanschauung“ ruiniert das Zentrum. Dieselbe Weltanschauung, auf der die ganze Agitation des Zentrums aufgebaut ist. Man braucht den Katholizismus zur Chloroformierung der Massen, aber in der hohen Politik ist er von Nabel.

Herr Erzberger erzählte weiter: „Die Verhältnisse, wie sie sich in den letzten Wochen und Monaten innerhalb der Zentrumspartei entwickelt haben, sind nachgerade unerträglich geworden. Dieses fette Herunterreißen, Kritizieren, Herummäkeln, das hält auf die Dauer die stärkste Partei nicht mehr aus. Es führt dies zu Mitleid, es verhindert jede Stohkraft für die Zentrumspartei, und das wäre das Schlimmste, was dem Zentrum begegnen könnte.“

Noch zorniger wurde der Abgeordnete Oetz. Er erklärte: „Die Quertreiber, die sogenannten Heberkatholiken, bereiten jedem ersten Mann der praktischen politischen Arbeit einen unangenehmen Widerwillen. Man soll nicht glauben, welche Unsumme von Erbitterung speziell in den Zentrumskreisen des Reichs- und Landtages sich angehäuft habe über diesen widerwärtigen Treiben, über dessen Verwerflichkeit und Schädlichkeit sich die gesamten Abgeordneten vollkommen einig sind. Man weiß in Abgeordnetenkreisen natürlich ganz genau, daß hinter diesen „Führern“ keine Massen stehen, nicht aber mit diesem Unmut, daß diese Schädlinge an der katholischen Sache immer wieder Mittel und Wege finden, um sich an einer Stelle Gehör zu verschaffen und Mitleiden zu säen, die die so unendlich komplizierte politische Situation der katholischen Deutschlands aus der Ferne unmöglich richtig beurteilen kann.“

Langsam wird es wohl kaum mehr dauern, dann jagt ein Donnerwort aus Rom wieder die „Kölner“ ins Mausloch.

Die wissenschaftliche Untersuchungskommission.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ berichtet, daß am Mittwoch die Fleisch-Enquete-Kommission ihre Arbeiten beendet hat. Wie nicht anders erwartet wurde, soll das ganze Resultat in den Veröffentlichungen von umfangreichen statistischen Berichten, von Sachverständigen-Gutachten und Denkschriften bestehen, als ob die Regierung nichts Besseres zu tun hätte, als wissenschaftliche Arbeiten zu liefern. Der Staatssekretär des Innern Delbrück betonte in seinen Schlussworten bei der letzten Sitzung, daß es selbstverständlich sei, daß die Kommission nicht innerhalb weniger Monate habe billige Fleischpreise schaffen können. So wichtige Forderungen sind von niemand aufgestellt worden. Dagegen wurde mit Recht erwartet, daß die Kommission auf Grund der ein Jahr hindurch dauernden Beratungen konkrete Vorschläge zur Verringerung der Fleischnot hätte machen müssen. Es ist gewiß erfreulich, daß der Herr Staatssekretär nach seinem eigenen Geständnis aus den Verhandlungen sehr viel gelernt habe; aber schließlich sind solche Kommissionen doch noch zu anderen Zwecken da, als hochweisen Staatsministern wissenschaftliche Aufklärung zu bieten. Es ist gewiß nichts dagegen einzuwenden, daß der Herr Staatsminister, wieder nach seinem eigenen Geständnis, einsehen gelernt hat, „daß je komplizierter unsere wirtschaftlichen Verhältnisse werden, es je schwieriger werde, die inneren Zusammenhänge wirtschaftlicher Fragen zu erörtern“. Aber wir sind der Ansicht, in Uebereinstimmung mit dem Minister hat sich die Kommission die Lösung der Frage: „wie schaffen wir billige Fleischpreise?“ selbst zu schwierig gemacht, wenn sie dabei alle allgemein wirtschaftspolitischen Erörterungen, alle zoll- und veterinärtechnischen Fragen ausschaltete. Dagegen hat die Kommission sich unnötigerweise eingehend mit den Einflüssen bei der Preisbildung auf dem Wege vom Produzenten zum Konsumenten beschäftigt — mit Einflüssen, die für die Frage nach der Preisverbilligung gegenüber den anderen Faktoren relativ unbedeutend sind. Die breiten Massen verlangen billiges Fleisch, nicht wissenschaftliche Erörterungen. Sie konnten schon deshalb von den Beratungen keine Umwandlung unserer wirtschaftspolitischen Verhältnisse erwarten, weil die Kommission sich ja mit diesen Verhältnissen nicht einmal theoretisch beschäftigt hat. Die Regierung mag befriedigt sein, daß ihrem Bedürfnis nach neuen Aktenbündeln Genüge geschieht ist. Das notleidende Volk aber will kein Papier, sondern Fleisch, und hochzulachen wird es von dieser neuen Irreführung Kenntnis nehmen.

Die Firma Krupp über das Schmiergeld.

In dem Dienstvertrage der gegen Monatsgehalt angestellten Beamten der Firma Krupp ist zu lesen: „§ 7. Kräfte und Materialien der Firma dürfen selbstverständlich nicht zu Privat Zwecken verwendet werden. Ebenso darf auch von niemanden eine Vergütung, ein Geschenk oder irgendeine Aufmerksamkeit von Wert angenommen werden, sobald solches unmittelbar oder auch nur mittelbar von Personen ausgeht, die mit der Firma in Geschäftsverbindung stehen.“ Die Firma Krupp weiß also doch, was man von Beamten verlangen kann und muß — wenigstens soweit es sich um die eigenen Angestellten handelt. Um so mehr scheint sie Wert darauf zu legen, daß staatliche Beamte mit Aufmerksamkeiten bedacht werden.

Eine neue Erbschaft zum württembergischen Landtage

steht in naher Aussicht. Der volksparteiliche Abgeordnete Storz, der den Bezirk Tuttlingen im Landtage vertritt, hat sein Mandat aus Gesundheitsrücksichten niedergelegt. Storz gehörte in der Zeit von 1903—1908 auch dem Reichstage an, in dem er sich von einem wackelhaften Nationalliberalen durch nichts unterschied. Der Wahlkampf in Tuttlingen wird sich zu einem heftigen Ringen zwischen der Volkspartei und der Sozialdemokratie gestalten. Bei der vorjährigen Wahl erhielten die Volkspartei und die Nationalliberalen zusammen 2490, die Sozialdemokraten 2344, das Zentrum 1268 und die Konservativen 347 Stimmen. Im zweiten Wahlgange wurde Abg. Storz mit 3398 Stimmen gegen unseren Gemossen Wittmat gewählt, dem 2785 Stimmen zufielen.

Die Kleinen und die großen Pächter.

Die preussischen Staatsdomänen bringen bekanntlich auffallend niedrige Pachtbeträge; bei 440 000 Hektar beträgt die Pacht insgesamt 17,8 Millionen Mark. Im Staatsdurchschnitt stellte sich der Pachtzins auf 3,9 Prozent im Jahre 1908 auf 3,8 Prozent im Jahre 1912 dagegen auf 4,5 Prozent. Inzwischen ist der Ertrag weiter gestiegen, aber immer noch nicht so stark, wie billigerweise erwartet werden konnte. So werden die 44 im Jahre 1912 pachtfrei gewordenen Domänen bis 1930 einen Durchschnittsertrag von 63,5 Mark pro Hektar bringen, gegen 51 Mark in der Periode von 1894 bis 1912 und 54,7 Mark in der Zeit

von 1876 bis 1894. In den einzelnen Provinzen betrug die Steigerung pro Hektar u. a.: in Hannover nahezu 11, in Pommern 25,6, in Hessen-Kassau 10,4, in Posen 9, in Brandenburg 12,5, in Ostpreußen 7,4 Mark.

Das sind auffallend niedrige Pachtbeträge, die in keinem Verhältnis zu der beträchtlichen Ertragssteigerung stehen, die die Landwirtschaft in den letzten Jahrzehnten infolge der Entwicklung des landwirtschaftlichen Maschinenwesens, der Düngung, des Fruchtanbaues, der besseren Abfuhr- und Verkehrsverhältnisse usw. erzielt hat und die sicher auch den Pächtern der Staatsdomänen zugute gekommen ist. Dazu tritt dann noch die künstlich bewirkte Wertsteigerung durch die agrarische Wirtschaftspolitik. Hier könnte, ohne daß von einer übermäßigen Steigerung gesprochen werden kann, viel mehr herausgeholt werden, um so mehr, als bekanntlich die Kleinen Leute auf dem Lande in der Regel für den Morgen soviel Pachtzins bezahlen müssen, wie die großen Pächter pro Hektar. Ja in manchen Fällen ist dieses Mißverhältnis noch bedeutend größer. So teilt die „Hannoversche Land- und Forstwirtschaftliche Zeitung“, das amtliche Organ der Landwirtschaftskammer, in ihrer jüngsten Nummer einen typischen Fall dieser Art mit. Danach wurde, um auch dem auf dem Staliwert Salz-Deisurth beschäftigten Arbeitern Gelegenheit zum Pachten von Gemüseland für den eigenen Bedarf zu geben, ein Teil der Klosterländereien in Barchstedt im Hildesheimischen in kleineren Stücken ausgelegt. Infolgedessen war die Pacht sehr groß und manche Ländereien, die bis dahin nur 40 Mark pro Morgen brachten, stiegen um 100 bis 125 Prozent, so daß jetzt bis 90 Prozent für den Morgen von den Kleinen Pächtern bezahlt werden müssen. Diese Tatsachen ergeben die Notwendigkeit einer durchgreifenden Reform bei der Verpachtung der Staatsdomänen.

Ein unwissender Pfarrer.

Die Strafkammer zu Köln a. Rh. verurteilte den Pfarrer Wiegler aus Wiesdorf zu einer Geldstrafe von 80 Mark wegen Mißhandlung eines Säuglings. Der Geistliche hatte vor einigen Monaten an das Kind eine Frage gestellt, die es nicht beantworten konnte. Darauf mißhandelte er es derart, daß dem Kinde die Augen anliefen und es am linken Ohr einen Bluterguß davontrug. Das Kind war wochenlang in ärztlicher Behandlung. Vor Gericht gab der Pfarrer an, nicht gewußt zu haben, daß die Kinder nicht ins Gesicht geschlagen werden dürfen.

Oesterreich.

Die Erhöhung des Rekrutenkontingents.

Wien, 30. Oktober. Nach dem von der Regierung heute im Abgeordnetenhaus eingebrachten Gesetzentwurf über die Erhöhung des Rekrutenkontingents beträgt die Vermehrung für die beiden Reichshälften 1914 5600, 1915 11 300, 1916 17 000, 1917 17 500, 1918 und in den folgenden fünf Jahren 18 000 Mann für die gemeinsame Armee. Gleichzeitig wird das Rekrutenkontingent der österreichischen Landwehr stufenweise um 7300, der ungarischen Landwehr um 6000 Mann erhöht, so daß das Gesamtkontingent der gemeinsamen Armee einschließlich der Marine und der beiden Landwehren 1918 234 800 Mann gegen die gegenwärtige Ziffer von 212 500 betragen wird. Die Begründung des Gesetzentwurfes verweist auf die weitreichenden Maßnahmen der Großmächte zur Verstärkung ihrer Streitkräfte und auf die entsprechenden Vorjagen der Balkanstaaten. Für die Monarchie ergebe sich daraus das durch den Selbsthaltungstrieb diktierte Gebot, in der militärischen Ausgestaltung wenigstens auch soweit zu gehen, daß die Qualität und die Kriegsbereitschaft der bewaffneten Macht tadellos den entsprechenden Verhältnissen der anderen Staaten entspreche. Während andere Staaten besondere Mittel anwenden müßten, um eine Steigerung der Wehrkraft noch durchzuführen zu können, verfüge die Monarchie auch nach der neuen Wehrreform noch über eine ausreichende Reserve an tauglicher Mannschaft.

Die Militärvorlage.

Wien, 30. Oktober. Die Regierung hat im Abgeordnetenhaus die neue Wehrevorlage eingebracht, die die bereits angekündigte Erhöhung der Rekrutenkontingente enthält, die auf die nächsten fünf Jahre verteilt werden. Die Steigerung des Rekrutenkontingents in Oesterreich beträgt für die gesamte Wehrmacht und Landwehr zusammen im Jahre 1914: 7792 Mann, im Jahre 1915: 4474, im Jahre 1916: 4233, im Jahre 1917: 383 und im Jahre 1918: 480 Mann.

Der Auswandererskandal.

Wien, 30. Oktober. Das Subkomitee des Bundesausschusses zur Beratung der Schiffsfahrtsangelegenheiten beendete heute seine Beratungen und nahm eine Resolution an, in der es heißt: Das Subkomitee billigt die Absicht des Handelsministeriums, den Schiffsfahrtsverkehr Oesterreichs vom Nordatlantischen Schiffsfahrtskartell unabhängig zu machen, und Einfluß auf dessen Vereinbarungen zu gewinnen, sowie insbesondere den Auswandererverkehr von der monopolistischen Ausbeutung durch dieses Kartell zu befreien. Die Regierung wird aufgefordert, den ungesetzlichen Formen der Agitation auf dem Gebiete der Auswanderung allenthalben und ohne Rücksicht auf irgendeine Gesellschaft ihr Augenmerk zuzuwenden.

Im Laufe der Debatte erklärte Minister v. Seino, das eingeleitete Strafverfahren gehöre zu den größten Strafsachen, mit denen sich die Gerichte seit langem befaßt hätten, und zwar sowohl wegen der Menge des Materials als auch wegen der Verzweigung der Fäden der Strafsache. Deshalb sei auch der Justizminister nicht in der Lage, jetzt schon eine bestimmte Auskunft bezüglich der peinlichen Frage zu geben, ob eine Liste über Geldspenden an Abgeordnete vorhanden sei, bisher sei eine solche Liste nicht gefunden worden. Wenn das Strafverfahren einen gewissen Grad der Reife erlangt haben werde, werde der Justizminister so schnell als möglich die peinlichen Zweifel in dieser Frage auflösen.

Soziales.

Schlichtungskommission oder Gewerbegericht?

Ein Kohleger hatte gestern gegen die Firma Janes u. Beller vor dem Gewerbegericht Klage erhoben wegen Lohnrückst, Lohnausfällen und Entschädigung für Wartzzeit. Die Beklagte wendete Unzuständigkeit des Gewerbegerichts ein. In dem für das Kohlegergewerbe bestehenden Tarifvertrag ist für alle Streitigkeiten eine Schlichtungskommission vorgesehen. Vor dieser Instanz ist Klager mit seinen Ansprüchen abgewiesen. Das Gewerbegericht kam gleichfalls zur Klageabweisung wegen Unzuständigkeit unter folgender Begründung: Die im Tarifvertrag

vorgesehen: Schlichtungskommission war für den Klager die zuständige Instanz, da er selbst auch den Tarifvertrag anerkannt hat. Allerdings weist die fragliche Bestimmung eine Lücke insofern auf, als nicht ein unparteiischer Vorsitzender vorgesehen ist. Das Gesetz läßt aber die Zuständigkeit des Gewerbegerichts nur dann ausschließen, wenn ein unter einem solchen Vorsitzenden sitzendes Schlichtsgericht vorgesehen ist. In dessen besteht eine Geschäftsordnung der Schlichtungskommission, die eine dahingehende Ergänzung enthält. Da der Tarif ferner festsetzt, daß die Entscheidungen der Kommission endgültig sind, mußte auf Klageabweisung erkannt werden.

Ein Kassegesetz zur Reichsversicherungsbahnung

fordert der Verband der Bureauangestellten, sich Berlin, in einer an den Reichstag und den Bundesrat gerichteten Petition. Der Verband weist darauf hin, daß durch die Reichsversicherungsbahnung mit dem 31. Dezember 1913 weit mehr Kassen geschlossen werden, als vorausgesehen war. Nach einer Umfrage des Verbandes werden von 562 Ortskrankenkassen mit 4242 Angestellten nicht weniger als 227 Kassen geschlossen, und nicht weniger als 883 Angestellte, das sind 20 Prozent, kommen damit um ihre Stellen und Rechte. Das endlich mit der Kassenzersplitterung etwas ausgemildert wurde, ist erfreulich, aber es ist überflüssig und grundlos, dabei die Existenz der Angestellten zu opfern. Die Reichsversicherungsbahnung löst nämlich, wenn eine Ortskrankenkasse geschlossen wird, alle Angestelltenverträge, ohne den Kassenangestellten ein Recht auf Weiterbeschäftigung bei der neuen Ortskrankenkasse zu gewähren. Auf diese Weise sind sogar die Bezüge von Invaliden, Witwen und Waisen gefährdet, die von einer Anzahl schließender Kassen für ihre Angestellten bereits geleistet werden. Für diese rücksichtslose Vernichtung der Rechte eines sehr großen Teiles der Kassenangestellten liegt ein sachlicher Grund absolut nicht vor. Die neuen Krankenkassen, die die Mitglieder der geschlossenen Kassen aufnehmen, brauchen natürlich entsprechend mehr Arbeitskräfte. Der Verband nimmt an, daß die Mehrheitsparteien des Reichstages eine so bedenklich große Zahl von Kündigungen wohl doch nicht vermutet haben und erjudet, durch ein Kassegesetz auszusprechen, daß die neue Kasse, die die Mitglieder aufnimmt, auch die Angestellten weiter beschäftigt und den etwa vorhandenen Invaliden, Witwen und Waisen ihre Rente weiter zahlt.

Rein Fortbildungsschulgesetz in Oldenburg.

Vor etwa drei Monaten berichteten wir, daß die oldenburgische Regierung eine Kommission mit der Ausarbeitung eines Entwurfs für ein oldenburgisches Fortbildungsschulgesetz beauftragt hatte. Die Arbeit dieser Kommission erschien und wurde zur Begutachtung an die einzelnen Parteien und Interessenträger des Landes gesandt. Der vorläufige Entwurf sieht einen drei- bis vierjährigen Lehrgang für alle Knaben und Mädchen vom 14. bis zum 18. Lebensjahre vor. Und zwar für die im Handel und Gewerbe beschäftigten männlichen und weiblichen Lehrlinge vier Jahre, für alle anderen männlichen Personen drei Jahre und für alle anderen weiblichen Personen zwei Jahre nach Beendigung ihrer Schulzeit. Die Pflichtfortbildungsschule käme also auch für die ländliche Jugend in Frage. Wie man sieht, bezweckt der Entwurf nichts weiter, als eine sehr zu wünschende Erhöhung und Vertiefung der allgemeinen Volksschulbildung in recht bescheidenem Umfang; es ist eine jährliche Stundenzahl von 240 Stunden vorgesehen, die für die in der Landwirtschaft Beschäftigten auf 120 herabgesetzt werden kann.

Und dennoch wird der Entwurf dem am 4. November beginnenden Landtag nicht vorgelegt werden. Und zwar weil das Zentrum und die Konservativen sowie die Landwirtschafts-, Handwerks- und Handelskammern — auch der Handbund — eine ablehnende Stellung einnehmen. Die Sozialdemokraten haben mit dem Fortschritt im Landtag zwar die Mehrheit, aber die Regierung will es mit den vereinigten Reaktionskräften nicht verderben und läßt deshalb einen Entwurf unter den Tisch fallen, von dem selbst die „Kölnische Volkszeitung“ im Gegensatz zu ihren oldenburgischen Zentrumsgeossen in ihrer Nr. 867 an dem Gesetz „einen so vorzüglichen Kern“ erkannte, daß sie wünscht, Regierung und Landtag möchten aus dem Entwurf ein Gesetz machen.

Letzte Nachrichten.

Eine russische Marinenvorlage.

Petersburg, 30. Oktober. (B. T. Z.) Der Marineminister hat in der Reichsduma eine Gesetzesvorlage eingebracht über die Anweisung von 77 752 549 Rubeln für 1914 zum Bau von Kriegsschiffen und zum Ausbau von Fabriken des Marinerefforts.

Verfassungswünsche in Serbien.

Begrab, 30. Oktober. (B. T. Z.) Die fortschrittlichen Abgeordneten haben in der Stupschina eine Gesetzesvorlage eingebracht, in der mit Rücksicht auf die großen in der Staatsverwaltung eingetretenen Veränderungen eine Verfassungsrevision beantragt wird.

Mordanschlag gegen Guertia?

New York, 30. Oktober. (B. T. Z.) Nach einem Telegramm aus der Stadt Mexiko setzt die Polizei die Untersuchung fort, um weitere Beweise für das Verbrechen einer Verschwörung gegen das Leben Guertias zu erbringen, von der den Behörden durch zwei Frauen Mitteilung gemacht worden war. Diese Frauen haben mehrere Männer zur Anzeige gebracht, die ihnen angeblich fünfshundert Dollar angeboten haben, wenn sie Guertia in ihr Haus locken würden, die Verschwörer hätten dann Gelegenheit gehabt, Guertia zu ermorden. Die Frauen hätten abgelehnt, an dem Anschlag teilzunehmen. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen.

Der Empfänger des diesjährigen Nobelpreises.

Stockholm, 30. Oktober. (B. T. Z.) Das Karolinische Institut hat beschlossen, den diesjährigen Nobelpreis für Medizin dem Professor der Physiologie an der Universität Paris Charles Richet zu erteilen.

Großfeuer in Wien.

Wien, 30. Oktober. (B. T. Z.) In der jüdischen Zentrale der allgemeinen österreichischen Elektrizitätsgesellschaft im Zentrum der Stadt ist heute nachmittags ein großer Brand ausgebrochen, welcher erst nach zweistündiger Dauer gelöscht wurde. Infolge der Ausschüttung der Kabel wurde in der inneren Stadt und in mehreren anderen Bezirken die elektrische Beleuchtung in vielen Geschäften und Wohnungen unterbrochen. Der angerichtete Sachschaden ist bedeutend und dürfte durch die Außerbetriebsetzung des Werkes noch wachsen.

Schiffsbrand.

Sigs, 30. Oktober. (B. T. Z.) Der deutsche Dampfer „Kalmnos“, der auf der Fahrt von Hamburg nach Konstantinopel begriffen war, ist brennend in den hiesigen Hafen eingelaufen. Das Feuer war gestern ausgebrochen. Mehrere Schiffe, unter ihnen der englische Kreuzer „Cumberland“, leisteten Hilfe. Ihre Bemühungen waren indessen vergeblich; der Dampfer mußte auf das Ufer gesetzt werden. Die Besatzung soll unverletzt sein.

Gewerkschaftliches.

Warnung vor Zuzug nach den Werftorten.

In einer Notiz, die durch verschiedene bürgerliche Blätter läuft, wird behauptet, daß in den Werftorten Bremen, Bremerhaven, Hamburg und Kiel nicht Arbeitslosigkeit, sondern Mangel an Arbeit herrsche. Es wird weiter gesagt: Zur Klärung der Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt könne nur immer wieder mitgeteilt werden, daß Tausenden von gelernten und ungelerten Arbeitern der Holz- und Metallbranche Arbeitsgelegenheit in der Schiffbauindustrie geboten werden könne. Solange der deutsche Arbeitsmarkt ein derartig günstiges Bild zeige, könne die Notwendigkeit einer gesetzlichen Arbeitslosenversicherung nicht anerkannt werden.

Der arbeitereindlichen Tendenz, die in dem letzten Satz zum Vorschein kommt, entspricht der ganze Inhalt der Notiz. Es ist frech gelogen, wenn behauptet wird, in der Schiffbauindustrie herrsche Mangel an Arbeitern. Noch am Montag und Dienstag dieser Woche sind zahlreiche Holzarbeiter in Hamburg, die auf Grund dieser verlogenen Notiz sich bei den Arbeitsnachweiser um Arbeit bei den Werften bemühten, abgewiesen worden mit der Bemerkung, es seien noch so viele Arbeitssuchende vorgemerkt, daß es vier Wochen und länger dauern kann, ehe an Einstellung zu denken sei. Nicht anders sieht es in den übrigen Werftorten aus. Unter diesen Umständen ist es geradezu gewissenlos, immer noch mehr Arbeiter nach den Werftorten zu locken, wo vom letzten Streik her noch nicht alle Arbeiter wieder eingestellt sind, und obendrein die Öffentlichkeit so gräßlich über den wahren Stand der Dinge zu täuschen, wie es durch die oben gekennzeichnete Notiz in der Unternehmerrpresse versucht wird.

Berlin und Umgegend.

Was geht in der Berliner A. E. G. vor?

Die Mitteilungen der Großbetriebe in der Metallindustrie, wonach sie für die kommenden Monate voll mit Aufträgen versehen sind, müssen bekanntlich sehr mit Vorsicht aufgenommen werden. Keine Firma will die erste sein, die eingestehen muß, daß auch in ihrem Auftragsbestand sich die herannahende Krise bemerkbar macht.

So scheint es auch in der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft in Berlin zu sein. Dem sonst könnte man es sich nicht erklären, daß die Firma jedesmal Ersuchen der Arbeiter auf Verkürzung der Arbeitszeit, um Entlassungen vorzubeugen, ablehnt. Weil sie wahrscheinlich der Ansicht ist, daß eine solche Verkürzung der Arbeitszeit das deutlichste Zeichen des sich bemerkbar machenden Mangels an Aufträgen wäre.

Nun zeigt sich aber in den letzten Wochen und Tagen in dem Verhalten der Direktion der A. E. G. etwas so Eigentümliches, das keine andere Schlussfolgerung zuläßt als die, daß die Firma in ganz besonderer Weise ihren Mangel an Aufträgen verdecken will. Es werden nämlich in fast allen Werken der Gesellschaft im großen Umfang Preisabzüge vorgenommen, und den Arbeitern und Arbeiterauschüßmitgliedern wird in brüsker Weise erklärt, daß es bei den Abzügen bleibe und jedwede Verhandlung sich erübrige. Ja, in einem Falle hat sogar die Direktion es abgelehnt, den Arbeiterauschüß in dieser Angelegenheit zu empfangen, sie erklärt, daß über die Angelegenheit nicht mehr verhandelt würde, sondern es bleibe dabei.

Dieses Verhalten und die Art wie allgemein Abzüge vorgenommen werden, läßt darauf schließen, daß die Betriebsleitung wahrscheinlich einen Streik in größerem

Umfange will, um durch eine mehrwöchentliche teilweise Ruhe der Arbeit den Mangel an Aufträgen und damit die Schwierigkeiten der Beschäftigung der Arbeiter zu verdecken. Die nächsten Tage werden vollständige Klarheit über die Angelegenheit bringen.

Achtung, Töpler! Die heutige Generalversammlung bei Voeler, Weberstr. 17, findet nicht, wie in der Nummer 284 des „Vorwärts“ irrümllich durch Versehen der Druckerei angegeben ist, um 8 1/2 Uhr, sondern um 6 1/2 Uhr statt. Die Verhandlung.

Der Wurfabrikant W. Ziegler, Kummelsburg, Prinz-Albert-Str. 4, verweigert den Fleischergehilfen das Koalitionsrecht. Am 27. Oktober war vom Verband der Fleischer für die Arbeiter der Firma Ziegler eine Betriebsbesprechung anberaumt, um mit denselben über ihre Organisation sowie über die Verbesserungen im Gewerbe aufklärend zu sprechen. Als Herr Ziegler von dieser Versammlung erfuhr, erklärte er seinen Arbeitern, daß derjenige, welcher am Versammlungsende das Haus verlasse, am Tage darauf entlassen werde. Zwei Arbeiter, die der Organisation angehören, wurden zum Bureau gerufen und sofort entlassen, weil diese die Einladungen zur Versammlung verteilten. Dieser Raub des Koalitionsrechts durch eine Kummelsburger Fleischerwarenfirma ist unioverwundlich, als deren Kundenschaft naturgemäß zum großen Teil aus Arbeitern besteht, die einen besonderen Wert auf dieses Recht legen.

Deutsches Reich.

Eine zusammengebrochene Auflage.

Am Dienstag, den 28. cr., kam der große Konterprozeß, der aus Anlaß des Streiks der Brauereiarbeiter in Culm (Westpreußen) eingeleitet wurde, zur gerichtlichen Verhandlung. Angeklagt waren 41 Personen, darunter mehrere Frauen und ein Schüler. Die Anklage lautete für die Mehrzahl der Angeklagten auf Landfriedensbruch. Als im Frühjahr d. J. die Brauereiarbeiter der Brauerei Höcherl Akt.-Ges. streikten, verschieb sich die Firma einige zwanzig Hingegardisten aus Hamburg als Arbeitswillige. Diese trafen am 27. April, an einem schönen Sonntage, in Culm ein. Die Bevölkerung hatte davon Kenntnis erhalten, so daß sich große Mengen am Bahnhof einfanden. Ein außerordentliches Interesse wurde unter der Bevölkerung auch dadurch wachgerufen, daß außer einigen sonst am Bahnhof nicht stationierten Polizeibeamten noch Gendarmen anwesend waren. Die ausgelassenen Hingegardisten machten einen derartig verkommenen und ekelhaften Eindruck auf die Bevölkerung, daß diese mit ihrer Entrüstung darüber, daß solche Elemente den Culmer ehrlichen Arbeitern als Konkurrenz entgegengetreten und in einem Rührungsmitelbetrieb gesiedet werden sollten, nicht zurückhielt. Auch lodte das schöne Sonntagswetter eine große Zahl von Spaziergängern auf den Weg, so daß sich ein förmlicher Zug bildete, der sich durch die ganze Stadt hindurch zum Brauereigrundstück bewegte. Dabei wurden aus der Menge Protestrufe, die sich gegen die Arbeitswilligen richteten, laut. Auch johlten und schrien halbwüchtige Juchser und Kinder. Nachdem die Arbeitswilligen hinter den Toren der Brauerei waren, stautte sich die nachfolgende Menge in der engen Straße, weil die vordersten Reihen von den Polizisten zurückgedrängt wurden, die hinteren Reihen aber, ohne zu wissen und sehen zu können, was sich vorne abspielte, hinterrückdrängten. Die Polizisten schrien auf die Menge ein und verlangten Rückwärtsbewegung. Das konnte nur sehr langsam vor sich gehen, da die enge Straße mit Menschen vollgeproppert war. Trotzdem gelang es den Eingeleiteten, sich in etwa einer halben Stunde bis zum nahegelegenen Markt durchzuarbeiten. Die Schulleute folgten der Menge und beschimpften und bedrohten sie. Ueber diese Behandlung aufgeregt, schrie und johlte ein Teil der Menge. Das war für die Beamten Grund genug, die Arbeiter mit Wassergewalt auseinander zu treiben. In dieses Chaos, das nun entstand, fielen auch ein oder mehrere Steinwürfe gegen die Polizeibeamten gefallen sein.

Der Anklagebehörde reichte dieser geringfügige Krawall zur Erhebung einer Anklage auf Landfriedensbruch aus. Auch die bürgerliche Presse schrieb am nächsten Tage in Culm, daß die Streikenden sich sehr schäuer vergangen und sich des Landfriedensbruchs schuldig

gemacht hätten. Das Schöffengericht stellte fest, daß es sich um keinen Landfriedensbruch, sondern nur um einen Kaufauf im Sinne des § 116 Abs. 1 des R.-Str.-G.-B. handelt. Außerdem seien einige Angeklagte wegen Gewerbevergehen zu bestrafen, weil sie die Ehre der Streikbrecher angefaßt haben sollten. Ein erheblicher Teil der Angeklagten mußte freigeprochen werden, eine Anzahl der Angeklagten wurde mit Gefängnisstrafen bedacht in Höhe von vier Tagen bis einer Woche. Wegen Gewerbevergehen und Beleidigung wurde durchweg auf Geldstrafe von 10 bis 30 M. erkannt. Die aufführende Anklage wegen Landfriedensbruchs ist also nach der gerichtlichen Feststellung ebenfalls zusammengebrochen.

Ausperrung in der Glasindustrie. In Biesau, Kreis Sagan, sind sämtliche Glasarbeiter der Firma Müller u. Schwarz und der Firma Barth am 30. Oktober ausgesperrt worden. Der Grund für die Aussperrung ist folgender: Die jugendlichen Arbeiter unter 16 Jahren dürfen nicht mehr vor 6 Uhr morgens beschäftigt werden. Da nun die Arbeitszeit bisher in den Betrieben um 5 Uhr morgens angenommen wurde, so mußte eine Änderung vorgenommen werden, und beginnt jetzt die Arbeit morgens 6 Uhr. Nun sollen die Arbeiter nachmittags dafür eine Stunde länger arbeiten. Die Glasarbeiter weigerten sich, dies zu tun und erklärten sich bereit, nachmittags eine halbe Stunde länger zu arbeiten. Damit waren die Industriellen nicht einverstanden und sperrten sämtliche Glasarbeiter aus. In Betracht kommen rund 400 Arbeiter. Es werden deshalb alle Glasarbeiter des In- und Auslandes dringend ersucht, Biesau zu meiden!

Die Rieter der Tecklenburgwerft in Bremerhaven, die seit dem 18. d. M. im Streik standen, haben in einer Versammlung am Mittwoch, den 29. Oktober, beschlossen, den Streik aufzugeben. Die Arbeit wird am Donnerstag wieder aufgenommen. Die Arbeiter, die infolge des Rieterstreiks entlassen wurden, treten wieder in das alte Arbeitsverhältnis ein. Der Streit zwischen den Rietern und der Firma war wegen Verweigerung der Uebertragsarbeiten entstanden. Die Werkleitung glaubte auf Grund der Arbeitsordnung dazu berechtigt zu sein, die Auszahlung der Lohnüberschüsse zu verweigern. Die Arbeiter beabsichtigen nun, die Sache auf dem Rechtsweg zum Austrag zu bringen und haben deshalb den Streik abgebrochen.

Husland.

Holzarbeiterstreik in Warschau. Bei der Firma Mariens u. Daab, Bauunternehmer in Warschau, befinden sich etwa 200 Holzarbeiter im Streik. Die Firma sucht durch den „Dziennik Berlinski“ Arbeitswillige und tatsächlich sind auch bereits auf Grund dieser Inserate eine Anzahl Arbeiter nach Warschau gekommen. Die streikenden Arbeiter in Warschau bitten, sie durch Fernhaltung des Zuzuges zu unterstützen.

Stadtverordneten-Versammlung.

31. Sitzung vom Donnerstag, den 30. Oktober 1913, nachmittags 5 Uhr.

Vorsitzer Michelet eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr. Die Wahl des Ausschusses für die Vorlage wegen Regelung der Angestelltenversicherung der im Wege des Privatdienstvertrages beschäftigten städtischen Angestellten hat stattgefunden; die sozialdemokratische Fraktion ist durch Glöck, Kobiensger, Ritter, Sassenbach vertreten.

Ueber den Vorentwurf zum Neubau einer Heil- und Pflegestätte in Buch berichtet namens des niedergelassenen Ausschusses Stadt. Sachs (L. L.). Der Ausschuh hat das vorgelegte Bauprogramm genehmigt, wünscht aber in dem speziellen Entwurf die Forderung veräußert, daß die Höchstzahl der Betten in einem Zimmer auf 10 beschränkt wird; diese Zimmer sollen aus den großen, für 20 Betten projektierten Sälen durch Einbau von Querwänden und ohne den Anbau von Korridoren gewonnen werden. Ferner soll für ein Operationszimmer Vorkehrung getroffen werden (die Anstellung eines besonderen Chirurgen wird nicht für erforderlich

Kleines Feuilleton.

Undank ist der Fürsten Lohn. Also der Geheimrat Hofrat Clemens Thiem, der Leiter des deutschen Patriotenbundes, der eigentliche Manager des ganzen Völkerschlagdenkmalsrummels, dem bei der Einweihung des Monuments von 1813 von den zahlreichen Majestäten, Hohheiten und Durchlauchtigkeiten schier die Rechte zerquetscht worden, hat den preussischen Orden vom Roten Adler vierter Güte wieder zurückgeschickt. Die Auszeichnung ist ihm zu power, er mimt die gekrännte Leberwurst, er will nicht mehr mitspielen!

Welcher Größenwahn! Vor hundert Jahren gab es einen andern Geheimrat, nebenbei auch Rektor der neuen Berliner Universität. Ein Mann von Verdienst um das Haus Hohenzollern. Denn just als die verbündeten Potentaten 1815 zum zweiten Male in Paris weilten, tat er in einem berühmten gewordenen Schriftchen dar, daß die sogenannten Vortführer der sogenannten Freiheitsbewegung von 1813 wüßte Vurschen gewesen, daß E. W. Arndt zu Nord, Vänderung und Notzucht aufgerufen habe, daß der Jugendbund auf die Entthronung der Fürsten ausgegangen sei und dies und das. Nichts hätten die Arndt und Fichte und ihregleichen mit der Freiheitsbegeisterung von 1813 zu tun gehabt, in Preußen habe 1813 überhaupt keine Begeisterung geherrscht, das preussische Volk habe vielmehr alles, was es in dieser Zeit geleistet, nur auf allerhöchsten königlichen Befehl getan, sowie man etwa beim Auf der Feuertrommel zum Wüßchen herbeieile (die Feuertrommel war Friedrich Wilhelm III.). — Wie man sieht, ein Mann von höchstem Verdienst um das Haus Hohenzollern!

Und dieser Geheimrat wurde für seine Schrift auch mit dem Roten Adler vierter ausgezeichnet! Er hieß Schmalz. Wie kommt da dieser — ah! — Thiem e dazu, über den gleichen Orden, statt in unterwürdigster Dankbarkeit zu erbeten, zu nörgeln? Vergleichsweise hätte für ihn schon das Allgemeine Ehrenzeichen gelangt! Seh er sich mal den Leipziger Oberbürgermeister an! Der wollte den Kronenorden auch zurücksenden. Er war, wie Eingeweihte wissen, fest entschlossen dazu. Aber er hat sich alsbald, wie heute gemeldet wird, in „langen Verhandlungen“ breitschlagen lassen, kein böses Beispiel zu geben, das den guten bürgerlichen Sitten ein gefährliches Vorbild geben könnte. Die bürgerliche Ordenssucht kann aufatmen: der Leipziger Oberbürgermeister hat den Kronenorden angenommen; und weil er artig eingelenkt hat, soll er demnächst noch den Stern dazu erhalten.

Denn Unterwürfigkeit ist im Reiche Ohzanz eine strahlende Tugend, die gern so vergolten wird, daß sie ihren Träger würdig kennzeichnet.

Der Impressionismus. Eine Vortragsreihe, die von der Zeitschrift „Kunst und Künstler“ während der nächsten Monate veranstaltet wird, wurde durch Gustav Pauli, den Direktor der Bremer Kunsthalle, eröffnet. Er sprach über das Wesen des Impressionismus, über die Wechselseitigkeit, nach der diese Art der Kunstführung von Urzeiten her mit der romantischen Dekoration abwechselte.

Die Impressionisten, das sind die Jäger, die sich auf die Welt stürzen, um sie zu erkennen; sie wollen die Natur erobern. Das war so schon zu den Zeiten der Höhlenbewohner; das wiederholte sich mehrere Male im Laufe der Geschichte. Jede neue Periode des Impressionismus bringt eine reichere und tiefere Naturerobung; Rodin sah mehr als jeder frühere Bildhauer, und Liebermanns

„Wadende Anaben“ zeigen unendlich mehr von den Reizen der Wechlichkeit und des Lichtlebens als ähnliche Bilder Wenjels. In diesem Sinne sind die Impressionisten Vereicherer unseres Weltwissens; sie ergötzen unsere Augen, immer gründlicher und klarer die Natur zu erfassen. Der Impressionist ist ein Pionier; er hat etwas Neuartiges, er rüttelt an der Außenwelt. Er muß notwendig Individualist sein; ihn interessiert immer nur der Einzelfall, er hoßt die Abstraktion.

Nun regiert aber im Reich des Geistigen das Gesetz vom Widerspruch; auch die Kunst ist ihm untertan. Wenn die Impressionisten wieder einmal die Scheuern mit neuen Entdeckungen bis zum Rande gefüllt haben, dann fühlt die Kunst sich satt, und nun beginnt sie mit ihren überreichen Schätzen zu spielen, sie beginnt damit zu phantastieren: die Kunst wird dekorativ, träumerisch, romantisch. In solcher Periode werden die Künstler kollektivistisch erregt; sie fühlen sich nicht mehr als frei schwebende Jäger, vielmehr als Veauftragte eines Volkes, als Dichter, die ein Publikum, als Priester, die eine Gemeinde benötigen. Gegenwärtig stehen wir gerade an solch einem Wendepunkt, da der Impressionismus in eine Kunst des Romantischen und des Dekorativen umschlägt. Daß es dabei zuweilen etwas wild zugeht, ist nicht weiter verwunderlich; die Gotiker waren auch wesentlich primitiver, als die Klassiker der Hellenen, die an die zweitausend Jahre vor ihnen existierten.

Nun ist es wie bei aller lebendigen Geschichte auch in der Kunst so, daß die einzelnen Entwicklungsphasen nicht scharf getrennt hintereinander verlaufen; sie gehen oft miteinander parallel, sie durchwühlen sich sogar. Pauli zeigte eine Skizze Rembrandts, die geradezu überauschend impressionistisch wirkte; und doch war Rembrandt ein Künstler, ein Held von der anderen Seite der Kunst. Der junge Dürer war Impressionist; der alte diente der monumentalen Dekoration. Solche Zweispieltigkeit ändert aber wenig an dem Zutreffen des großen Schemas: hier Naturerobung, dort Schöpfung der menschlichen Phantasie. Das Wanderschaftum sah den Impressionismus erstarken; das Zeitalter des Sozialismus bedarf einer Kunst des starken Rhythmus.

Wußt.

Weingartner-Abend (im Konzertsaal der kgl. Hochschule für Musik). Felix Weingartner, der ehemalige Hofkapellmeister des „Zirkus Hallsen“, dem laut reichsgerichtlicher Entscheidung noch auf mehrere Jahre die Ausübung seiner öffentlichen Dirigententätigkeit innerhalb 30 Kilometer rund um Berlin untersagt wurde, ist nun doch aufgetreten. Allerdings „nur“ als Komponist und, was gleich bemerkt sei, als brillanter Klaviermeister. In Berliner Konzerten beehrte man bisher, wenns hoch kam, allenfalls einigen Liebern von ihm. Der Sinfoniker, der Schöpfer zahlreicher Kammermusikwerke kam gar nicht mehr zu Wort. Hoffentlich wird das nun anders werden; denn wie man sich immer zu Weingartner stellen mag, ein originaler Musiker ist er auf alle Fälle.

Wenn in seiner Sonate D-dur für Violine und Klavier ältere Formen mit neuen in glücklicher Verschmelzung zum Ausdruck gebracht werden, so spricht ein Quintett G-moll für Klarinette, Violine, Violine, Cello und Klavier geradezu als eine bedeutende, ganz im modernen Geiste empfundene und gewobene Schöpfung an, in der, neben dem reizvollen Tempo di Menuetto besonders der an Naturmotiven reiche postellose Adagio sehr interessant, sowie das keine Gewebe, in das sämtliche Instrumente im ständigen Wechsel Klangfarben ineinander greifens verwoben sind und das im Klavierpart durch höchst charakteristisch gelöste Akkorde wirksam untermauert wird.

Das Werk, dessen Wiedergabe beinahe eine dreiviertelstündige

Zeitdauer beanspruchte, lam prächtig zur Geltung; denn der Komponist selbst, sodann Professor Oskar Schubert, der unübertreffliche Klarinetist, Vemo Schuch, Otto Kriegermahr und Gjalmar von Damed waren die Ausführenden. Hier trat der letztgenannte Violinist auch ungleich vortrefflicher hervor, als in der Sonate, wo sein Spiel teilweise vom Klavier erdrückt wurde. In acht Liedern für eine Singstimme mit Klavierbegleitung und einigen Zugaben erwies sich Weingartner vollends als ein auf dem Boden des modernen Stils heimischer Komponist. Gesungen wurden die Lieder von Lucille Weingartner, einer Sopranistin von entschieden stimmlicher Kraft und Klangfülle, bei der nur hier und da eine zu volle Aussprache bedauernd ans Ohr dringt. Einige Lieder — „Frühlingsgelbes“, „Unter Sternen“, „Schifferliedchen“ — mußten wiederholt werden. Und am Schluß wollten die Ovationen für Weingartner schier kein Ende nehmen.

Notizen.

Theaterchronik. Im Kleinen Theater findet am Freitag nächster Woche die Premiere von Hans Millers „respektlosen Komödien“, die den gemeinamen Titel „Gefinnung“ führen, statt. — „Das Rothernd“, ein Bühnenpiel in drei Aufzügen, Dichtung und Musik von Viktor v. Wolfowitsch-Wiedau, wird gegen Mitte November am Deutschen Opernhaus in Charlottenburg erstmals aufgeführt werden.

Kunstchronik. Bei Paul Cassirer, Viktorstr. 35, wird eine große Ausstellung von Werken des französischen Impressionisten Degas vorbereitet, die am Sonnabend, den 1. November, eröffnet wird. — Der erste Deutsche Herbstsalon, Potsdamer Straße 75, bleibt noch weitere vier Wochen, bis einschließlich 1. Dezember geöffnet. Die Ausstellung ist täglich, auch Sonntags von 10 bis 7 Uhr geöffnet.

Vorträge. Am kommenden Montag trägt im Choralkonfaal abends 8 Uhr, Emil Milan Werke von Adolf Hen, Hesse, Spitteler, Hugenberg und Jakob Schaffner vor. — Im Institut für Meereskunde fezt Montag Dr. S. Michaelien die Geschichte des Welthandels fort; Freitag spricht A. Diz über politische Probleme im östlichen Mittelmeer. — Einen öffentlichen Vortrag mit folgender Aussprache über „Die Zulassungsskule und ihre vorkörperorganischen Einrichtungen“ hält Herr Verthold Otto heute abend 8 Uhr, im Festsaal des Charlottenburger Rathhauses (Wilhelmplatz).

Henry Potonié, der Botaniker, Paläontologe und Geologe der Berliner Universität, ist 66 Jahre alt gestorben. Er war ein reger Forscher, immer bedacht, nicht in enge Fachgelehrten zu verfallen, sein naturwissenschaftliches Anschauen philosophisch zu vertiefen und das Interesse für die Beschäftigung mit Naturwissenschaften in weiten Kreisen anzufachen. Seine „Illustrierte Flora von Nord- und Mitteldeutschland“ brachte es zu einer weiten Verbreitung. Er lehrte auch an der Humboldt-Akademie.

Ein Reichskinoverband wurde gestern von Vertretern der Verbände deutscher Lichtspieltheaterbesitzer gegründet.

Ein brachtenwerter Anfaß. Unter dem Titel „Revolution“ wurde in München eine Zeitschrift gegründet, in der sich die neue schriftstellerische Jugend betätigen will. Gleich die erste Nummer wurde beschlagnahmt; wie vermutet wird, wegen einer erotischen Erzählung.

Die Internationale Bauausstellung Leipzig wurde gestern offiziell geschlossen. Man gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß die Ausstellung als ein Meilenstein in der Geschichte des Bauwesens fortleben werde.

lich erachtet. Endlich sollen auch Sonnenbäder im Gelände vorgesehen werden. Die neue Anstalt soll den Namen „Heilstätte in Buch“ erhalten. — Der Referent macht im besonderen noch Mitteilung von der Erörterung der Kostenfrage im Ausschuss. Vielfach sei beanstandet worden, daß der Bau zu teuer sei; überhaupt könne und müsse billiger gebaut werden. Der Magistrat habe aber nachgewiesen, daß, zumal angesichts der polizeilichen Anforderungen an Krankenhausbauten, nicht billiger gebaut werden könne.

Stadtv. Cassel (A. L.) knüpft an diese Erörterung an. Die Krankenhäuser würden viel zu teuer gebaut. Das Bett in dieser Heilstätte koste 8500 M. (Hörl hört!) Selbst Ärzte beklagten diese große Teuerung, die geeignet sei, die Vermehrung der Anstalten zur Krankenpflege zu hemmen. Die Heilstätte solle 7 Pavillons (1000 Betten) mit 18 besonderen Verwaltungsbauwerken umfassen. Hier gingen die Ansprüche der Bauverwaltung entschieden zu weit; man könne doch nicht einseitig die Forderungen der Architektur befriedigen. In der Provinz komme man zum Teil schon mit 1500 M. pro Bett aus. (Beifall.)

Magistratsbauamt Magdoff: Die Bauverwaltung ist nicht selbstständig, sie ist Dienerin des Bauprogramms. Ebenso entscheidend sprechen die von der Polizeibehörde für den Bau von Krankenhäusern neu erlassenen Vorschriften mit; Anträgen auf Erleichterungen ist nicht stattgegeben worden. In Buch wird teurer gebaut als in Berlin, weil die Materialtransportkosten sehr ins Gewicht fallen. Die Zahl 1500, die von einem Ministerialbeamten aus dem Report des Innern stammen soll, ist wohl kaum ernst zu nehmen; auch bei einfacher Bauart kommt man auf einen Mindestsatz von 5200 M. pro Bett. Natürlich wird die Bauverwaltung redlich bemüht sein, das hier Gehörte zu beherzigen.

Stadtv. Käte (fr. Fr.) schließt sich im wesentlichen diesen Ausführungen an. Auch er wünscht die Kosten herabzudrücken, glaubt aber, zumal in Rücksicht auf die polizeilichen Anforderungen und auf die Vorschrift der landhausmäßigen Bebauung in Buch, nicht an einen Erfolg. Im übrigen hält er im Gegensatz zu Cassel die projektierte Vielzahl von Gebäuden im Interesse der Kranken wie der Beamten, Ärzte usw. für notwendig.

Stadtv. Cassel tritt dem Vorredner und dem Magistratsvertreter bezüglich der Kosten entgegen. Die Klust zwischen 1500 und 8500 M. gähre doch zu sehr. Es könnten sehr wohl auch mehrestöckige Beamtenwohnhäuser errichtet werden, ohne daß man an Mietlokalen zu denken brauche. (Beifall.)

Stadtv. Dr. Wehl (Soz.) Wir haben stets verlangt, daß die Kranken in unseren Anstalten aufs beste untergebracht werden. Als wir die Vorlage erhielten, waren aber auch wir auf den ersten Anblick erschrocken. (Hörl hört!) Aus dem Tuberkulosekrankenhaus, das nach der Absicht der Krankenhauodeputation als Ergänzung der drei anderen Krankenhäuser dienen sollte und nach ihrer Meinung billiger als jene eingerichtet werden konnte, ist eigentlich ein vierstöckiges Krankenhaus geworden. Wir haben wiederholt gefragt: Muß das sein, geht es nicht an, es billiger zu machen? Die Verwaltung hat geantwortet, es gehe nicht anders. Nun hat der Wirkliche Geheim Ober-Medizinalrat Kirchner, der Chef der preussischen Medizinalverwaltung, tatsächlich einmal geäußert, er mache sich anheischig, ein Bett in einem Lungenkrankenhaus für 1500 M. herzustellen. Dieser Beamte ist doch auch für die erlassenen allgemeinen Vorschriften verantwortlich, welche uns zwingen, so teuer zu bauen. In der Deputation ist uns nachgewiesen worden, daß die Zahl 1500 nur so hingeworfen sein kann. Für die hohen Kosten kann man die Krankenhauodeputation nicht verantwortlich machen. Auch wir sind nicht dafür zu haben, ohne Not Gelder zu vergeuden, schon weil wir ein Interesse daran haben, daß noch viel mehr Krankenhäuser und Heilstätten errichtet werden; auch wir wollen Billigkeit und Sparsamkeit an der rechten Stelle.

Stadtv. May (A. L.) Auch wir hätten den Wunsch gehabt, billiger wegzukommen, aber an dieser Stelle scheint es nicht zu gehen; hoffentlich kommt es in Zukunft dazu.

Stadtv. Käte vermahnt sich gegen einige Bemerkungen des Stadtv. Cassel und nimmt für sich das bessere Urteil in Baufragen in Anspruch.

Nach einer kurzen Erwiderung des Stadtv. Cassel gelangen die Ausschussvorschlüsse zur Annahme.

Der Entwurf betr. die Festsetzung von Fluchtlinien auf dem Weerschen Gelände zwischen der Südseite der Wullenweberstraße und der Speuserstraße hat der eingesehene Ausschuss als einen praktischen Vorschlag zur baulichen Erschließung dieses Teils der Judenwiege nicht ansehen können, vielmehr einstimmig empfohlen, die Vorlage abzulehnen und den Magistrat um die Vorlegung eines anderweitigen Bebauungsplans zu ersuchen, der eine Mittelstraße im Zuge des Eyle-von-Neplam-Platzes vorsieht. Nach dem Magistratsentwurf sollte das Gelände geschlossen bebaut und nach der Uferstraße nur ein Zugang in Gestalt eines noch dazu um 11 Uhr abends abzuschließenden Fußweges angelegt werden; im Innern der beiden Baublöcke sollten freie Grünflächen angelegt werden. Diese würden nach der Meinung des Stadtbaurats Krause in Fortfall zu kommen haben, wenn die vorgeschlagene Mittelstraße zur Ausführung gelänge. Der Ausschuss hat gleichwohl lebhafte für notwendig erachtet und dafür auch die Rücksichten auf die öffentliche Sicherheit in Betracht gezogen. Den Ausschussbericht hat Stadtv. Leid (Soz.) erstattet.

Auf Anregung des Stadtbaurats Krause wird mit Rücksicht auf die in Betracht kommenden städtischen Interessen beschlossen, die Sache in geheimer Sitzung zu beraten.

In den Etat für 1914 sollen die Kosten für zwei Elektro- und eine Dampfbüge mit zusammen 208 700 M. eingestellt und diese Fahrzeuge nebst einer neuen mechanischen Leiter sofort bestellt werden.

Die Versammlung stimmt zu. Der neue Teil des Viktoriaparks auf dem ehemaligen Aufmarschgelände soll schon jetzt mit elektrischen Beleuchtungsanlagen versehen werden. Die Einrichtung wird 7200, die Unterhaltung jährlich 6350 M. erfordern. Die Summen werden bewilligt.

Der Gemeindebeschluss von 1908 betr. die Bewilligung von Ruhegeld und Hinterbliebenenversorgung für die ohne Pensionsberechtigung im Dienste der Stadt dauernd beschäftigten Personen soll in einigen Punkten zugunsten der Betroffenen reformiert werden; andererseits soll auf Grund des Angestelltenversicherungsgesetzes künftig die Anrechnung der Hälfte des reichsgesetzlichen Ruhe-, Witwen- und Waisengeldes auf die städtischerseits gewährten Beträge erfolgen.

Stadtv. Sonnenfeld (A. L.) Die Verbesserung, daß nicht nach dem Durchschnitt des Arbeitsverdienstes der letzten fünf Jahre, sondern nach dem des letzten Jahres gerechnet werden soll, könnte für Akkordarbeiter einen Nachteil bringen, den wir durch eine entsprechende Änderung ausgleichen wollen. Ebenso wollen wir die Sicherheit schaffen, daß das Ruhegeld wieder erhöht werden muß, wenn die Invalidenrente fortfällt, und beantragen, § 10 demgemäß zu ändern.

Stadtrat Fischbeck erklärt sich mit der ersten Abänderung einverstanden und bemerkt bezüglich der zweiten, daß der Magistrat auch bisher schon so verfahren sei, wie jetzt ausdrücklich in das Statut hineingeschrieben werden sollte.

Stadtv. Goldschmidt (A. L.) beruft sich auf gegenteilige Erfahrungen von Arbeitern und hält die Annahme des Antrages Sonnenfeld für durchaus erforderlich. Insbesondere kämen hier Arbeiter der Strahreneinigung in Frage. Der Magistrat habe wiederholt in derartigen Streitfällen die Arbeiter veranlaßt, bis an die oberste Instanz des Reichsversicherungsamts zu gehen. Eine solche Praxis, die geeignet sei, den betreffenden Arbeiter zu benachteiligen, habe die Versammlung nicht gewollt.

Stadtrat Fischbeck glaubt, daß es sich hier doch vielleicht um Mißverständnisse handle, und sucht im übrigen das Verfahren der Verwaltung zu rechtfertigen.

Stadtv. Sonnenfeld: Auch wir sind derartige Fälle mitgeteilt worden; sie stammen allerdings aus einer Zeit, wo der Stadtrat Fischbeck beurlaubt war.

Stadtv. Koblenzer (Soz.): Wir waren entschlossen, für die un- veränderte Vorlage zu stimmen. Nun sind hier Fälle vorgeführt worden, in welchen Arbeitern das Ruhegeld gekürzt wurde, obwohl sie nicht im Besitz der Invalidenrente waren. Das hätten wir nicht für möglich gehalten, und um so etwas in Zukunft zu verhindern, werden auch wir für den Antrag Sonnenfeld stimmen.

Die Vorlage wird mit den Amendements Sonnenfeld angenommen.

Für das am 1. Januar 1914 auf Grund der Reichsversicherungsordnung einzurichtende „Versicherungsamt“, die gemeinsame untere Verwaltungsbehörde für alle Versicherungsbezirke, sollen in dem dem Gemeindefiskusrat der Parochialkirche gehörigen Hause Klosterstr. 65/67 Räume auf fünf Jahre für jährlich 38 000 M. gemietet werden.

Stadtv. Pinke (Soz.): Wir begrüßen die Vorlage, weil sie uns die Vereinigung der städtischen Bureau für die gesamte Arbeiterversicherung bringt. Wir halten auch den geforderten Mietpreis für angemessen. Ich nehme das Wort nur, um an einen von uns schon im April 1908 gefaßten Beschluß zu erinnern, der den Magistrat aufforderte, uns wegen Errichtung eines dritten Verwaltungsgebäudes Vorschläge zu machen. Ueber fünf Jahre sind seit diesem Beschluß vergangen, ohne daß wir auch nur eine Antwort erhalten hätten. Seit jener Zeit ist eine große Menge von Räumen für städtische Verwaltungszwecke weiter angemietet worden.

Die Vorlage wird genehmigt.

Das Grundstück Liefstr. 19 soll zum Preise von 150 000 M. zu Feuerwehrrzwecken angekauft werden. Die Versammlung gibt ihre Zustimmung.

Für die innere Einrichtung des Neubaus der vierten Irrenanstalt Buch werden 850 000 M. gefordert.

Stadtv. Jylies (A. L.) bittet den Magistrat, die Inventarstücke für die neue Irrenanstalt möglichst bald in Bestellung zu geben, damit auch auf diesem Wege der großen Arbeitslosigkeit abgeholfen werden könne.

Stadtv. Brunslow (A. L.) macht Reformvorschläge für die Vergütung der Lieferungen. Es sei nicht immer richtig, dem Mindestfordernden die Arbeit zu übertragen; es würden bei Submissionen oft Preise offeriert, die keine anständige Ausführung garantieren. Die Summe wird bewilligt.

Für einen besonderen Diphtherie-Pavillon und für die Erweiterung des Badehauses beim Krankenhaus im Friedrichshain sind Vorentwürfe aufgestellt, die zusammen circa 311 500 M. Ausgaben erfordern werden. Ebenso liegt der Vorentwurf zum Neubau einer Gemeinde-doppelschule mit Hülfschule und Gerätepark für die Parkverwaltung in der Wandelstraße (nahe der Weihenferd Straße), Kostenüberschlag 903 000 M., vor.

Die Versammlung genehmigt die Vorentwürfe ohne Debatte. Der spezielle Entwurf zum Um- und Erweiterungsbau der S.M. Gemeindegemeinschaft an der Turmstr. 75 liegt vor. Der Kostenanschlag schließt mit 334 000 M. ab.

Auch dieser Entwurf wird ohne Debatte genehmigt. Schluß der öffentlichen Sitzung nach 7 Uhr.

Genossenschaftliches.

Der Kampf gegen die „Vollfürsorge“.

Von den zur Schwächung und Bekämpfung der „Vollfürsorge“ ins Leben gerufenen Gesellschaften hatten wir am Sonnabend insbesondere die „Deutsche Volksversicherung A.-G. Berlin“ hervorgehoben und hierbei erwähnt, daß Dr. Rapp diese ins Leben gerufen hat. Herr Rapp teilt uns mit, daß nicht er die genannte Gesellschaft ins Leben gerufen habe. Zu dieser Mitteilung wählt er die Form einer „Berichtigung“ unter Hinweis auf § 11 des Preßgesetzes und benutzt die Gelegenheit, seinen Verband anzupreisen, den er für nicht kapitalistisch hält. Obwohl wir zur Aufnahme dieser Berichtigung nicht verpflichtet wären, teilen wir sie nachstehend wörtlich mit:

„In dem im „Vorwärts“ (Nr. 280 vom 25. Oktober cr., 1. Beilage) erschienenen Artikel „Der Kampf gegen die Vollfürsorge“ wird behauptet, daß die „Deutsche Volksversicherung A.-G. Berlin“ durch den General-Landchafts-Direktor, Geheimen Ober-Regierungsrat Dr. Rapp, Königsberg, ins Leben gerufen worden sei. In Verbindung mit der Angabe wird auf den kapitalistischen Charakter der Gesellschaft hingewiesen.

Es ist unzutreffend, daß ich die „Deutsche Volksversicherung A.-G.“ ins Leben gerufen habe. Richtig ist vielmehr, daß ich der Vorsitzende des „Verbandes öffentlicher Lebensversicherungsanstalten in Deutschland“, Sitz Berlin, bin. Dieser Verband umfaßt die von den Provinzen, Feuerlokalitäten und Landchaften errichteten öffentlichen Lebensversicherungsanstalten und hat auch eine öffentliche Volksversicherung sich angeeignet, die ebenso wie der Verband selbst keinen kapitalistischen, sondern gemeinnützigen Charakter ohne Erwerbszwecke aufweist. Die „Deutsche Volksversicherung A.-G.“, eine von 80 privaten Lebensversicherungen gegründete Gesellschaft, ist an der öffentlichen Volksversicherung nicht beteiligt und steht mit ihr in freiem Wettbewerb.“

Davon, daß Herr Rapp die „Deutsche Volksversicherung A.-G. in Berlin“ nicht ins Leben gerufen habe, nehmen wir Akt. Aber die „öffentliche Volksversicherung“ des Herrn Rapp halten wir für genau so wenig empfehlenswert wie die Gesellschaft, von der wir irrtümlich annahmen, auch sie sei ein Kind des vielseitigen Herrn Rapp.

Jugendbewegung.

Wie die bürgerlichen Jugend„pfleger“ arbeiten.

In Düsseldorf fand während der letzten Tage ein Kongreß zur Fortbildung von Jugendpflegern und -pflegerinnen statt, veranstaltet von den Machern der nationalen Jugendbewegung. Man hörte während dieser ganzen Zeit, vom Morgen bis zum Abend, weiter nichts wie Vorträge — es waren deren ganze 28 —, die von Schulmännern, Pastoren, Ärzten, höheren Beamten und ähnlichen Leuten gehalten wurden — sogar der Generalfeldmarschall v. d. Goltz hatte sich den Sprechern beigesellt! — und alle möglichen Dinge der Jugendbewegung betrafen, von Haushaltung und Nährkursen an, über Berufsberatung und Alkoholgefahr, Turnen und Wandern bis zur staatsbürgerlichen Erziehung, Pflege der Religion und zu Kriegsspielen. Der Andrang zu diesen Vorträgen war eine ziemlich großer — es sollen nacheinander mehrere tausend Personen dazugehört sein, darunter die meisten aus ganz Westdeutschland —, doch bestand das Publikum natürlicherweise allein aus Angehörigen der besseren Stände, noch dazu meist weiblichen Vertretern und — sehr vielen Geistlichen. Zugleich mit dem Kongreß fand eine Ausstellung von Gebrauchsgegenständen der Jugendbewegung statt, wie Spielen, Turngeräten, Lichtbilderapparaten und ähnlichem; außerdem gingen verschiedenerlei Besichtigungen vor sich. Am schließlich den Zuhörern die Strapazen noch mehr zu erleichtern, war ihnen freie Fahrt auf der elektrischen Bahn, freier Eintritt in die Museen und ermäßigter Preis beim Besuch der Theater gewährt worden. Was die Hauptsache, die Vortragsmaterie, enthielt, darüber braucht wohl bei dem zweifellosen Charakter dieser ganzen Veranstaltung nichts Näheres mitgeteilt zu werden. Es genüge die allgemeine Bemerkung, daß die Ausführungen sämtlicher Redner mehr oder minder stark und deutlich auf den Ton gestimmt waren: Kampf gegen die freie Jugendbewegung, die heranwachsenden Generationen für uns! —, daß sich aber auch hier wieder der Zwiespalt zeigte, der sich zwischen der konfessionellen und loszusagen weltlichen Richtung der nationalen Jugendbewegung aufgetan hat, da der Staat die ganze Jugend für sich haben, die Kirche aber ihre konfessionellen Vereine nicht geschwächt sehen möchte.

Diese ganze Veranstaltung nun braucht man, wie alle ihrer gleichen, durchaus nicht zu überschätzen. Wir tun aber auch gut, sie nicht zu unterschätzen, denn zweifellos zeugt alles das mindestens davon, daß unsere Gegner sehr eifrig an der Arbeit sind.

Patriotische Schundliteratur.

Gelegentlich eines Vortrages, den Herr Lehrer Schulz in Magdeburg im Verein der Schreibwarenhandler über „Schundliteratur und Mittel und Wege zu deren Bekämpfung“ hielt, nannte der Vortragende folgende Hefen: Durch Länder und Meere; Heinz Brand, Der Fremdenlegionär; Ein neuer Robinson; Argus, Moderne Bibliothek; Der Neue Leberkrampf; Das kleine Familienblatt; Bibliothek der Geheimnisse; Von deutscher Treue; Unter Deutscher Flagge; Unter Fahnen und Standarten.

Der Versammlungsbericht bemerkt: Interessant war es zu hören, das letztere patriotische Bücher als Schundliteratur bezeichnet werden, obgleich Generale dieselben empfohlen haben! Redner kann nur annehmen, daß die Generale die Bücher gar nicht gelesen haben. Wir haben sogar die Auffassung, daß es bei uns wohl Generale geben mag, die diese patriotischen Schundbände mit Freude gelesen und empfohlen haben, weil eben den Ueberpatrioten jedes Mittel zur patriotischen „Erfrüchtigung“ der Jugend recht ist.

Aus Industrie und Handel.

Die Konjunktur auf dem Eisenmarkt. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ sucht in einem Situationsbericht über den Eisenmarkt nachzuweisen, daß der Tiefstand der Preise bereits erreicht sei und eine Besserung in Beschäftigung und Preisen zu erwarten sei. Diese Schilderung muß optimistisch erscheinen gegenüber den Mitteilungen, die vom Stahlwerksverband über die Geschäftslage gemacht werden. In Halbzeug war nach Freigabe des Verkaufs für das letzte Vierteljahr der Absatz der inländischen Abnehmer etwas reger. Die Beschäftigung der Verbraucher ist indessen anhaltend ungenügend und vielfach mußten Betriebsbeschränkungen vorgenommen werden. Der Auslandsmarkt liegt ebenfalls ruhig; doch ist ein Teil der Rundschaft noch für einige Zeit gut beschäftigt und dementsprechend der Absatz in Halbzeug zufriedenstellend.

Der Absatz in Grubenkohlen hat etwas nachgelassen, und namentlich der belgische Wettbewerb sucht durch Konzessionen im Preis sich Arbeit zu verschaffen. In Müllenschienen kommen fortlaufend Geschäfte herein, so daß für die Müllenschienenwerke für eine Reihe von Monaten genügend Beschäftigung vorliegt. Die Marktlage in Formeisen bleibt nach wie vor sehr schwach, weil der Handel in seiner bisherigen Zurückhaltung verharrt und nur die dringendsten Mengen bestellt. Der fortgesetzte teure Geldstand besonders läßt eine regere Nachfrage nicht auskommen, und auch von der kürzlich erfolgten Herabsetzung des Reichsbankzinsfußes um 1/2 auf 5/2 Prozent dürfte vorläufig in Rücksicht auf die vorgeschrittene Jahreszeit eine Besserung der Verhältnisse auf dem Raummarkt nicht zu erwarten sein. Auf dem Auslandsmarkt ist die Lage ähnlich. Nach den eingehenden Berichten konnte sich infolge der unbesriedigenden Lage des Geldmarktes und der Unmöglichkeit, Geld zu annehmbaren Sätzen überhaupt zu beschaffen, die Unternehmungslust nicht entfalten, so daß auch hier der Auftragseingang zurückgegangen ist.

Die Berliner Stabeisenvereinigung und das Baueisenverkaufskontor haben sich in später Nachtstunde auf vier Jahre verlängert und werden in der Folge die Namen „Berliner Baueisenkontor“ und „Stabeisen-Verkaufskontor-Berlin“ tragen. Den Mitgliedern des Berliner Stabeisenkontors ist ein vorzeitiges Kündigungsrecht vorbehalten für den Fall, daß ein auftretender Lager haltender Außenleiter die Kreise der Vereinigung stören sollte.

Gerichts-Zeitung.

Die Handhabung des „liberalen“ Vereinsgesetzes in Erfurt.

Bei Beratung des Vereinsgesetzes im Reichstage haben die Vertreter der Verbündeten Regierungen und der Reichsparteien wiederholt erklärt, daß es im freiheitlichen Geiste gedacht und ohne alle Kleinlichkeiten und Schikanen ausgelegt und gehandhabt werden solle. Wie diese freiheitliche Handhabung in der Praxis ausfiele, beweist erneut eine Verfügung, die die Polizeiverwaltung in Erfurt an den Vorstand des dortigen Arbeiter-Sängerklores richtete. Sie lautet:

„Durch Beteiligung des Arbeiter-Sängerklores an den vor kommenden Festlichkeiten des sozialdemokratischen Vereins, durch die Zusammenkünfte des Vereins im sozialdemokratischen Vereinshaus „Tivoli“, durch Annoncieren in der „Tribüne“ und den Zwang, daß jedes Mitglied dem sozialdemokratischen Verein angehören muß, ist erwiesen, daß der Arbeiter-Sängerkhor politische Bestrebungen verfolgt und eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten bezweckt. Der Verein untersteht daher den Vorschriften des § 3 des Reichsvereinsgesetzes vom 19. April 1908. Sie wollen daher binnen 2 Wochen die Satzungen des Vereins, sowie das Verzeichnis der Mitglieder des Vorstandes der Polizeiverwaltung einreichen und fernertlich jede Veränderung der Satzungen und in der Zusammensetzung des Vorstandes binnen 2 Wochen der Polizeiverwaltung anzeigen, widrigenfalls ihre Weiterführung aus § 18 des Vereinsgesetzes erfolgen muß.“

In Vertretung: Lüdemann.“

In Erfurt wird wie überall die alte Praxis behördlicher Drangsalierungen auch unter dem neuen Vereinsgesetz fortgesetzt. Und wie man sieht, ist die Erfurter Polizei um Gründe nicht verlegen, wenn es gilt, die Arbeitervereine zu schikanieren. Vor etwa Jahresfrist erklärte sie eine öffentliche Metallarbeiterversammlung für politisch, weil der Redner die Anwesenden aufgefordert hatte, sich zu organisieren. Der Vorsitzende erhielt wegen Nichtanmeldung der Versammlung ein Strafmandat und obwohl er vom Landgericht freigesprochen wurde, setzt die Polizei ihre Nadelstichpolitik fort. Herr von Bekmann Holweg, der bei Beratung des Vereinsgesetzes als Staatssekretär des Innern die Reichsregierung vertrat, machte liberal klingende Versprechungen und äußerte auch seine Mißbilligung über die polizeilichen Schikanen. Auch beklagte er sich, daß ihm die Opposition kein Vertrauen entgegenbrächte. Aber jedem Vorschlage der Sozialdemokraten, der solche Schikanen für die Zukunft ausgeschlossen hätte, setzte die Regierung heftigen Widerstand entgegen. Alles sollte vertrauensvoll der Justiz- und Verwaltungspraxis überlassen bleiben. Und so ist es denn gekommen, daß die Arbeitervereine heute im Zeichen der Jahreshundertfeier der Befreiungskriege wieder vollständig der Polizeiwillkür ausgeliefert sind.

Wetterübersicht vom 30. Oktober 1913.

Stationen	Barometerstand um 9 Uhr	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad Celsius	Stationen	Barometerstand um 9 Uhr	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad Celsius
Stuttgart	755.50	SW	3	10.0	St. Petersburg	763.00	SW	1	11.0
Hamburg	755.50	SW	3	10.0	Warschau	763.00	SW	1	11.0
Berlin	755.50	SW	3	10.0	Brno	763.00	SW	1	11.0
Köln	755.50	SW	3	10.0	Prag	763.00	SW	1	11.0
München	755.50	SW	3	10.0	Wien	763.00	SW	1	11.0
Dresden	755.50	SW	3	10.0					

Wetterprognose für Freitag, den 31. Oktober 1913. Getreide neblig, sonst ziemlich heiter und mild bei mäßigen nördlichen Winden, keine wesentlichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Theater und Vergnügungen

Freitag, 31. Oktober 1913.
Anfang 6 Uhr.
Eines Palast am Zoo. Varieté-
Lichtspiele.

Anfang 6 1/2 Uhr.
Eines Nollendorf-Theater. Varieté-
Lichtspiele.

Anfang 7 Uhr.
Deutsches. Emilia Galotti.

Anfang 7 1/2 Uhr.
Rgl. Cyrenhaus. Rabama Butlerfl.
Rgl. Schauspielhaus. Die Reu-
vermählten. Die jüdischen Ver-
wandten.

Königsgräber Straße. Brand.
Theater am Nollendorfplatz. Der
lachende Dreilind.

Zirkus Busch. Galavorstellung.
Zirkus Schumann. Galavorstellung.

Anfang 8 Uhr.
Urania. Mit dem „Imperator“ nach
New York.
S. 8. 1. Prof. Dr. P. Schwahn:
Wasser und Wind als Natur-
melodie.

Deutsches Künstler-Theater. Der
Biberpelz.

Kammertheater. Bürger Schappel.
Deutsches Opernhaus. Die Jüdin.
Deutsches Schauspielhaus. Die
heitere Residenz.

Neues Opernhaus (Kroß).
Die Amelienberg.

Berliner. Die einst im Mai.
Thalia. Die Langohrige.
Sombdienshaus. Hinter Mauern.
Montis Operetten. Die ideale
Gattin.

Theater des Westens. Geschlossen.
Schiller O. Wenn der neue Wein
blüht.

Schiller Charlottenburg. Rosen-
montag.

Residenz. Hebelt — der Franz.
Metropol. Die Reise um die Erde
in 40 Tagen.

Kaisers. Herdman der Jugend-
hafte.

Kleines. Belinde.
Trionon. Seine Geliebte.
Großes. Was lagen Sie zu
Leiblich?

Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Echter Sänger.
Eines Apollo-Theater. Varieté-
Lichtspiele.

Eines Friedrich-Wilhelmstadt.
Varieté-Lichtspiele.

Anfang 8 1/2 Uhr.
Rose. Im weißen Rössl.
Künstlerhaus. Die Puppenkitt.
Balken. Hopfenrats Erben.
Folies Caprice. Ritter Baldrian.
Die Mißgeburt. Das Adoptiv-
kind.

Walhalla. Der Liebesonkel.

Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues Volkstheater. Der ledige
Dol.

Anfang 9 Uhr.
Admiralpalast. Die lustige Puppe.
Eines Nollendorf-Theater. Varieté-
Lichtspiele.

Stenwarte. Invalidenstr. 57-58

Schiller-Theater O. Schiller-
Theater.
Freitag, abends 8 Uhr:
Wenn der neue Wein blüht
Sonabend, abends 8 Uhr:
Die Großstadtluft.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Freiwild.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Rosenmontag.

Schiller-Theater Charlotten-
burg.
Freitag, abends 8 Uhr:
Rosenmontag.
Sonabend, nachmittags 3 Uhr:
Zopf und Schwert.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Jugendfreunde.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Der Pfarrer von Kirchfeld
Sonntag, abends 8 Uhr:
Jugendfreunde.

Deutsches Schauspielhaus
8 Uhr: Die heitere Residenz.

Theater in der Königsgräber Straße
7 1/2 Uhr: **Brand.**

Komödienhaus.
8 Uhr: **Hinter Mauern.**

Berliner Theater.
8 Uhr:
Wie einst im Mai.

Residenz-Theater
8 Uhr:
Hoheit — der Franz!
Ausfallige Grotteske in 3 Akten von
Retar Sandberger und Will Wolf.
Musik von Robert Winterberg.
Worg. u. f. Tage: **Hoheit — der Franz!**
Sonntag, 2. Nov., nachm. 3 Uhr:
Die Frau Präsidentin.

Montis Operetten-Theater
Schiffbauerdamm 4a.
8 Uhr: **Galop.** **Recht Waßer.** **Julius**
Spielmann. Die ideale Gattin.
Operette in 3 Akten.

Theater des Westens.
Heute geschlossen.
Sonabend, 3. 1. Male: **Polenblut.**
Sonntag 3 1/2 Uhr: **Der liebe Augustin.**

Deutsches Künstlertheater
Sozietät.
Nürnberger Straße 70/71, am Zoo.
8 Uhr: **Der Biberpelz.**

Lessing-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Und das Licht scheint in der Finsternis
Drama von Leo Tolstoj.

Theater am Nollendorfplatz 5.
7 1/2 Uhr. Zum 1. Male: 7 1/2 Uhr.
Der lachende Dreilind.
Operette in 3 Akten von E. Jacobson.
Sonab. 8 1/2 Uhr zu kleinen Preisen:
Iphigenie auf Tauris.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 102.
Zu der heutigen Vorstellung
Im weißen Rössl
sind sämtliche Billets bereits vergriffen.
Norgen: **Im weißen Rössl.**
Sonabend, 4 Uhr: **Aschenbrödel.**
Sonntag, 3 Uhr: **Othello.**

Folies Caprice.
Ritter Baldrian
Das Adoptivkind
Die Mißgeburt
Anfang 8 1/2 Uhr

Voigt-Theater
Badstraße 38.
Freitag, den 31. Oktober 1913:
Vom Thron zum Schafott.
Historisches Drama in 5 Aufzügen
von Fr. Zieg.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

Neue Welt.
Arnold Scholz, Hasenheide 109/14.
Sonntag, 2. November 1913:
Cyrenen-Waßer.
Durchschlagender Erfolg
des Metropol-Theaters.

Die Kino-Königin.
Operette in 3 Akten v. Jean Gilbert.
Bismarckstraße 10, 1.50 bis 1.30 Uhr.
bei Lofer u. Hoff, Reußstr.
Berliner Str. 1; Bödman, Reu-
kölln, Bergstraße u. Rosenstraße,
und im Restaurant „Neue Welt“.
Anf. 8 Uhr. Kasseneröffnung 7 Uhr

**MARMOR-
HAUS**
LICHT-
SPIELE
(An der
Kaiser-
Wilhelm-
Gedächtnis-
Kirche)

Kurfürstendamm 236.

**Es hat sich
noch keiner
totgelacht.**
Aber!
Aber!!
viel hat nicht gefehlt!

**Man krümmt sich
vor Lachen**
über die
„Blaue Maus“
Schwank in 4 Akten
von Julius Horst u.
Alex Engel.
Regie: Max Mack.
In der Titelrolle:
Madge Lessing.

Außerdem die letzten
Sturzflüge
des
Pfliegers Pégoud
auf dem Flugplatz Johanniethal
am 29. Oktober 1913.
Eigene Aufnahme der
Marmorhaus-Lichtspiele.
Vorstellung 5, 7, 9 Uhr.

**„Clou“ :: Berliner ::
Konzertthaus**
Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.

Großes Doppel-Konzert!
Berliner Konzerthaus-Orchester. Leitung: Komponist Frz. v. Bion.
Als Gastdirigent: Hofkapellmeister Prof. Traugott Ochs.
Musikkorps des 1. Garde-Dragoon-Regiments. Dirig.: Oberm. Baurz.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
An allen bei freiem
Wochentagen: **Gr. Nachmittags-Konzert** Eintritt.

Brauerei Friedrichshain
am Königstor. Oekonom: Ernst Liebing.
Heiterer Künstler-Abend.
Anfang 8 Uhr. Sensations-Programm. Entree 30 Pf.

Der Circus ist gut geheizt.

Neukölln
Standplatz: **Sportplatz Pflügerstraße**
Ecke Pannierstraße.

**Circus
Barum=**
Schau
Dienstag, den 4. November,
abends 8 1/2 Uhr:
Gala-Premiere
mit einem jeder Konkurrenz die Spitze bietenden
Sensations-Weltstadt-Programm.
Barum eine Stätte des Sportes!
Ein Marfall edelster Rassepferde!
Araber, Goldfische, Tigerpferde, Hannoveraner, Ungarn,
Trakehner, Zetland-Ponies, Esel, Hundemeuten.
Barum eine Weltchau!

Afrika	Amerika	Asien
20 Berber- Löwen, 20 Zebren und Zebroiden, Dromedare.	Wild-West- Akt mit Indianern und Cowboys.	Jud. Elefanten, Ehin. Gostkutter, Jubische Büffel, Goldst-Ramele und Trapezitiere, Sibirische Kälber.
Grönlands eijige Bewohner. Eine ganze Reute dreiflügeliger Polar-Eisbären.		
Europa Schulreiteri, Freizeits-Treffuren in höchster Vollendung, fliegende Menschen, Die Könige der Luft, Jochen, Sakomortaleiter, Weltkünstler und Weltkünstlerinnen, erklaßliche Clowns und Auguste.		

Barum ein technisches Wunder.
5 Riesen-Zeltanlagen,
von denen das Riesen-Zuschauerzelt 40 Meter Durch-
messer hat und
4500 Personen faßt.
Ständige Sonderzüge von mehr als 60 Wägen.
2 Lichtmaschinen, Automobile, eigene Feuerwehr mit Handbräu-
spritzen und Feuerlösch-Apparaten.
Ein organisiertes Personal von mehr als 100 Personen.

**Insgesamt ca. 40 Transport-, Menagerie-,
Bureau-, Kassen- und Salonwagen.**

Billige Eintritts-Preise:

Galerie	50 Pf.	I. Platz	1,50 Mk.
III. Platz (letzte Sitz- platz)	80 Pf.	Sperre (numeriert)	2,00 Mk.
II. Platz	1,00 Mk.	Varieté	2,50 Mk.
		Zogenitz	3,00 Mk.

Kinder und Militär bezahlen zu den Abendvorstellungen volle
Preise, nur zu den Nachmittagsvorstellungen ganz kleine Preise
laut Extrazettel.

**Billets für Nachmittags nur an der Circuskasse.
Öffentliche Besichtigung
der Menagerie und Proben mit Musik**
täglich von 10 Uhr morgens an.
Anschließend Fütterung der Raubtiere.
Billett-Vorverkauf: Zigarrenhaus Richter & Franke,
Hermannplatz, Ecke Pfefferstraße.

Vereinigte Berliner Volksbühnen.
Luisen-Theater.
Freitag 8 1/2 Uhr:
Hopfenrats Erben.
Volksstück mit Gesang in 5 Akten.

URANIA
Taubenstraße 48/49.
8 Uhr:
**Mit dem „Imperator“
nach New York.**
Hörspiel 8 Uhr: Prof. Dr. P.
Schwahn: Wasser und Wind als
Naturmelodie.

Zirkus Busch.
Heute Freitag, den 31. Oktober,
abends 7 1/2 Uhr:
Humoristischer Gala-Abend.
Die urkomischen Menschen-Affen
aus Karl Hagenbecks Tierpark.
Ferner zum letzten Male das große
Oktober-Programm.
Zum Schluss:
Die neue gr. Kunst-„Pantomime“
Aus unseren Kolonien.
Sonntag: 2 große Gala-Vor-
stellungen. Nachmittags hat jeder
Erwachsene ein Kind unter 10
Jahren frei.
In beiden Vorstellungen Hagen-
becks lustiges Schimpansen-Trio.

Walhalla-Theater.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Der Liebesonkel.
Komödie mit Gesang u. Tanz in 3 Akten.

Tischler-Verein
zu Berlin.
E. S. 89.
Sonabend, den 1. November, feiert
der Verein sein
42. Stiftungsfest
in M. Kleins großem Saal,
Halenheide 13-15.
Künstler-Konzert
Berliner Uk-Trio — Ball.
Eintritt 50 Pf. Anfang 8 1/2 Uhr.
Tanz frei.
Freunde und Gönner des Vereins
laden ein **Der Vorstand.**
NB. Die nächste Versammlung
findet am 15. November im Gemer-
khaus statt. 293/8

**CINES
Theater**

Palast am Zoo
Täglich Anfang 6 Uhr.
Sonntags 3 Uhr **Matinée.**
Komplettes Programm großer
Variété-Akte
sowie unsere
renommierten Lichtspiele
Preis von 65 Pfennig an.

Apollo-Theater
Täglich Anfang 8 Uhr.
Komplettes Programm
großer Variété-Akte sowie
unsere renommierten
Lichtspiele
Preis von 65 Pfennig an.

Tägl. nachm. 1/2 5 Uhr:
Lichtspiel-Vorstellungen
Nur zwei Preise
35 Pfennig und 60 Pfennig

Friedr.-Wilhelmst.
Comtesse Ursel
Film-Lustspiel mit
Henny Porten
u. unsere anderen renommierten
Lichtspiele

Ununterbrochene Vorstellung
täglich von 4 Uhr an.
Nur zwei Preise
35 Pf. und 60 Pf.
Keine teureren Plätze.

Nollendorf-Theater
Cleopatra
Die Herrin des Nils
Das Filmwunder der Welt
Wochenab. Anfang 6 1/2 u. 9 Uhr
Sonntags 4, 6 1/2, und 9 Uhr.
Jugend-Vorstellung
Mittwoch und Sonnabend 4 Uhr
zu halben Preisen.

**Zirkus
Alb. Schumann.**
Heute Freitag, den 31. Oktober,
abends 7 1/2 Uhr:
Große Sport-Vorstellung.
Nur noch kurze Zeit!
10 Bengal-Königs-Tiger 10
vorgeführt von Herrn Sawada.
Zoolog-Potpourri.
Mit Octavia.
Die Schleuderkraft im Luftschiff!
Mr. Winghart.
Um 9 1/2 Uhr:
Tango vor Gericht!
Pantomimen-Burleske
in 3 Akten mit Gesang u. Tanz.

Casino-Theater
Lothringers Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Der neue Saison-„Hoffen-Schlager“
Ferdinand der Jugendhafte.
Das droll. Stück seit Belieben d. Theat.
Vorher das erstl. Spezialität-„Prog.“
Sonntag, nachm. 4 Uhr:
Mutterliebe.

Passage-Panoptikum
Mundmaler Schuldis
Rafael
ohne
Arme
bei seinen Arbeiten.
Lebend zu sehen!
Und die anderen Attraktionen.
**Die große
Kino-Variété-Vorstellung**
von 5 (Sonntags 3) bis 11 Uhr.

Metropol-Theater
Abends 7 Uhr 55 präzise:
**Die Reise um die Erde
in 40 Tagen.**
Gr. Ausstattung d. m. Ges. u. Tanz in
19 Bild. m. vollständig freier Benutzung
des Jules Verne'schen Romanes von
Julius Freund.
Musik von **Jean Gilbert.**
In Szene gef. v. Dir. Richard Schultze.
**Karl Bachmann, Joseph Giampietro,
Guido Thielcher, Alfred Schmasow,
Leopold Wolf, Ludwig Wolf,
Helene Ballot, Ida Russka, J. de Lande.**
Neu! Bon 9-1 Uhr: Neu!
Metropol-Bar
Rendezvous
der vornehmen Lebewelt.
2 Kapellen.
Trionon-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Seine Geliebte.

Berliner Prater-Theater
Santianen-Allee 7-9.
L. Oper.-Gasse (Dir. Steiner-Sandorty)
Die Kino-Königin.
Operette in 3 Akten von Jean Gilbert.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger
Zum letzten Male:
„ALARM!“
Milit. Humoreske.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachm.
3 Uhr zu ermäß.
Preisen: „Der
Kompass in Ball“
Stimm. Musik.
Bog. 1. R., Ball. 75 Pf., Entree 30 Pf.

Admiralpalast.
Eis-Arena. — Allabendlich
das neue mit durchschlagendem
Erfolg aufgeführte Eisballot
Die lustige Puppe.
Beginn der Vorstellung 8 1/2 Uhr.
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr
halbe Kassenpreise.

ODEON
Vergnügungs-Palast
der 10000
Potsdamer Str. 72 Hochbahn
Bblowatz.
Berlins lustigster Aufenthalt.
Attraktionen:
Bier-Kabarett!
Eintritt frei!
Anfang 7 Uhr Eintritt 30 Pf.
Sonntags 4 Uhr
Voller Restaurationsbetrieb.

Arbeiter! Meidet den Schnaps!

Bericht über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion

in der Berliner Stadtverordnetenversammlung.

1. Oktober 1911 bis 30. September 1913.

Arbeiterfragen.

Bei der Zusammenkunft der Stadtverordnetenversammlung infolge eines elenden Dreiklassenwahlrechts und des Hausbesitzerprivilegs werden die Interessen der vielen Tausende (über 10 000) städtischen Arbeiter lebhaft von den Sozialdemokraten entschieden wahrgenommen. Selbständige Anträge von kommunalfreistimmiger Seite, welche Aufbesserung der wirtschaftlichen Lage der städtischen Arbeiter betreffen, gibt es nicht. Immer erst bedurfte es der Initiative der sozialdemokratischen Vertreter, um die bürgerliche Mehrheit der Stadtverordneten vorwärts zu treiben.

Das letzte der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, der am 28. September 1911 verhandelt wurde und welcher eine Feuerungszulage für städtische Arbeiter und Angestellte forderte. Dieser Antrag, der in einen Ausschuss verwiesen wurde, gelangte in der Sitzung am 9. November 1911 in der Form zur Annahme, daß den Kategorien städtischer Angestellten und Arbeitern, welche bei den bestehenden Feuerungsverhältnissen mit ihren Wehlfürern resp. Löhnen ohne Gefährdung ihres Unterhalts für sich und ihre Familien nicht auskommen können, eine angemessene Feuerungszulage zu gewähren sei. Im das Verhältnis zwischen der Stadtgemeinde und ihren Arbeitern einer grundsätzlichen Regelung zu unterziehen, verlangte die sozialdemokratische Fraktion in der Sitzung vom 3. Oktober 1912 den Abschluß eines kollektiven Arbeitsvertrages für die städtischen Arbeiter und Angestellten. Selbstverständlich soll der Abschluß zwischen den Organisationen städtischer Arbeiter und der Stadtgemeinde erfolgen. Der Antrag stieß auf allen Seiten erneut auf Widerspruch, wie das bereits einem gleichen Antrage in der Sitzung am 30. März 1911 ergangen war. Wegen den Tarifgedanken an sich, erklärten verschiedene Freistimmige, wolle man nicht einwenden, aber eine Stadtgemeinde könne sich auf solche tariflichen Abmachungen nicht einlassen. Der alte „Herr-im-Hause“-Standpunkt! Dabei muß dieselbe Stadtgemeinde auf Grund ihrer eigenen Substitutionsbestimmungen Privatunternehmern die Zahlung tariflicher Löhne zur Pflicht machen. Aber was für Privatunternehmer gilt, soll für die Stadtgemeinde nicht gelten. Und der Harmonicopostel Goldschmidt, der sonst nicht genug sich rühmen kann, daß er ein alter Bekämpfer des Tarifgedankens sei, war mit bei der Parteil. Die Stadt könne mit Arbeiterorganisationen keine Abschlüsse machen. Um seine widersprüchliche Haltung einigermaßen zu verdecken, richtete dieser Arbeitervertreter in der Sitzung am 3. Oktober 1912 heftige Angriffe gegen die freien Gewerkschaften unter Benutzung einer Serie von erschwundenen, vom Reichverband produzierten Terrorismusskizzen. Ganz wie die Scharfmacher, denen das Koalitionsrecht der Arbeiter ein Dorn im Auge ist. Selbst wenn ein Teil von diesen vorgetragenen Kräftegeschichten sich teilweise als wahr herausstellen sollte — in Wirklichkeit stimmt nicht eine einzige Behauptung — so würde das auch nicht das geringste Argument für die Ablehnung des Abschlusses eines kollektiven Arbeitsvertrages durch die Stadtgemeinde bedeuten.

Vegetierend ist die weitere Behandlung der Angelegenheit. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Einsetzung eines Ausschusses, der dem sozialdemokratischen Antrage ein stilles Begräbnis bereiten soll. Hier gelingt die Annahme eines Antrages, den Magistrat aufzufordern, vom Ausschuh des Berliner Gewerbegerichts ein Gutachten einzuholen, ob sich der Abschluß eines Tarifvertrages zwischen der Stadtgemeinde und den in Betracht kommenden Arbeiterorganisationen empfiehlt. Der Magistrat lehnt es aber ab, diesen Weg zu betreten mit folgender Begründung:

Wir halten das Gewerbegericht nicht für kompetent, ein Gutachten über die streitige Frage zu erteilen, ob Tarifverträge die geeignete Grundlage für das Arbeitsverhältnis der im öffentlichen Dienst beschäftigten Personen bilden, glauben vielmehr, daß die Stadtverwaltung selbst dazu berufen ist, über diese Angelegenheit ein Urteil zu fällen.

Somit es sich um die Arbeiterverhältnisse handelt, legte der Magistrat bei dieser Gelegenheit am 5. Dezember 1912 ein Regulative vor, welches diesen Ausschüssen eine größere Selbständigkeit als bisher gab.

Die Stadtverordnetenversammlung fundierte dem Magistrat und gab am 5. Dezember 1912 von neuem kund, daß sie von Tarifverträgen in der Stadtgemeinde nichts wissen will. Und so war es nur noch eine Formalität, daß der sozialdemokratische Antrag auf Abschluß eines kollektiven Arbeitsvertrages mit den städtischen Arbeitern in der Sitzung vom 13. März 1913 vom Plenum der Stadtverordnetenversammlung gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Vertreter abgelehnt wurde, obwohl wir uns auf Männer wie Verleysch, Brentano, Franke, Wilbrandt berufen konnten.

Um aber erneut der Gedrückten von Arbeiterfragen auf eine Zeit aus dem Wege zu gehen, setzte der Magistrat in den Etat 1913/14 eine Summe von 1 Million Mark für Pohn-erhöhungen ein, mit welcher Summe die Anfangslöhne um 20 Pf. pro Tag erhöht werden sollten. Die Summe bei der großen Zahl städtischer Arbeiter manches zu wünschen übrig und stellte sich bei der Verteilung der Gelder manche Unebenheit heraus, so kann ohne Übertreibung gesagt werden, daß dem fortgesetzten Drängen der sozialdemokratischen Stadtverordneten manche Verbesserung der sozialen Lage der städtischen Arbeiter gescheitert ist.

Der Ausschuh des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs gab in der Sitzung am 27. März 1913 unserem Redner bei Beratung des Etats der Amalifikation und Güter Veranlassung, das den guten Sitten hohnsprechende Verhalten des Magistrats zu geißeln. Soll durch diese Bestimmung im Bürgerlichen Gesetzbuch den Angestellten der Lohn gewährleistet werden, wenn er ohne sein Verschulden verhältnismäßig kurze Zeit nicht in der Lage ist, zu arbeiten, so befugt eine Bestimmung in den Verträgen des Magistrats mit Angestellten, daß diese vom Gesetzgeber gewährte Wohltat den städtischen Angestellten vorenthalten werden soll. Der Magistrat suchte sein Verhalten damit zu motivieren, daß nicht nur bei der Güterverwaltung, sondern allgemein der Ausschuh des § 616 betrieblen werde. Um so schlimmer ist dann das magistratische Verhalten. Die bürgerlichen Vertreter schwiegen sich bei dieser Gelegenheit aus; es handelte sich ja nicht um Hausbesitzerinteressen, sondern nur um Arbeiterinteressen! Und diese zu wahren, ist eben immer Sache der Sozialdemokratie!

Partei-Angelegenheiten.

Siebzter Wahlkreis. Am Montag, den 3. November, abends 8 1/2 Uhr, beginnt im Lokal Sied-Ork, Waldemarstr. 76, der Kursus über: „Die Entstehung des wissenschaftlichen Sozialismus (Marx und Engels)“. Für den Stadtteil Osten beginnt derselbe am 21. November.

Ferner findet am Samstag, den 8. November, abends 9 Uhr, im großen Saale der Brauerei Friedrichshain ein Beethoven-Konzert unter Mitwirkung des Berliner Volkschors statt. Es gelangt zur Aufführung die neue Sinfonie.

Der Kreisbildungsausschuh hat für das Winterhalbjahr einen Teil Plätze vom Deutschen Opernhaus und Herrnsfeld-Theater erworben. Die Billets zum Deutschen Opernhaus am 14. Dezember sind bereits vergriffen. Um nun den Wünschen zahlreicher Mitglieder Rechnung zu tragen, hat der Bildungsausschuh noch Plätze zum 25. Mai vom Deutschen Opernhaus gemietet. Die Vorstellungen im Herrnsfeld-Theater finden am 25. Dezember und 1. Januar statt. Der Preis der Plätze beträgt im Deutschen Opernhaus 1,30 und im Herrnsfeld-Theater 1,10 M. Durch diesen Abschuh ist den Wahlvereinsmitgliedern, die nicht Mitglieder der freien Volkshäuser sind, die Möglichkeit gegeben, für einen geringen Preis ein gutes Theater zu besuchen. Wir hoffen, daß sich die Genossen und Genossinnen recht zahlreich daran beteiligen.

Bruchmühle. Sonntag, den 2. November, nachmittags 5 Uhr: Öffentliche Versammlung. Tagesordnung: Die letzten Vorlesungen in der Gemeindevertretung und deren Folgen. Berichterstatter: Gemeindevorsteher G. Wiedermann.

Oberschönweide. Sonntag, den 2. November, findet eine Besichtigung der Leichtenberrennungsanlage auf dem Gemeindefriedhof in Treptow statt. Der gemeinsame Abmarsch erfolgt pünktlich 8 1/2 Uhr vom Jugendheim, von der Stubenrauch Brücke, Siemensstraße, 8 1/2 Uhr morgens.

Rudow. Am Sonntag, den 2. November, nachmittags 3 Uhr, im Lokal von Herrn. Wedler: Öffentliche Versammlung.

Rantzdorf. Sonntag, den 2. November, nachmittags 3 Uhr, im Hamanns Gesellschaftshaus, Frankfurter Straße: Öffentliche Versammlung. Tagesordnung: Warum schließen wir uns der Sozialdemokratie an? Referent: Genosse P. W. r. a. h. 1. Richterberg.

Im selben Lokal von 12 Uhr mittags bis 6 Uhr abends: Jugendschriften- und Wandschmuckausstellung. Eintritt frei.

Reinickendorf-West. Sonntag, den 2. November: Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus.

Berliner Nachrichten.

Die Stadtverordnetenversammlung

genehmigte gestern Bauprogramm und Vorentwurf für die neue „Heilstätte Buch“, die aus dem Ausschuh juristischen. Sie billigte auch die vom Ausschuh beigefügten besonderen Wünsche, unter denen namentlich die Anregung, nicht zu viel Kranke in großen Sälen zusammenzulagern, für diese als Spezialkrankenhaus für Lungenerkrankende gedachte Anstalt sehr wichtig ist. Gestritten wurde nur noch darüber, ob nicht in Zukunft die Krankenhäuser billiger hergestellt werden können. Stadtverordneter Cassel, der diese Frage anschnitt, hielt das für sehr wohl möglich. Magistratsbaurat Maydorff dagegen bezweifelte die Ausführbarkeit, und auch Stadtverordneter Körte, der in diesem Punkt zu den Sachverständigen gehört, versprach sich nicht viel von diesbezüglichen Versuchen. Für die sozialdemokratische Fraktion erklärte Genosse Wehl, daß auch sie selbstverständlich nicht Geld unnötig ausgeben lassen will. Im übrigen aber müsse für Kranke immer nur das Beste gut genug sein.

Die Bestimmungen über Ruhegeld und Hinterbliebenenversorgung der ohne Pensionsberechtigung dauernd von der Stadt beschäftigten Personen sollen nach dem Antrag des Magistrats endlich verbessert werden, so daß künftig einige Härten vermieden werden können. Stadtverordneter Sonnenfeld beantragte hierzu noch ein paar Änderungen, die eine irrtümliche Auslegung verhüten sollen. Man erfuhr bei dieser Gelegenheit, daß bei manden in den Genuss von Ruhegeld gelangten Personen die Kürzung durch Abzüge für Invalidenrenten auch dann ruhig beibehalten worden ist, wenn die Rente ihnen inzwischen wieder entzogen worden war. Stadtrat Fischbecker versicherte, der Magistrat sei schon immer der Meinung gewesen, daß ein derartiges Verfahren eine Härte bedeute, und er habe danach gehandelt. Es wurde aber festgestellt, daß bald so, bald anders verfahren worden ist, weil zwischen den verschiedenen Magistratsdelegierten keine Übereinstimmung bestand. Genosse Koblenzer unterstrich diese Tatsache, die man allerdings nicht für möglich gehalten habe. Die vom Magistrat beantragten Verbesserungen mit den Änderungen wurden angenommen.

Was Berlins Schulwesen kostet.

darüber bringt das „Berliner Tageblatt“ eine über das Etatjahr 1913 berichtende Mitteilung, die bezüglich der Gemeindefschulen den tollsten Irrtum schwärzt. Wir lesen da: „Für die Gemeindefschulen hat die Stadt 42 047 939 M. aufzuwenden. Die Einnahmen bei den Gemeindefschulen stellen sich auf 5 166 732 M., so daß die reinen Ausgaben 36 881 207 M. betragen.“ Sodann werden als „einzelne Ausgaben für Gemeindefschulzwecke“ aufgezählt die Besoldungen usw. mit 20 476 264 M., die tatsächlichen Kosten mit 7 403 138 M., ferner die Kosten der Taubstummschule, der Blindenanstalt, der Wahl- und Pflichtfortbildungsschulen, des gewerblichen Unterrichts.

Daß Taubstummen- und Blindenwesen, Fortbildungs- und Fachschulwesen nicht Teile des Gemeindefschulwesens sind, versteht sich von selber. Bedenklicher als dieser Irrtum erscheint uns die unsinnige Angabe, daß Berlin für die Gemeindefschulen 42 047 939 M. aufzuwenden habe, wovon 5 166 732 M. durch Einnahme und 36 881 207 M. durch Zuschuh gedeckt würden. In Wirklichkeit sind das ungefähr die für 1913 festgesetzten Ausgaben, Einnahme- und Zuschuhbeiträge für das gesamte Unterrichtswesen der Stadt, d. h. für Gymnasien, Realgymnasien, Oberrealschulen, Realschulen, höhere Mädchenschulen, ferner für die Gemeindefschulen, weiter für Taubstummen- und Blindenwesen, für Fortbildungs- und Fachschulwesen. Für die Gemeindefschulen allein sollen in 1913 die Ausgaben sich auf 27 879 400 M. stellen, wovon 296 200 M. durch Einnahmen und 27 583 200 M. durch Zuschuh zu decken wären. So stehen alle diese Ausgaben, Einnahme- und Zuschuhbeiträge als Vorkaufsgegenstand in dem Etat für das laufende Jahr 1913. Der phantastische Schwanz des „V. L.“ ist nicht etwa aus einem „Druckfehler“ zu erklären. Nein, das Rosseblatt ist hier das Opfer einer heillosen Konfusion geworden. Das kann passieren, wenn einer über Dinge redet, von denen er keine Ahnung hat.

Warum aber halten wir es für nötig, den Reinsfall des „V. L.“ öffentlich festzustellen? Wir haben dazu unseren guten Grund. Solche Notizen über die Höhe der Ausgaben, die unsere Stadt Berlin für diesen oder jenen Zweig ihrer Verwaltung macht, erscheinen regelmäßig vor den Stadtverordnetenwahlen. Der freistimmige Spießbürger erfährt dann aus seinem Selbst-

und Magenblatt mit Staunen und mit Grauen, wie entsehrlich hoch z. B. die Volksschulen, das Armenwesen, die Krankenpflege usw. den Etat der Stadt belasten. Im Hinblick auf die Stadtverordnetenwahlen hat vermutlich auch das „V. L.“ den oben gekennzeichneten Irrtum über die angebliche Höhe der Gemeindefschulkosten aufgetischt. Sonst wäre nicht recht zu verstehen, warum es jetzt im Oktober plötzlich Statistiken mitteilt, die schon im März dieses Jahres festgesetzt wurden. Das „Material“, das die liberalen Freiherrn ihren gläubigen Lesern als Stoff zur Agitation für die Stadtverordnetenwahlen überreichen, wird in den Zusammenkünften freistimmiger Bezirksvereine eifrig durchgelaht. Auch die angeblichen 42 Millionen, die nach dem „V. L.“ die Stadt Berlin für ihr Gemeindefschulwesen in 1913 aufwenden will, werden als Agitationsstoff willkommen sein. Das läßt sich für den mit feiner „Vollschulfreundlichkeit“ prahlenden Berliner Stadtfreistimm wieder mal zu einer Bombenreflexe verwerten, mit der man vielleicht auf den „Kleinen Mann“, den Wähler der dritten Klasse wirken kann.

Es ist nötig, gegenüber solchen Versuchen die Wahrheit festzustellen. Wir tun es hiermit.

Noch einmal die Hintertreppe.

Von einem Baujahrverständigen wird uns über das obige Thema geschrieben:

In der Sonntagnummer 281 wird über die erbärmliche Anlage unserer Groß-Berliner Hintertreppen mit Recht geklagt. Die jämmerliche Bauart der Schwindlicht-Hintertreppen wird auf den Hochschulen und von da auf den Baugewerkschulen gelehrt. Da heißt es: „Die Hintertreppen sind Nebentreppen, diese können höhere Steigungen haben als die Vordertreppen, wo die Herrschaften mit Fetzherz und Klemmbescherden nur ganz bequeme Treppen mit niedrigen Stufensteigungen — 16 höchstens 17 Zentimeter — hinaufgehen wollen.“

Oftens einseitig wie die Hintertreppen werden Keller- und Bodentreppen angelegt, also Nebentreppen, wo am häufigsten die schwersten Lasten auf und ab befördert werden müssen: Kohlen, Wäscheportale, Gerätpel. Gerade diese Lastentreppen haben die un bequemsten, hohen Stufensteigungen, 18, 19, 20 Zentimeter und darüber! Teils um die Treppen möglichst steil und gefährlich auf engstem Raum unterzubringen, teils weil eben gedankenlose Lehrer im alten Schlenker auf den Baukschulen solche Dummheiten lehren. Ein besonderes Ungeheuer ist die Wendeltreppe als Nebentreppe, um die Kuchenaufgänge mit dem Dose zu verbinden. Wer rasch solche eng Wendeltreppe hinunterzulaufen gezwungen ist, kommt unten schwindelig an, wenn er diese Gebirgskletterei nicht gewöhnt ist. Dabei ist der Wendeltreppenbau eine besondere Kunst. Viele Bauzeichner und Baumeister können keine Wendeltreppe richtig zeichnen; man kommt da zuweilen auf Treppen, die man gebückt steigen muß, Lasten, Bierflaschenlasten können nicht auf der Schulter getragen werden usw. Eine besondere gesundheitliche Schädigung sind Hintertreppen mit hohen Steigungen für Schwangere, und wenn man erwägt, wie lebhaft es auf Hintertreppen und Nebentreppen zugeht im Vergleich zu den stillen, wenig benutzten, bequemen Vordertreppen, dann hat man ein Bild von der sozialen Schädigung, die hier wieder den Armen und den Bediensteten geboten wird.

Ein besonderes Vergnügen ist endlich in vornehmen Villen die Wendeltreppe von der Küche nach dem Erdgeschuh. Der Spiel- ausgang ist zwar in Tätigkeit beim Essen, aber was auch hier täglich treppauf treppab gelaufen werden muß, das mag man sich von Dienstmädchen schildern lassen, die abends mit übermüdeten Gliedern ihre Schlafstätte aufsuchen.

Ein geheimnisvoller Schuttmannsposten.

Haben wir wirklich Mangel an Schuttmannsposten? Dem Berliner gilt es als Erfahrungstatsache, daß gewöhnlich da, wo man einen Schuttmann braucht, keiner zu finden sei. Aber die Beobachtung lehrt, daß ebenso oft Schuttmann da hingestellt werden, wo sie sehr überflüssig sind.

In der Thomajusstraße, einer Querstraße von Alt-Roabit, gerack man sich seit Wochen den Kopf darüber, warum dort Tag für Tag ein Schuttmannsposten umherstand. An manchen Tagen lag er sogleich nach der Mittagsstunde auf, an anderen ließ er sich erst am Nachmittag blicken, immer aber blieb er mehrere Stunden hindurch in der verkehrsarmen, fast einsamen Straße, und manchmal durfte er erst lange nach Eintritt der Dunkelheit in der siebenten oder achten Abendstunde wieder erbliden. Man fragte sich, welchem Zweck diese Bewachung dienen könnte und auf was wohl der Posten aufzupassen hätte. Hier, wo nur selten ein Passant und noch seltener ein Wagen vorbeikommt, gibt's doch gewiß für einen Schuttmann kaum was zu tun?

Es fiel auf, daß der geheimnisvolle Schuttmannsposten besonders in der Nähe des Hauses Thomajusstraße 9 umherstand oder auf und ab ging, bald vor diesem Hause, bald vor einem der Nebenhäuser, bald auch auf dem Bürgersteig an der gegenüberliegenden Häuserreihe. Endlich glaubten die Neugierigen es raus zu haben, daß seine Fürsorge dem im Hause Thomajusstraße 9 wohnenden Polizeihauptmann Stenger galt. Da Stenger ein Adjutant des Polizeipräsidenten ist, so hätte ein Rauber fast auf die Vermutung kommen können, daß ihm eine Art Ehrenposten vor die Tür gestellt werde. Man sagt aber, daß der Schuttmann nur Auftrag hat, den Lärm der spielenden Kinder zu dämpfen. Der Herr Hauptmann, der gleich dem Polizeipräsidenten im Junggefellensstande lebt, soll gegen solche Störungen sehr empfindlich sein. So erklärt sich's wohl auch, daß der Schuttmannsposten erst dann ansetzt, wenn der Hauptmann zu seiner Mittagspause heimkehrt und wahrscheinlich ein Schläfchen halten will.

Man kann es verstehen, daß ein nervöser Polizeihauptmann sich hierbei nicht hüten lassen mag. Kinder, die auf der Straße lärmern, schreien, pfeifen, können einen Ruhebedürftigen in der Tat zur Verzweiflung bringen. Aber wer wird auf die Idee kommen, sich deshalb einen Schuttmannsposten vor die Tür stellen zu lassen? Es gibt sehr viele Leute, die in der Nacht arbeiten müssen und dafür am Tage ihren Schlaf haben wollen. Für den Straßen- oder Eisenbahner, den Cafébesitzer, die Arbeiter, die Nachtarbeit zu leisten hatten, wird der Lärm, der ihnen den Tagesschlaf raubt, zu einer gesundheitschädigenden Störung. Was aber würde die Polizei sagen, wenn jedem dieser Ruhebedürftigen ein polizeilicher Schuttmann gegen die Lärm gewährt werden sollte? Wenn es wahr ist, daß dem nervösen Polizeihauptmann ein solcher Schuttmann gewährt wird, so zweifeln wir nicht an dem guten Glauben der dafür verantwortlichen Personen. Aber der gute

Glaube des Leutnants oder Wachtmeisters, der den Schuttmann nach der Thomaststraße schießt, und des Hauptmanns, der den Schuttmann da umhersehen läßt, beruht auf einem Irrtum über den Verwendungszweck der Polizei. Und will scheinen, daß überflüssige Schuttleute sich an wichtigen Verkehrspunkten sehr viel nützlicher betätigen könnten, als in der einsamen Thomaststraße.

Das Groß-Berliner Schnellbahnetz.

Im Zentralblatt der Bauverwaltung ist in einem Aufsatz des Direktors der Hochbahngesellschaft, Herrn Baurat Bauffert, unter der Bezeichnung „Das künftige Schnellbahnetz Groß-Berlins“ ein Liniennetz angegeben, das auch in der Tagespresse Beachtung gefunden hat. Wie wir erfahren, steht der Verband Groß-Berlin dieser Karte eines Groß-Berliner Schnellbahnetzes fern. Es kann daher aus der Veröffentlichung der Skizze nicht etwa gefolgert werden, daß alle in dem Netze angegebenen Linien auch von dem Verbands Groß-Berlin oder seinen Mitgliedern zurzeit als Entwürfe verfolgt werden oder Aussicht auf Förderung haben würden. Das veröffentlichte Liniennetz ist daher als rein private Studie zu betrachten.

Unter den Rädern der Lokomotive.

Eine traurige Aufklärung hat das rätselhafte Verschwinden eines jungen Mädchens, der neunzehnjährigen Verkäuferin Emma Schrab gefunden. Vor mehreren Tagen erfuhr sie die Sch. aus der elterlichen Wohnung und man glaubte schon, die Vermisste sei nach dem Bahnhof zum Dampfer gefahren. Dem war aber nicht so. Man hat jetzt vielmehr in einer Selbstmörderin, die sich bei Wilmersdorf vor die Lokomotive eines Personenzuges geworfen und fast vollständig zerstückelt worden war, die Verschundene erkannt. Wegen unglücklicher Liebe hat das junge Mädchen die Verzweiflungstat ausgeführt.

Die Polizei vor dem Neuköllner Jugendgericht.

Am 6. April sollte im Bürgeraal in Neukölln eine Jugendversammlung abgehalten werden, welche die Polizei nicht dulden wollte. Sie verwehrte den jungen Leuten, die noch nicht achtzehn Jahre alt waren, den Eintritt in das Versammlungslokal und verhinderte auf diese Weise das Stattfinden der Versammlung. Viele von den Jugendlichen suchten infolgedessen ein anderes Lokal auf, in welches sich auch Genosse Bied begab, der in der Versammlung hatte sprechen wollen. Die Polizei vermutete, daß die Versammlung in dem neuen Lokal stattfinden würde und sifitierte den Genossen Bied sowie einen anderen Genossen, wobei ein Beamter sogar mit der Anwendung der Handlute bedrohte. Die Sifitierung erregte großes Aufsehen und ein Teil der Versammelten folgte den Sifitierten auf dem Wege nach der Wache. Bei dieser Gelegenheit wurde der Schneiderlehrling Schuch sifitiert, der alsdann eine polizeiliche Strafverfügung über 5 M. erhielt, weil er durch lautes Schreien groben Unfug verübt und einen Kaufmann herbeigeführt haben sollte. Schuch erhob gegen die Strafverfügung Einspruch und das Jugendgericht Neukölln hatte sich gestern mit der Angelegenheit zu befassen.

Zunächst wurde auf Antrag des Verteidigers, Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld, der Bescheid des Polizeipräsidenten von Neukölln berufen, welcher auf die Beschwerde des Genossen Bied ergangen war. Selbst der Polizeipräsident konnte das Verhalten der Beamten bei der Sifitierung nicht billigen, insbesondere nicht die Behandlung mit der Anwendung der Handlute.

Bei der Vernehmung der Zeugen ergaben sich alsdann große Widersprüche zwischen den Aussagen der beiden als Belastungswagen gefahrenen Polizeibeamten und den Entlastungszeugen. Trotz dem hielt der Amtsanwalt die Anklage aufrecht und beantragte die Verhängung einer Geldstrafe von 5 Mark.

Demgegenüber beantragte der Verteidiger die Freisprechung des Angeklagten, da bei dem Widerspruch zwischen den verschiedenen Aussagen die Schuld des Angeklagten nicht festgestellt werden könne, und das Jugendgericht Neukölln schloß sich diesen Ausführungen an. Der Angeklagte wurde freigesprochen und die Kosten des Verfahrens wurden der Staatskasse auferlegt.

Wegen einer großen Ammoniakdampfströmung wurde die Feuerwehre gestern Abend nach der Frankfurter Allee 113 gerufen. Dort befand sich bis jetzt die Porzellan-Druckerei von Walter Lehmer, G. m. b. H., die zurzeit nach Weichensee verlegt wird. Mit dem Abbruch der Druckereimaschinen ist bereits begonnen worden. Als nun gestern Abend auch die Kühlmachine abmontiert werden sollte, ließ ein Arbeiter der Druckerei aus Versehen einen Dahn offen, so daß Ammoniakdämpfe ausströmten. In wenigen Minuten war der ganze Druckereihof von diesen giftigen Dämpfen angefüllt und die Dämpfe zogen auch auf den Hof des benachbarten Warenhauses von Tieg. Die Feuerwehre schritt sofort ein und es wurde der Feuerwehmann Vindenberg, der mit einem Rauchsiphon ausgerüstet war, vorgeschickt, um den Dahn wieder zu schließen, der auf dem Dach des einstöckigen Gebäudes angebracht war. Als der Feuerwehmann den Dahn geschlossen hatte, glitt er auf der Leiter aus und stürzte herunter, wobei sich der Rauchsiphon verschob. Der Berunglückte mußte nun die giftigen Dämpfe einatmen, hatte aber noch so viel Kraft, wieder nach vorn zu laufen. Hier brach er dann ohnmächtig zusammen. Er wurde nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht. Die Ammoniakdämpfe, die sich auf dem Hof angesammelt hatten, wurden unter Benutzung von zwei Schlauchleitungen mit Luft beseitigt. — Fast gleichzeitig hatte die Feuerwehre auch auf dem Bahnhof der Zentralmarkthalle in der Neuen Friedrichstraße zu tun, wo ein Waggon mit Obst in Brand geraten war. Die Ablösung der Flammen wurde mit einer Schlauchleitung durchgeführt. — Gegen 1/1 Uhr wurde die Feuerwehre dann noch nach der Königsgräber Straße 62 gerufen, wo Selpeterdämpfe ausgeströmt waren.

Antialkoholaustellung. Der Arbeiter-Abstinenzbund (Antiond- und Antialkoholaustellung) veranstaltet in der Zeit vom Sonntag, den 2. November, bis Sonntag, den 9. November, im Berliner Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, eine Ausstellung gegen den Alkoholismus. Dieselbe ist geöffnet am ersten Sonntag von 1 Uhr mittags bis 9 Uhr abends, an den übrigen Tagen von 10 Uhr vormittags bis 9 Uhr abends. Da der Zweck dieser Ausstellung der ist, Aufklärung über die sozialen, hygienischen und sittlichen Schäden des Alkoholismus zu schaffen, große Teile der Bevölkerung aber gerade auf diesem Gebiete sich in Unkenntnis befinden, kann der Besuch dieser Ausstellung nur jedem empfohlen werden. Der Eintritt ist frei.

Verband der Waisenkinderinnen Berlins. Im Bürgeraal des Rathauses, Königsgräber, findet heute Freitag, abends 8 Uhr, ein Vortrag mit Lichtbildern statt. Frau v. Popffgarten wird über „Weibliche Jugendpflege und Pfadfinderinnenbewegung“ sprechen. Gäste, Damen und Herren, sind sehr willkommen.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Die Stadtverordnetenversammlung erzielte in ihrer Sitzung am Mittwoch nach kurzen zustimmenden Erklärungen der Stadtverordneten Dr. Landsberger (Viz.) und Dirck (Soz.) die Genehmigung dazu, daß auch in diesem Winter wieder aus dem Landischen Fleisch seitens der Stadt verkauft wird. Es sind zunächst drei Verkaufsstellen in verschiedenen Stadtteilen errichtet, die je nach Bedarf vermehrt werden.

Nach Erledigung einer Reihe unbedeutender Vorlagen beschäftigte sich die Versammlung sodann eingehend mit dem Bericht des Ausschusses über die Vorlage betreffend die Aufnahme einer neuen Anleihe. Der Ausschuss beantragte die Aufnahme der Anleihe in Höhe von 29 300 000 M., welche durch die Ausgabe von Inhaberpapieren (Stadlanleihe) aufzunehmen ist. Aus diesen Anleihenmitteln sollen u. a. bestritten werden die Kosten für die Herstellung eines Ställeplatzes, für Erweiterungsbauten des Krankenhauses Westend, Inschutz zum Bau der Untergrundbahn, Ausbau der Gas- und Wasserwerke, der Kanalisation des Kieffeldes, Erweiterungsbau des Rathauses, Erweiterungsbau des Krankenhauses, Schulbauten, Ausbau des Bürgerhauses, Herstellung eines Sprechsaals, Bau höherer Schulen, Erwerb von Grundstücken für den Hof und ein Lad im Freien, Automobilisierung der Feuerwehre, Unterführung der Kaiser-Friedrich-Straße unter den Bahndamm. Einen Posten von 250 000 M. zur Herstellung eines Durchlasses zur Verbindung der beiden Teile des Liebenzeparkes hat der Ausschuss gestrichen.

Stadtverordneter Dr. Liepmann, der neu gewählte nationalliberale Abgeordnete für Leitow-Weesow, übte scharfe Kritik daran, daß so hohe Mittel für den Bau von „Ingruiföhen“ Schulen und Krankenhäuserweiterungen eingeordnet werden; man solle keine Schulen auf Vorrat bauen; zumal jetzt, wo der Geldmarkt so danielberleige, müsse man warten, bis der Geldmarkt wieder günstiger sei. Die Bürgerchaft dürfe nicht finanziell überlastet werden, zumal da der Wehrbeitrag die reichen Leute so erbittert habe, daß sie nicht mehr bereit seien, für öffentliche und soziale Zwecke Gelder herzugeben. Genosse Dr. Vorchardt nagelte den nationalliberalen Redner auf diese Reueherung fest. Es sei ein bemerkenswertes Eingeständnis, daß gerade die patriotischen Freunde des Herrn Liepmann durch den Wehrbeitrag so erbittert seien, daß sie nichts mehr für öffentliche und soziale Zwecke hergeben wollen. Auch sei es interessant zu hören, daß der Vorchardner gerade an Krankenhäuser- und Schulbauten anfangen wolle zu sparen. Genosse Scharnberg kritisierte die Art und Weise, wie sich einzelne Mitglieder des Ausschusses bemüht haben, gerade an Krankenhäusern und ähnlichen Einrichtungen Abstriche vorzunehmen und beantragte namens der Sozialdemokraten die Wiederherstellung der Position von 250 000 M. für den Durchlass zur Verbindung der beiden Teile des Liebenzeps. Nach weiterer Debatte, in der der sozialdemokratische Antrag von den Rednern der übrigen Fraktionen bestritten wurde, wurde die Vorlage nach den Beschlüssen des Ausschusses genehmigt.

Ferner nahm die Versammlung einen Antrag Gredy an, durch den der Magistrat ersucht wird, möglichst bald eine Erläuterung der Pflichten und Leitungen zu veröffentlichen, die durch die neue Krankenversicherung der Dienstboten vom 1. Januar 1914 zu entstehen, und bei dieser Gelegenheit im besonderen die Frage zu erörtern, ob und wie weit für die Zukunft Dienstboten auch bei privaten Anstalten bzw. beim städtischen Krankenhaus versichert werden können.

Gleichfalls zur Annahme gelangte ein von Mitgliedern verschiedener Fraktionen unterzeichneter Antrag, der den Magistrat ersucht, beim Vorstand des deutschen Städtetages die Erörterung der Frage der Festlegung des Osterfestes auf der nächsten Tagung des Städtetages zu beantragen.

In geheimer Sitzung verließ die Versammlung dem am 1. Januar 1914 wegen Krankheit aus seinem Amte scheidenden Stadtrat Samtner, dem langjährigen Deputierten der Armenverwaltung, in Anerkennung seiner Verdienste den Titel eines Stadtschreifers und beschloß, ihm das volle Gehalt als Pension zu bewilligen.

In gemeinsamer Sitzung des Magistrats und der Stadtverordneten wurde an Stelle des verstorbenen Oberbürgermeisters Schultebruns der Stadtrat Cassirer zum Mitglied des Provinziallandtages und Oberbürgermeister Dr. Scholz zum Mitglied der Verbandversammlung des Zweckverbandes Groß-Berlin gewählt.

Wilmersdorf.

In der gutbesuchten Mitgliederversammlung des Wahlvereins am Montag referierte Genosse Dr. Alfred Bernstein über: „Der Geburtenrückgang und seine Bedeutung für das Proletariat“. Er wies zunächst die Vaterchaft an dem Fort Geburtenrückgang und wiederholte im wesentlichen seine bekannten in mehreren Berliner Versammlungen gemachten Ausführungen. Das Korreferat hielt Genosse Dr. Ernst Meyer. Er führte aus: Man kann darin Bernstein zustimmen, daß dort die Geburtenzahl eingeschränkt werden müsse, wo es vom ärztlichen Standpunkt aus geboten erscheine. Von diesem Gesichtspunkt aus hätten Bernstein und Rosen ruhig ihre Propaganda weiter betreiben können, ohne daß es ihnen irgend jemand verargt hätte. Selbstverständlich ist es auch, daß im Einzelfall die Geburtenbeschränkung eine individuelle Erleichterung bringen wird und die Partei hat sich von jeder gegen eine pfäfflich-beuchlerische Entrüstung über die Anwendung der durch soziale Not hervorgerufenen Praktiken erklärt. Statt der Empfehlung „weniger Kinder“ müsse die Parole für eine politische Partei aber lauten, die Ursachen der sozialen Not und der Geburtenbeschränkung zu bekämpfen. Bernstein wünscht eine absolute Bevölkerungsabnahme, weil er sich davon eine Hebung der Lage der Arbeiterklasse verspricht und sieht in der Geburtenverminderung ein revolutionäres Kampfmittel. In Frankreich ist das eingetreten, was V. herbeisehnt, und trotz des Bevölkerungstillstandes sind in Frankreich die Löhne niedriger, die Arbeitszeiten länger, die Arbeitslosigkeit größer, der Arbeiterschutz im allgemeinen geringer als in Deutschland. Entscheidend für die Lage der Arbeiterklasse ist die industrielle Entwicklung und der Stand der Organisation, nicht aber die Kinderzahl; V. beruft sich zu Unrecht auf Marx, der vielmehr nachgewiesen hat, daß in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung notwendigerweise eine Ueberführ-Bevölkerung (Reiterbe-Armeen) bestehen muß, die auch durch Rückgang der Geburtenziffer und absolute Bevölkerungsabnahme nicht verschwindet. Marx verspottet die Hoffnungen, daß durch den Bevölkerungsrückgang die Lage der Arbeiterklasse sich bessern werde, geradezu als „Karrheit“. Durch die Propaganda der Geburtenbeschränkung glaubt man fälschlicherweise die Arbeitslosigkeit in der Zukunft lindern zu können, aber was mag das der Million von Proletariern, die heute arbeitslos auf der Straße liegen! Die gesamte Tätigkeit der Partei mit ihren bisherigen Zielen ist nicht nur die beste Zukunftsdarstellung, sondern auch die einzig wirksame Gegenwartsarbeit. Von den Disziplinardemokraten trat die Genossen Graer, Hilbig und Frau Schöbe den Ausführungen Dr. Bernsteins bei, während Schneider, Nadel, Ebert und Frau Harber sich auf den Standpunkt Dr. Meyers stellten. Nach den Schlussworten des Referenten wurden die Genossen Fabian, Baumblatt und Frau Lorke als Delegierte zur Verbandsgeneralversammlung gewählt.

Die Stadtverordnetenversammlung fand wieder einmal im Zeichen der „Sozialpolitik“. Die zweite Beratung des über 100 Paragraphen umfassenden Statuententwurfs zur Landkrankenversicherung nahm den größten Teil der Sitzung in Anspruch. Dabei zeigte sich, daß Dr. Edels Linienruf in der vorigen Sitzung: „Lieber Leidge fehre jurid, Dir ist alles vergeben!“ sich schneller erfüllte als Dr. Ebel wohl selbst annahm. Denn Leidge schaute als Berichterstatter grümmig zum Magistrat hinüber; war es ihm doch nicht gelungen, im Ausschuss die vom Magistrat in das Statut hineingearbeiteten Reklamationen wieder vollständig herauszubringen. Und weshalb fräuben sich unsere Reklamateure gegen die Reklamationen? Herr Leidge hat dies kürzlich im Nordverein ausgeplaudert. Die „hohen“ Beiträge der Ortskrankenklasse haben sie auf die Idee gebracht, eine Landkrankenklasse mit niedrigen Beiträgen zu gründen, um so mehr, da sich die Verhältnisse wohl so entwickeln werden, daß die Dienstmädchen verlangen, beitragsfrei empfangen zu werden.“ Reklamiert bemerkte denn auch Dr. Leidge in der Stadtverordnetenversammlung: „Durch die Reklamationen müssen auch die Beiträge auf 3 Proz. erhöht werden.“ Die Weiterberatung des Statuts ging dann glatt vonstatten. Vorgelesen ist u. a., daß nach der 26. Krankheitswoche die Verpflegung in einem Gewerkschaftsheim bis zu 13 Wochen gewährt werden kann. Bei der Festlegung des Sterbegeldes entspann sich eine längere Debatte. Der Aus-

schuß beantragte nur die Regelleistung (das Zwanzigfache des Grundlohnes) zu gewähren, während die Fortschrittler den dreifachen Betrag des Grundlohnes beantragten. Sie unterlagen jedoch den Leidge, Droffe und Genossen. Interessant war noch die Festlegung der Entschädigung für Teilnahme an den Vorstandswahlen. Der Ausschuß beantragte, den Arbeitnehmern 2 M. pro Sitzung zu gewähren. Die Arbeitgeber hingegen sollen ihr Amt als Ehrenamt unentgeltlich ausüben. Dr. Leidge begründete das folgendermaßen: „Wir können den Dienstmädchen nicht zumuten, daß sie noch 14tündiger Tagesarbeit noch unentgeltlich an den Beratungen des Ausschusses teilnehmen.“ Dieser Entschädigungssatz sei bereits bei dem größten Teil der Krankenkassen eingeführt. Auf diese Weise werden die Dienstmädchen am besten zur praktischen Arbeit in der Landkrankenklasse herangezogen.“ Damit waren aber die Fortschrittler nicht einverstanden. Der Stadtverordneter Röhren konnte absolut nicht einsehen, daß die Arbeitnehmer ihr Amt nicht auch unentgeltlich ausüben sollen. In einer zweifelhafte Vorstandswahl verdient so ein Dienstmädchen schließlich mehr als sonst den ganzen Tag.“ Obwohl dann noch Stadtv. Heemann die Ausführungen Dr. Leidges stark unterstützte, stimmten die Fortschrittler doch geschlossen gegen den Ausschußantrag. Dieser wurde jedoch von der geschlossenen Mehrheit der Rechten angenommen. Nach der einstimmigen Annahme des Statuts kamen Petitionen zur Beratung. Eine Eingabe verlangte die Befreiung des Wochenmarktes an der Ude Soalfelder Straße und Kaiser-Allee, die zweite wünschte die Durchlegung der Landhausstraße von der Berliner bis zur Pabenschen Straße und Befreiung der in dieser Gegend herrschenden Mißstände. Beide Eingaben wurden dem Magistrat als Material überwiesen. Die dritte Eingabe war vom Bund der technisch-industriellen Beamten gestellt. Sie verlangte Schritte zu unternehmen, daß in Groß-Berlin bald eine Arbeitslosenversicherung eingeführt werde. Als Berichterstatter des Petitionsausschusses führte Stadtv. Dr. Helmke aus: Mit der Einführung der Arbeitslosenversicherung in Groß-Berlin ziehen wir alle mit oder ohne Verschuldung beschäftigungslos gewordenen Arbeiter aus der Provinz nach Groß-Berlin, die hier ja nichts besseres erwarten können, als mühselos von der Arbeitslosenunterstützung zu leben. Die Organisationen sollten doch lieber Arbeitslosenunterstützungen einführen, als so viel Geld für Streiks und Agitation auszugeben. — Der Mann hat seine Doktordifferenziation sicherlich nicht über das deutsche Gewerkschaftswesen gemacht. Zur Eingabe des Bauarbeiterverbandes meinte er, der Magistrat tue bereits alles, was die Bauarbeiter verlangen. Nach solch „geistvollen“ Ausführungen gingen die Rathausmitglieder, dem Antrage des Petitionsausschusses gemäß, über die Eingaben zur Tagesordnung über. — Die vom Stadtv. Dr. Leidge in der vorigen Sitzung gestellte Anfrage, wie weit der Magistrat mit der Errichtung des Reformaleszentrals gelommen sei, war schriftlich dahingehend beantwortet worden, daß der Magistrat noch keinen geeigneten Bauplatz gefunden habe. Dr. Leidge antwortete darauf mit Recht, daß der Magistrat zwei Jahre lang Zeit gehabt habe, einen Bauplatz ausfindig zu machen. Die Errichtung des Heims dränge nach den heutigen Beschlüssen über die Landkrankenklasse um so mehr. Unwirksam erwiderte Stadtrat Steinborn, Dr. Leidge solle lieber praktisch in dieser Frage mitarbeiten, als unnötig kritisieren. Das trug ihm die persönliche Bemerkung Leidges ein: „Ich bin zur Mitarbeit bereit, Steinborn möge aber sein Stadtratsamt niederlegen, dann werde ich meine Freunde ersuchen, mich auf den Posten Steinborns zu wählen.“

Neukölln.

Vollsinfoniekonzert. Das erste der von der Stadt Neukölln in diesem Winterhalbjahr veranstalteten Vollsinfoniekonzerte findet am Freitag, den 14. November, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale der „Neuen Welt“, Hagenstraße 108/114 statt. Das Konzert wird ausgeführt von dem Wäthner-Orchester unter Leitung des Hofkapellmeisters E. v. Strauß. Als Solistin (Violine) wird bei dem Konzert Frau Oberlehrer Oberüber-Rendel, Neukölln, mitwirken. Das Programm enthält: „Das Meißner-Borspiel“ von Wagner, das Violinkonzert von Beethoven, die Es-dur Sinfonie (Kändliche Hochzeit) von Goldmark, Deutsche Tänze von Mozart und die 1. Ungarische Rhapsodie von Liszt. Eintrittskarten zu 50 Pf. (I. Parkett und Balkon) und 30 Pf. (II. Parkett) sowie Sammelhefte für drei Konzerte zu 1,25 M. und 75 Pf., sind in den Geschäften von Bergwald, Berliner Str. 58, Seidler, Bergstr. 42, Blahm, Kaiser-Friedrich-Str. 207, Juhl, Kaiser-Friedrich-Str. 247/48 und Prochnow, Hermannstr. 69, erhältlich.

Am Sonntag, den 2. November, findet eine Spielpartie nach dem Turnplatz der Freien Turnerschaft, Kieffholzstraße, statt. Abmarsch um 1 Uhr vom Wilmersdorferplatz.

Am Mittwoch, den 3. November, sind wieder Märchenvorlesungen. Die Lokale werden noch bekannt gegeben.

Britz-Weesow.

Ueber die Arbeitslosenfürsorge referierte in einer gutbesuchten öffentlichen Versammlung Stadtverordneter Genosse Wuytz. Der Referent wies darauf hin, daß mit der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nun endlich Ernst gemacht werden müsse und daß nicht wie bisher diejenigen, die die Forderung auf wirksame Hilfe durch Einführung der Arbeitslosenversicherung in den Groß-Berliner Kommunen verlangten, von einer Stelle zur anderen verwiesen würden. Wenden sich die sozialdemokratischen Gemeindevertreter an die einzelnen Kommunen, so würden sie von dort an den Zweckverband verwiesen, dieser erklärt sich für nicht kompetent, der Staat müsse die Arbeitslosenversicherung vornehmen; letzterer sagt wiederum, die Kommune hätte das meiste Interesse bei dieser Frage. Der Redner wies darauf hin, daß auch Britz wohl in der Lage wäre, die Kosten für die Einführung der Arbeitslosenversicherung im Etat mit unterzubringen, man müsse energisch verlangen, daß Berlin und die Vorortgemeinden, wenn nicht zusammen, was wohl das Beste sein dürfte, auch einzeln für sich, diese dringende Menschenpflicht erfüllen.

Aus der Versammlung wurde folgende Resolution formuliert und einstimmig angenommen:

„Die am 22. Oktober im Lokal des Herrn Radday tagende Volksversammlung stimmt den Ausführungen des Referenten Herrn Stadtverordneten Wuytz vollinhaltlich zu und beauftragt die sozialdemokratischen Gemeindevertreter, einen Dringlichkeitsantrag einzubringen, für Britz eine Arbeitslosenstatistik in die Wege zu leiten und Mittel zur Verfügung zu stellen a) zur Speisung der Schulkindern b) zur Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung mit billigem Fleisch, Fisch und anderen Lebensmitteln. Ferner: Alle Schritte zu unternehmen um eine Arbeitslosenversicherung durchzuführen.“

Vemerksenswert ist noch, daß die bürgerlichen Gemeindevertreter zu dieser Versammlung schriftlich eingeladen worden, aber nicht erschienen waren.

Weichensee.

Aus den Kreisen der Gemeindefürsorge wird uns geschrieben: Die Gemeindeverwaltung läßt es, besonders bei der Umgestaltung des Arbeitsverhältnisses aus einem Nacht- in ein Rechtsverhältnis, an jeder sozialen Einsicht fehlen. Hier besteht weder eine Arbeitsordnung noch gar ein Arbeiterschutz. Nach einer Verfügung sollen alle Weichwerden nur den Vorgesetzten unterbreitet werden. Die Gemeindeverwaltung, die ihre Arbeiter in Bezug auf das Rechtsverhältnis nicht besser wie das Gesinde stellt, prunkt natürlich nach außen mit Wohlwollen. Ende vorigen Jahres wurde in der Gemeindevertreterversammlung die schleunigste Durchsührung eines Reglements für die Bewilligung von Ausgeld und Hinterbliebenenversorgung damit begründet, daß dadurch der Arbeiterchaft ein „Weihnachtsgeld“ gewährt werden solle. Bezeichnet ist nun, daß die Be-

Abmündungen für die Arbeiter erst mit dem 1. April d. J. in Kraft treten sollten. Bis jetzt ist aber in den Kreisen der Gemeindearbeiter noch nicht festzustellen gewesen, daß das mit so großer Beklemmung angeforderte Weihnachtsgeld zur Durchführung gelangt ist. Als Vorbedingung für die Gewährung des Ruhegeldes usw. ist im § 1 festgelegt, daß nur, den nach dem 21. und vor dem 30. Lebensjahre auf Grund eines Gesundheitsattestates des Gemeindevorstandes im Wege des privatrechtlichen schriftlichen Dienstvertrages eingestellten ständigen Arbeiter ein Ruhegeld gewährt wird. Diese Vorbedingung — Abschluß eines schriftlichen Dienstvertrages mit den ständigen Arbeitern — ist nach Kenntnis der Arbeiter selbst bei vier Personen erfüllt. Von den circa 125 beschäftigten und eventuell in Frage kommenden Arbeitern wird also vier Personen bei Erfüllung der getroffenen Vorbedingung das Ruhegeld, natürlich ohne Rechtsanspruch, in Aussicht gestellt. Der Weisenseer Gemeindeverwaltung kann nur das Zeugnis ausgestellt werden, daß sie es meistens verstanden hat, die Offenheit zu blaffen. Zu den Bestimmungen ist als Nachtrag von den sozialdemokratischen Gemeindevertretern beantragt worden, daß auch die nichtständigen Arbeiter in der Regel nach drei Jahren als ständige Arbeiter geführt werden sollen. Dieser Antrag wurde angenommen.

In Bezug auf das vorliegende Reglement würde das bedeuten, daß mit den in Frage kommenden Personen der schriftliche Dienstvertrag als ständige Arbeiter abgeschlossen werden müßte. An eine Beachtung dieser Bestimmungen ist bis heute auch noch nicht gedacht worden. Falls das aber in diesem Jahre (als Weihnachtsgeld) geschehen sollte, erwischen wir, die früher bestandenen Verträge nicht etwa zu verächtlichen. Dieselben sehen nämlich vor, daß nach einem Jahre Krankengeldzuschuß gewährt werden soll. Weiter regelt der Vertrag auch die Fortzahlung des Lohnes bei militärischen Leistungen und unberücksichtigten Verhältnissen durch gerichtliche Termine usw.

Wenn schon die Gewährung der sozialen Einrichtungen abhängig gemacht werde von solchen Bedingungen, dann soll man wenigstens, sobald dieselben erfüllt sind, zum fehlenden sozialen Verständnis nicht noch die mangelnde Vertragstreue hinzusetzen. Die Gemeindearbeiter in Weisensee können sich solche Erfahrungen nur erproben, wenn sie durch vollzähligen Eintritt in die Gewerkschaftsorganisation einen Vertragsgegner schaffen, dem Achtung zu erweisen auch die Weisenseer Gemeindeverwaltung angehalten werden kann.

Nieder-Schönhausen.

Die letzte Gemeindevorstandssitzung hatte sich mit einem von mehreren Genossen eingebrachten Antrag zu beschäftigen. 1. Alle Arbeiter, für welche bereits Mittel bewilligt sind, mit größter Beschleunigung in Angriff zu nehmen; 2. Schaffung einer Arbeitslosenversicherung auf der Grundlage des Genet-Systems. Genosse Hellrich, der den Antrag begründete, wies zunächst auf die wachsende Arbeitslosigkeit hin und auf die Leistungen der gewerkschaftlichen Organisationen für die Arbeitslosen. Ferner betonte der Redner, daß heute der Arbeiter von Staats wegen gegen Unfall, Krankheit, Alter und Invalidität versichert werde, nur die Arbeitslosenversicherung fehle immer noch in der Reihe dieser Versicherungen. Bisher habe man die Arbeitslosenversicherung fast ausschließlich der Selbsthilfe der Arbeiter überlassen, aber auf die Dauer könnte die Gewerkschaften allein die Not nicht lindern; hier sei es nun die Pflicht des Staates und der Gemeinden, einzugreifen. Was den ersten Teil des Antrages betreffe, so seien als größere Arbeiten leider nur der Ausbau der höheren Anabenschule in der Buchholzer Straße im Etat vorgezogen. Eine weitere Arbeit sei dann der Bau der Gemeindefürsorge in der Charlottenstraße. Das Schwergewicht aber liege im zweiten Teil des Antrages; dieser gäbe der Vertretung Gelegenheit, das wieder gutzumachen, was sie in der Sitzung am 21. März 1911 versäumt hatte. Da ein Teil der Vertreter überhaupt nicht wußte, wie die Auszahlung der Unterstützung an die Arbeitslosen in Gent vor sich geht, so erläuterte der Redner in kurzen Zügen dieses System. Zum Schluß ersuchte Genosse Hellrich dringend, den Antrag nicht abzulehnen, sondern Hand anzulegen, um die Arbeitslosenversicherung vorwärts zu bringen. In der hierauf folgenden Debatte ergänzten unsere Genossen Breitmenn, Woschle und Hiege die Ausführungen des Vorredners. Bürgermeister Abraham sprach sich bezüglich der Beschleunigung der Arbeiten dahin aus, daß der Ausbau der höheren Anabenschule erst zu den nächsten Sommerferien in Angriff genommen werden könne, da vorher der Schulbetrieb geführt würde. Für die Erbauung der Turnhalle wolle man die Zinsen sparen, somit könne dieser Bau erst am 1. April 1914 begonnen werden. Nachdem einige bürgerliche Vertreter ganz kurz ihre Bedenken vorbrachten, wurde beschlossen, der bereits bestehenden Kommission, der auch unsere Genossen Breitmenn und Hellrich angehören, den Antrag zu überweisen. Hierauf wurden die Bedingungen festgesetzt für die Ueberlassung der Aula des Lyzeums an Vereine. Abgehalten werden dürfen wissenschaftliche Vorträge mit und ohne Lichtbildern und sonstige künstlerische Veranstaltungen; dagegen sind politische Versammlungen von keiner Partei gestattet. Hierbei stellte Genosse Hellrich die Anfrage, ob die Arbeiterkassette für ihre wissenschaftlichen und künstlerischen Veranstaltungen ebenfalls die Aula erhalten. Ueber die Veranlassungen habe das Kuratorium zu entscheiden, lautete die Antwort. Die Gebühr für Benutzung beträgt 12 M. pro Abend.

Germendorf bei Kranienburg.

Mit der Herstellung dreier Feuerlöschbrunnen beschäftigte sich eine außerordentliche Gemeindevorstandssitzung. Vor Eröffnung derselben wurde eine Besichtigung des Ortes vorgenommen, um die Stellen ausfindig zu machen, an denen die Brunnen eingebaut werden sollten. Hierzu hatten sich Brandinspektor Hebrans-Berlin, ein Vertreter der Feuerlosgesellschaft und Gutbesitzer Cottenet eingefunden, um mittels Sänkelrute die Wasserabern zu suchen. In der hierauf stattfindenden Sitzung hielt Brandinspektor Hebrans einen Vortrag über das Feuerlöschwesen; er erklärte, daß die Herstellung dreier Brunnen etwa 1800 M. kosten würden, zu welcher Summe der Kreis sowohl, wie auch die Feuerlosgesellschaft einen Teil beisteuern würden. Genosse Blüde betonte hierauf, daß ein Wassermangel am Orte eigentlich nicht bestünde, und da der Ort vor größeren Ausgaben stehe, so u. a. für den Bahnbau, Pflasterung der Bahnhofstraße, elektrische Anlage und Beleuchtung des Ortes, sowie Hausbau, beantragte er, die Vorlage noch zurückzustellen. Die Vorlage wurde indessen mit zehn gegen die drei Stimmen unserer Genossen und eine bürgerliche angenommen. Genosse Blüde gab hierauf noch der Meinung Ausdruck, daß, wenn die drei Herren der Abstimmung nicht mit beigewohnt hätten, dieselbe jedenfalls ein anderes Resultat ergeben haben würde.

Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevorstellungen.

Friedrichshagen. Heute Freitag, nachmittags 5 Uhr, im Rathhaus, Friedrichstr. 87.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindegewählte ist berechtigt, ihnen als Subskribent beizuwohnen.

Spiel und Sport.

Radfahrer.

Arbeiter-Radfahrerclub „Solidarität“ (Ortsgruppe Berlin). Touren zum Sonntag, den 2. November. 1. Abt.: 6 Uhr: Nachmittags Radtour. 2. Abt.: 7 Uhr: Streifzüge durch das District. 1. Abt.: Köpenick. Start: Köpenickerpromenade 18. — 3. Abt.: 8 Uhr: Köpenick. Start: Köpenickerpromenade 18. — 4. Abt.: 9 Uhr: Köpenick. Start: Köpenickerpromenade 18. — 5. Abt.: 10 Uhr: Köpenick. Start: Köpenickerpromenade 18. — 6. Abt.: 11 Uhr: Köpenick. Start: Köpenickerpromenade 18. — 7. Abt.: 12 Uhr: Köpenick. Start: Köpenickerpromenade 18. — 8. Abt.: 13 Uhr: Köpenick. Start: Köpenickerpromenade 18. — 9. Abt.: 14 Uhr: Köpenick. Start: Köpenickerpromenade 18. — 10. Abt.: 15 Uhr: Köpenick. Start: Köpenickerpromenade 18.

Reinickendorf. Am 1. November: Groß-Regatta (Waldenpark, Hakestr. 27). Start: abends 9 Uhr, bei Raurer, Durlacher Str. 7. Vom Sonntag, den 2. November, ab treffen sich die Tourenfahrer jeden Sonntag.

nachmittags 1 Uhr bei Raurer, Durlacher Str. 7. Ziel wird dort bekannt gegeben.

Charlottenburg. 1 Uhr: Lokom (Präsidenten Adler, Berliner Str. 16.) Reinickendorf. 1. Abt.: Start 1 Uhr bei Köpenick. — 2. Abt.: Start 1 Uhr bei Köpenick. Tour wird am Start bekanntgegeben.

Lichtenberg. 1 Uhr: Schöneiche (Ballspiel). Start: Marktstr. 74. Tegel. 2 Uhr: Familienklub mit Kugel nach Waldmühlstr.

Pankow-Nieder-Schönhausen. Schulzendorf über Fernsdorf. Start: 12^{1/2} Uhr am Marktstr.

Arbeiter-Radfahrerclub Groß-Berlin. Sonntag, den 2. November, vorm. 10 Uhr: Streifzüge durch den Grunewald. Anschließend: Wilhelmplatz. Nachmittags 1 Uhr: nach Zehlendorf bei Viel, Rahlstr. 12. Anschließend: Viktoriapark.

Turner.

Freie Turnerische Neuland-Brigade. Sonntag, den 2. November. Abteilungsfeier der 1. Frauen-Abteilung nach Nichtenau, Kelleraustr. Gesellschaftsbau (Hr. Gammann). Treffpunkt der einzelnen Abteilungen und der Gäste und Nachzügler (nur weiblichen Geschlechts) um 1/4 Uhr.

1. Kreis, 2. Bezirk. Aus Anlaß der Bezirksvorturnerstände in Eberswalde am Sonntag, den 2. November 1913, fallen sämtliche Bezirksspiele aus.

Schöneberger Arbeiter-Turnverein. Sonntag, den 2. November, morgens 7 Uhr: Abänderung der Männer-Abteilung nach Babelsberg, Köpenickerpromenade. Treffpunkt: Wannseebahnhof Friedebau. — Bezirks-Abteilung: Spielpartie. Treffpunkt: Bahnhof Schöneberg, 9 Uhr.

Fußball.

Märkische Spielvereinigung. Bez. Groß-Berlin. Am kommenden Sonntag finden folgende Spiele statt: Kummelsburg-Vormörs in Beichensee, Rennbahnstr. 46. — Hütte XVII-Spandau in Reinickendorf, Thunerstr. — Rebellas-Bornhain auf dem Tempelhofer Feld. — Libertas-S. F. B. in Reinickendorf, Panfomer Allee. — Charlottenburg-Riese XI in Charlottenburg, Bundesallee Ecke Reichstraße. — Reinickendorfer Fußballklub-Riese XII in Reinickendorf, Schillerpromenade. Die Spiele beginnen um 1/2 Uhr.

Wanderer.

Arbeiter-Touristenverein „Die Naturfreunde“. Ortsgruppe Berlin. Sonntag, den 2. November. Wanderungen: 1. Reinickendorf, Rausgangsweg, Ahrensdorferpark. Abfahrt nach Rahlsdorf, Schleiferei Bahnhof 6.30, Stralau-Hummelsburg 6.30. — 11. Neukölln, Tuchen, Bernsdorf. Abfahrt nach Neukölln, Eitlinger Bahnhof 5.50. Gäste stets willkommen.

Arbeiter-Wanderverein Berlin. Sonntag, den 2. November: Besichtigung der Speerenberger Gipsbrüche. Abfahrt 6.30 Uhr Volkshaus, Vorortbahnhof Via Josten. Wanderung über Westend-Klausbühl-Grüner See-Speerenberger Gipsbrüche-Speerenberg-Klausbühl-Grüner See. Beglänge circa 25 Kilometer. Gäste willkommen.

Schwimmer.

Der D. G. Nevin 1891 zu Lichtenberg (W. v. Arb.-Schm.-B.) hält am Sonntag, den 2. November, nachmittags 3 Uhr, sein diesjähriges Baden-Schwimmfest in der Badeanstalt an der Schillingstraße ab. Das Programm besteht außer in kleinen sowie Wasserspielen, auch in Herren-, Damen-, Jugend-, Anabenschwimmern, Springen und Tauchen. — Da in Lichtenberg zurzeit noch keine Badeanstalt mit Schwimmbassin besteht, hat der Verein die am nächsten gelegene gewählt. Er ersucht deshalb die Einwohner Lichtenbergs um regen Besuch. Eintritt mit Programm sowie auch zur Nachfeier beträgt 50 Pf.

Arbeiter-Samariterbund, Kreis Brandenburg. Sonntag, den 2. November, vormittags 9-11 Uhr: Sander-Tour in im Restaurant Oberland, Neue Friedrichstr. 35.

Berlin: Monatsversammlung am Freitag, den 31. Oktober, 8^{1/2} Uhr, Restaurant Oberland, Neue Friedrichstr. 35. Sammlungs-Kolonnenmaterial ist mitzubringen.

Lehrabend haben in dieser Woche (Beginn 8^{1/2} Uhr): Berlin, 4. Abt. Donnerstag, 6. Nov., Lichtenberg, Schrammestraße 60, bei Pödenhagen.

Berlin, 5. Abt. Freitag, 7. Nov., Neuland, Rebellas, Reichstr. 8.

Berlin, 6. Abt. Montag, 3. Nov., Neue Friedrichstr. 35, bei Oberland.

Berlin, 7. Abt. Mittwoch, den 5. Nov., Charlottenburg, Rosinenstr. 3, Volkshaus.

Spandau, Dienstag, 4. Nov., Schönerlinde Str. 5, bei Stippelhof.

Friedrichshagen, Donnerstag, 6. Nov., Friedrichstr. 6, 2. Hof, parterre.

Reinickendorf, Montag, 3. November, Ullrichstr. 27 bei Benjafel.

Rosowes, Montag, 3. November, Wilhelm, Ecke Friedrichstraße, bei Schmidt.

Rosowes (Alt. Potsdam). Mittwoch, 3. November, Kaiser-Wilhelm-Str. bei Glaser.

Ober-Schöneweide. Montag, 3. November, Siemensstr. 12, bei Schwab.

Spandau. Mittwoch, 5. November, Pödenhager Straße 5, bei Danneberg.

Aus aller Welt.

Ja, ich bin klug und weise...

Die Großmächte haben bekanntlich den albanischen Thron einem Fürsten Wilhelm zu Bied angeboten. Die Albaner vernehten diese Wahl in eine peinliche Verlegenheit, denn der Mann war gänzlich unbekannt, so daß sie sich über seine Eignung zum Herrscherberuf absolut kein Urteil bilden konnten. Nun aber kommt eine Nachricht, nach der man wohl mit ruhigem Gewissen behaupten darf: die Albaner können sich freuen; sie bekommen einen Monarchen, der sich gewaschen hat. Wie nämlich aus einer Meldung der „Neuen Freien Presse“ hervorgeht, ist der Fürst zu Bied sowohl klug als auch weise. Klug — denn er scheint bereit zu sein, sich der schweren Lebensaufgabe der Regierung von Albanien zu widmen. Ja, er möchte dieses seit Jahrhunderten in Kämpfe verstrickte und kulturell vernachlässigte Land zu einer Stätte menschlicher Gesittung machen. Weise — denn er verhandelt mit den Mächten bereits über die finanziellen Voraussetzungen seiner Thronbesteigung. Nicht daß er bei der Geschichte etwas verdienen möchte, o nein! Aber er will auch nicht zusehen, er will nicht mit Verlust arbeiten, er will wenigstens auf seine Spesen kommen. Um sein Kapital nicht angreifen zu müssen, verlangt er die Errichtung eines Kondominiums in Albanien, aus dessen Erträgen er, wenn er schon für das Regieren nichts berechnen, doch wenigstens die Repräsentationskosten herauszuschlagen kann. Aber das ist noch nicht alles, der Fürst zu Bied denkt weiter. Er rechnet mit der Möglichkeit, daß ihm die Geschichte in Albanien zu dumm wird. Er hält es auch nicht für ausgeschlossen, daß sie den Albanern zu dumm wird. Was soll geschehen, wenn einer von diesen Fällen eintritt? Das muß jetzt abgemacht werden, erklärt er. Und er verlangt gewisse Garantien für den Fall, daß er entweder freiwillig oder durch Umstände gezwungen von der Regierung zurücktreten würde. Also je nachdem, eine Arbeitslosenunterstützung oder eine Unfallrente. Diese Forderung werden manche als Beweis einer krämerhaften Angstlichkeit ansehen, aber sie ist wahrhaft königlich. Denn die Loge der Könige hat sich, das darf man nicht außer Acht lassen, im Laufe der letzten Zeit sehr geändert. Zwar die Lohnverhältnisse sind nicht schlecht, die haben sich in der letzten Zeit entschieden sehr verbessert, aber die Existenz der Monarchen wird von Tag zu Tag unsicherer und gefährlicher. Das Monarchenrisiko wird immer größer. Es kommt vor, daß ein Fürst nicht nur sein Land verlassen muß, sondern bei dieser Gelegenheit auch noch in Schwulst geraten. Kurz, die Forderungen des Fürsten zu Bied zeigen, daß er eine durchaus moderne Auffassung vom Fürstentum hat, daß ihm die verzerrten Anschauungen vergangener Zeiten vollständig fremd sind. Und mehr kann ein Volk von seinem Herrscher nicht verlangen. Glückliche Albaner!

Schiffskatastrophen.

Auf der Elbe bei Entenwälder stieß Donnerstag morgen im Nebel ein Schleppdampfer mit einem Oberländerfahn zusammen, wobei fünf Personen ertranken.

Eine Sturmflut und ein heftiges Unwetter herrschten am Mittwoch in Rabat und Casablanca. Vor Casablanca gingen drei Schiffe unter. Die Besatzungen wurden gerettet bis auf acht Mann, die mit einem griechischen Schiffe, das auf der See sank, untergingen. Der Materialschaden ist bedeutend.

Ein Zug im Flammenmeer.

Durch die Weißesgegenwart eines Lokomotivführers ist der Expresszug von London nach Holyhead vor einer großen Gefahr bewahrt worden. Der auf der Strecke befindliche Bahnhof von Landulas in der Grafschaft Denbigh, der, wie viele kleine englische Bahnhöfe, völlig aus Holz gebaut ist, war kurze Zeit vor Antritt des Zuges in Brand geraten. Das Feuer hatte so schnell um sich gegriffen, daß die gesamten Bahnhofsanlagen, Schuppen, Telegraphengebäude, Weichenstellhäuser ein riesiges Feuermeer bildeten. Auch die Schienen waren stark erhitzt und drohten die Vordachweilen in Brand zu setzen. Der Lokomotivführer war geistesgegenwärtig genug, um die Situation zu überblicken. Er gab Vollamp und durchfuhr den brennenden Bahnhof mit einer Geschwindigkeit von 90 Kilometern. Es gelang ihm auch, den Zug glücklich durch die Flammen hindurchzubringen. Von den Passagieren selbst hatte niemand Schaden genommen, nur an einigen Wagen des Zuges waren durch die starke Hitze die Kupferfenster gelprungen.

Kleine Notizen.

Ein vorwegener Gaunerreich. Ein Einbruch von ungewöhnlicher Frechheit ist durch unbekannte Einbrecher in der vergangenen Nacht im Polizeikommissariat der französischen Ortschaft Fontoise verübt worden. Ohne von dem dort stationierten Polizisten bemerkt zu werden, drangen die Diebe in die im ersten Stock gelegenen Bureau Räume ein, erbrachen den Kassenschrank und erbeuteten 882 Fr. Bargeld.

Ein würdiger Bürger. Einer der größten Spitzenimporteure New Yorks, Frederico Ludwig, der Chef des Hauses Frederico Ludwig u. Co., ist unter der Beschuldigung, umfangreiche Zollhinterziehungen begangen zu haben, verhaftet worden.

Jugendveranstaltungen.

Pankow-Nieder-Schönhausen. Die Arbeiterjugend veranstaltet am Sonntag, den 2. November, gemeinsam mit der Jugend von Berlin 1. Bezirk (Gesundbrunnen) und Franz-Buchholz eine Antikost- und Heringspartie nach Heringsdorf (Broses Heide) verbunden mit Theateraufführung, humoristische Vorträge, Lang usw. Treffpunkt 8^{1/2} Uhr, Nordbahn, Ecke Berliner Straße. Abfahrt: Bahnhof Schönholz. Jahrgeld 20 Pf. Teilnehmerkarten 35 Pf.

Landmannschaft Hedermünde-Weidow-Döhlen. Versammlung am Sonntag, den 2. November, nachmittags 6 Uhr, im Lokal von Rodriga, Dorfstr. 24.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 5. Heft des 32. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die Partei und die Jugend. Von A. Reimling. — Sozialdemokratische Platte und anaristische Bore. Ein Beitrag zur Parteigeschichte. Von A. Haganoff. — Die Kontinentalperre und ihre Wirkungen auf die Anti- und realistische Industriewirtschaft. Auch ein Beitrag zur Jahresübersicht. Von Georg Schumacher. (Schluß). — Unorganisierte und Nationalisten. Eine Erinnerung von Josef Ernst. — Die Lebenshaltung der Arbeiterklasse in England. Von August Kahl. — Literarische Rundschau: H. Wendel, August Bebel, Von A. Kautsky, Jean Longuet, Le mouvement socialiste international. Von G. Stieff. — Ergänzungsheft zur Neuen Zeit Nr. 17: Aus der Geschichte der Internationale. Von Th. Kautsky.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämtern und Kolportage zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, ist nun soeben Nr. 3 des 24. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Schlußrede. — Die Tätigkeit der Frau in der Gemeinde. IX. Von Anna Bloss. — Zur Frage des Geburtenrückgangs. I. Von Luise Gähde. II. Von Frieda Kahl. III. Von Compars. — Die Ergebnisse der Krankenassistentenwahlen. Von F. Kl. — Bei den Spielmannsmännern im böhmischen Erzgebirge. Von Eise Wobst. — Sitz und ehrenvoll ist es, für Vaterland zu sterben. Von Kz. — Allein hinterm Jann. Von Emma Döhl.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Postgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,60 M.

Von „Wahren Jacob“ ist soeben die 2. Nummer des 30. Jahrgangs 16 Seiten stark erschienen und bringt neben dem humoristischen und satirischen Inhalt ein Bild des verstorbenen Genossen Wilhelm G. wehr in Ederfeld.

Der Preis der Nummer ist 10 Pf. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag J. G. B. Dieckhoff, G. m. b. H. in Stuttgart sowie von allen Buchhandlungen und Kolportagen zu beziehen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet 2 Lindenstraße 69, vorn bei Treppen — 3. Stock —, wochentags von 4^{1/2} bis 7^{1/2} Uhr abends, Sonnabends, von 4^{1/2} bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Quittung und eine Zahl als Bezugszeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnentenunterstützung beigegeben ist, werden nicht beantwortet. Einige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

G. H. 11. Jedes zweite Los. — A. G. 12. Ein Privatkonversationsforum, das hauptsächlich begabte Schüler gratis vorbildet, gibt es nicht. Des weitern sprechen Sie doch einmal mit dem Rektor der Schule, in die Ihr Sohn geht. — Zwei Streitende 1913. Ja. — John Wedek, Washington. Empfehlungen von privaten Unternehmungen lehnen wir grundsätzlich ab. — W. G. 5. 1. Ihre Kautsky ist ebenfalls erberechtigt, soweit der Nachlass des Mannes in Frage kommt. 2. bis 4. Stellen Sie bei dem Amtsgericht dem Antrag auf Auseinanderlegung. Eine Situationsanzeige gegen Ihren Cousin erscheint ausfindiglos. — A. G. 2. Stöpsische Str. Bedenken Sie sich sofort an das Amtsgericht, in dessen Bezirk Ihr Schwager verstorben ist. — G. W. 333. Nein. — W. 2. Ihr Sohn muß aus Landeskirche ausgeschieden sein. Kosten 3,50 M. — G. H. 100. 1. Ja. 2. Eine solche Ueberzeugung würde anfechtbar sein. — A. G. 11. 1. und 2. Kann nur nach Prüfung des Vertrages beantwortet werden. 3. Nein. — A. W. 5. Der Lang kann, da es sich um ein geschlossenes Vereinsvermögen handelt, bis morgens dauern. — G. 21. 1. Dagegen wird sich nichts an lassen, da es sich ausnehmend um einen in der Schulzeit fallenden Religionsunterricht handelt. 2. Ja, da Gebelbacher zu den Verheimlichen gehören. 3. Dazu sind die Kinder nicht verpflichtet. Eine Bestrafung würde die Amtsbeschlüsse überschreiten. Geben Sie uns Ihre genaue Adresse an oder kommen Sie auf die Redaktion. — A. 56. Nein. — A. 36. 1. Ja, weil die Rente dadurch geringer wird. 2. Antrag bei der Landesversicherungsanstalt, wenn der Nachweis erbracht werden kann, wieviel Markten geleistet waren. — A. W. 82. Der Erzeuger bleibt auch weiterhin zahlungspflichtig. — A. G. 94. 1. Beim Oberverwaltungsgericht, jedoch nur dann, wenn Sie mit einem Einkommen von 3000 M. oder mehr eingeschätzt worden sind. 2. u. 3. Nein. 4. Ja. Sie müssen aber einen besonderen Antrag bei dem Vorpresidenten der Veranlagungskommission stellen. — A. G. 50. Polizeipräsidium, Kostenpunkt etwa 300 M. — A. W. Die lösungsfähige Launung muß nur einem Notar oder dem Amtsgericht untergeschrieben werden. — A. 26. Nur mit Zustimmung des Hauswirts. — Gewerbe 18. 1. Von dem vereinsbeteiligten Arbeiter kann die Firma den Betrag kürzen, den Sie an einen anderen Arbeiter für Fertigstellung gezahlt hat. Den verbleibenden Betrag ist sie verpflichtet, an Sie auszubahlen. 2. Unverständlich. 3. Ja. — G. 9. Ja. — G. 3. Nein. — W. W. 36. Sie haben Anspruch auf Krankengeld. Sollte die Invalidenversicherungsanstalt die Rente einstellen, so legen Sie beim Oberverwaltungsamt Verurteilung ein. — W. G. 45. Bei Wohnungsmiete in vier Jahren. — Erna 27. Fürsorgeziehung endet mit Vollendung des 21. Lebensjahres. Wegen den Beschlüssen in binnen 14 Tagen nach Zustellung Beschwerde zulässig. Ist die Beschwerde nicht verurteilt, so kann nach Ablauf eines halben Jahres Antrag auf Aufhebung gestellt werden. — W. G. 10. Die Kammer und die Nähmaschine warten noch gepflanzt werden. 2. Verjährung tritt erst in 30 Jahren ein. Durch jeden Vollstreckungsversuch wird die Verjährungssfrist unterbrochen. —

Der neue Krupp-Prozeß.

Berlin, 30. Oktober 1913.

6. Tag.

Zu Beginn der heutigen Verhandlung teilt der Verteidiger Dr. v. Gordon mit, daß er den Kruppischen Bureaubeamten Kern geladen habe, der bekunden solle, daß die Regensche Behauptung, Brand habe drei Jahre lang überhaupt keine Bureauarbeit geleistet, sondern nur Nachrichten eingezogen, nicht richtig sei. — Oberstaatsanw. Dr. Chrzescinski gibt dann folgende

Erklärung

ab: Im „Berliner Lokal-Anzeiger“ von gestern morgen ist eine mit dem Namen von Otto v. Gottberg unterzeichnete Besprechung der letzten Verhandlung veröffentlicht, in der ein sehr lebhafter Angriff auf mein persönliches Vorgehen enthalten ist. Ich gehe darauf nicht ein. Wer es nicht verstanden hat, warum ich vorgestern auf der sofortigen reiflichen Verlesung des von dem Zeugen v. Mehen bisher zurückgehaltenen Beweismaterials bestanden habe, der wird es, wenn ich es heute nochmals erkläre, auch nicht verstehen. Ich stelle zweifelsfrei fest, daß meine Absicht war, dieses Material lückenlos sofort zur öffentlichen Kenntnis zu bringen, auf jede Gefahr hin, es möge die Angeklagten belasten oder entlasten; es möge außer den Angeklagten irgend jemand belasten oder entlasten, es möge der Firma Krupp mißfallen, ihren Gegnern mißfallen oder beiden mißfallen. Auf jeden Fall, der Vorwurf, den ich dem Zeugen v. Mehen gemacht habe, besteht darin, daß er der Gerechtigkeit Schaden getan hat durch die Vorenthaltung dieses Materials, und zwar meine ich das in dem Sinne, daß ich meine Schlussanträge am Schluß der Voruntersuchung nicht mit voller Kenntnis des vorhandenen Materials habe stellen können. Ich habe das auch deswegen hier öffentlich konstatiert, weil eine andere Zeitung — es kommt ja nicht darauf an welche, sondern nur darauf, welche Meinungen so in der Öffentlichkeit schweben (der Oberstaatsanwalt bezieht sich hier auf einen Artikel in der gestrigen „V. Z. am Mittag“) — der Meinung Ausdruck gibt, der Oberstaatsanwalt unterliege demselben Irrtum, dem die vom Militärgericht beurteilten Zeugoffiziere unterlagen, auch er scheine zu glauben, daß, wenn auch nicht Staatsinteressen und Krupp-Interessen identisch seien, so doch eine Bloßstellung Krupps den Staat irgendwie diskreditieren könnte, also so, als wenn ich gewissermaßen befohlen wäre vor dem Regenschen Material im Interesse der Firma Krupp. Ein weitergehendes Mißverständnis ist wohl doch nicht mehr möglich.

Auf jede Gefahr hin,

mag es belastend oder entlastend sein, wollte ich mich dieses Materials bemächtigen und es zur öffentlichen Kenntnis bringen! Es scheint eben sehr schwer zu sein, bei manchen Leuten das Verständnis dafür zu wecken, daß der Staatsanwalt wirklich nichts anderes will als die Gerechtigkeit. Das muß ich sagen, gegenüber dem Mißverständnis meiner prinzipiellen Stellung. Weiter will ich über die Artikel nichts sagen; aber eine Bemerkung des „Lokal-Anzeigers“ verlangt eine sachliche Zurückweisung. Es wird da nämlich ausgeführt, daß ich gewissermaßen wegwerfend davon gesprochen hätte, daß in einigen Briefen von Verhandlungen mit belgischen Offizieren über belgische Geschäfte gesprochen wäre. Es wird weiter gesagt, daß der Staatsanwalt der allerletzte in diesem Saale wäre, der die für die Verhandlung sehr gleichgültige aber unsere Industrie sehr schädigende Bemerkung machen dürfte, denn jeder Kaufmann werde verstehen warum, und werde wissen, daß die französische Konkurrenz heute schon in Belgien mit der Bemerkung kochten gehe. Der Zeuge v. Mehen war der offizielle Vertreter der Firma Krupp in Belgien und hat als solcher eine Versicherung von Geschäften an den belgischen Staat vermittelt, für die er, wie er bereits bekundet hat, eine nach Kaufenden, ich glaube, man darf sagen nach zehntausenden zählende Provision bezogen hat. Daß er in dieser seiner Stellung mit belgischen Offizieren über belgische Geschäfte verhandelt hat, ist eine offenkundige für jeden Einsichtigen selbstverständliche Tatsache und nur von dieser selbstverständlichen Tatsache habe ich gesprochen. Ich habe in einigen dieser Briefe Einladungen zu Schießversuchen auf belgischen Übungsplätzen an Herrn v. Mehen gefunden. Davon habe ich gesprochen. Die heutige Verhandlung aber dreht sich um die Frage, nicht ob offizielle Vertreter der Firma Krupp mit offiziellen Vertretern der Staatsregierungen und Oeresverwaltungen verkehren, sondern ob die Firma Krupp, der hier in Berlin alle Türen flügelweit offenstehen, außer dem Eintritt durch diese Türen noch einen

anderen Weg gegangen

ist. Darum dreht sich diese Verhandlung, und wenn man in diesem Zusammenhang aus meiner an und für sich selbstverständlichen, gar nichts Neues enthaltenden Bemerkung herausliest, daß hier der Verdacht bestehe, die Firma Krupp möge in Belgien sich irgend welcher unlauterer Mittel bedienen haben, so gebe ich zu, daß durch die Anregung eines solchen Verdachtes die Interessen der deutschen Industrie geschädigt werden mögen; aber diese Schädigung ist nicht von mir veranlaßt, sondern von anderer Seite!

Nach dieser zum Schluß in einiger Erregung gesprochenen Erklärung erwidert Verteidiger Justizrat Dr. v. Gordon: Wir, die Verteidigung und die Firma Krupp, befohlen uns ganz konsequent nicht mit der Presse trotz mancher Verlockungen; aber es ist eine gewisse Genugtuung für mich, daß ich gestern bei der Durchsicht der beschlagnahmten Briefe in der Tat bemerkt habe, daß eine ganze Reihe absolut militärischer Geheimnisse, auch deutscher militärischer Geheimnisse in den Briefen stehen. Es hätte ein

unendliches Unglück

geben können, wenn wir diese Sachen auf den Tisch des Hauses ausgeküttet hätten. Wir können auch nicht militärische Geheimnisse eines ausländischen Staates, z. B. eines Dreiecksstaates, verlesen. Das schied sich nicht, das widerspräche der internationalen Höflichkeit. Weiter sind in den Briefen auch eine Reihe von Dingen enthalten, die mit der Verhandlung in gar keinem Zusammenhang stehen und auch nicht in der Öffentlichkeit geäußert werden. Im übrigen aber bitte ich um reifliche Verlesung des Materials. — Vert. Dr. Löwenstein beantragt im Interesse seines Klienten Brandt, alles was in diesem Briefwechsel über die Verlesung und Tätigkeit Brandts und im Zusammenhang mit ihr enthalten ist, öffentlich zur Verlesung zu bringen. Der Oberstaatsanwalt weist noch fest, daß vor der Verlesung derjenige Briefe, die möglicherweise militärische Geheimnisse enthalten, die Meinung der Sachverständigen darüber eingeholt werden soll. Der Vorsitzende Landgerichtsrat Dr. Karsten schreibt nun in der

Bernehmung des Zeugen v. Mehen

fort. Der Zeuge v. Mehen, der kränzlich aussieht und öfter beim Sprechen durch einen schweren Husten gestört wird, wird vom Vorsitzenden gefragt: Haben Sie, bevor Sie den nachher zu verlesenden Brief vom 23. August 1909 an Eccius geschrieben haben, mit Eccius eine Unterredung gehabt? — Zeuge: Anfang August hatte ich eine Unterredung mit Herrn Eccius über die Frage der Uebernahme der Berliner Vertretung durch mich. Am Schluß dieser Unterredung fragte mich Herr Eccius: Wissen Sie, daß wir jemand in Berlin haben, der uns

geheime Nachrichten

gibt? — Vors.: Warde dabei von Kornwalzer gesprochen? — Zeuge: Ich habe den Ausdruck Kornwalzer in Essen, sei es von Herrn v. Schüy, sei es von Herrn Eccius kennen gelernt. Die Äußerung des Herrn Eccius über die Beschaffung geheimer Nachrichten tat er auf meine Frage über die Verhältnisse des Berliner Bureaus. Es wurde im Anschluß daran auch von Geld gesprochen, das Brandt für die Kornwalzer ausgegeben hätte und das ihm vergütet werde. Ich kann allerdings nicht sagen, ob Herr v. Schüy, solange er in Berlin war, diese Gelder zahlte. Jedenfalls sagte Herr Eccius, die Kosten seien verhältnismäßig gering. — Vors.: Warde über die Verwendung dieses Geldes gesprochen? — Zeuge: Nein, in keiner Weise. Es wurde nur gesagt, daß es zur Beschaffung von Informationen diene und daß Herr Brandt für diese Zwecke Geld brauche. Herr v. Schüy ging im Frühjahr 1909 nach Essen und in der Zwischenzeit bis zu meinem Dienstantritt in Berlin hatte Brandt jedenfalls auch Ausgaben gehabt und liquidiert. Wo er sie liquidiert hat, weiß ich nicht, ich vermute aber bei Herrn Rouths. — Vors.: Wie nahmen Sie die Mitteilungen von Herrn Eccius und nachher von Herrn v. Schüy über die Tätigkeit Brandts auf? — Zeuge: Was Herr v. Schüy über die Tätigkeit Brandts gesagt hatte, hatte mich

auserordentlich bedenklich gestimmt.

Ich fragte Herrn Eccius, kann denn das nicht aufhören, ist es nicht möglich, die Sache abzustellen? Wir war es sehr unangenehm, daß so etwas existierte und das habe ich in der zweiten Unterredung mit Herrn Eccius auch betont. — Vors.: Haben Sie einen Grund angegeben, warum das aufhören sollte? — Zeuge: Herr v. Schüy hatte mir über die Tätigkeit Brandts ein ziemlich genaues Bild entworfen. Er sagte, Brandt sei unglaublich geschickt, er bekomme einfach alles, es wäre

geradezu unheimlich

und es sehe ihn auch manchmal in direkter Verlegenheit. Wenn nämlich Herr v. Schüy bei Offizieren Besuche machte, so fielen ihm dann Dinge ein, von denen er nicht genau wußte, ob er sie durch Brandts Informationen oder sonst woher hatte. Er sagte, es wäre ihm bereits passiert, daß er solche Dinge gesagt habe und der betreffende Referent ihn gefragt hätte,

wie kommen Sie dazu, das zu wissen?

Vors.: Also Herr v. Schüy sagte, Brandt wäre in der Ausnutzung seiner Beziehungen sehr geschickt gewesen. — Zeuge: Ja, und er sagte noch, Brandt bringe alles fertig. Ich erinnere mich genau, daß er sagte: Brandt brachte mir einmal mehrere Händer der Heeresverwaltung, da habe ich aber einen Schred bekommen und ihn damit zurückgeschickt. — Vors.: Glauben Sie nun, daß Brandt sich diese Dinge durch Beziehungen verschafft hat? — Zeuge (nach einem Nachdenken): Herr Präsident, ich weiß, wie es im Leben zugeht und kann mir ein Bild davon machen, daß, wenn jemand derartige Auskünfte bekommt, er sie nicht wegen seiner schönen Augen bekommt. Ich weiß nicht, ob Brandt das Geld von Herrn v. Schüy erhielt, ich weiß nur, daß er außerordentlich wenig Geld gebraucht hat und das hat mir entweder Herr v. Schüy oder Herr Eccius gesagt. Auf meine Frage, ob dieses System mit Brandt nicht eingestellt werden könnte — ich habe schon damals angenommen, daß

Eccius ganz genau orientiert

war, über das, was mir Herr v. Schüy gesagt hätte — wenn ich mich getäuscht haben sollte — dann habe ich mich getäuscht, aber ich habe es damals unbedingt angenommen. Ich sagte also Herrn Eccius, ich lasse mich nicht darauf ein, daß Brandt ganz allein zu diesem Zweck in Berlin sitzt und gewissermaßen dem Bureau attached ist. — Vorsitzender: Und was sagte Herr Eccius darauf? — Zeuge: Wir wurden uns klar, wie die Sache in Berlin organisiert werden sollte, vorbehaltlich des Befundes, den ich selbst machen würde, denn ich hatte bis dahin mit Brandt überhaupt noch nicht gesprochen. Herr Eccius lehnte es kategorisch ab, daß die Einrichtung mit Brandt aufgehoben werden solle. — Vorsitzender: Begründete er das? — Zeuge: Er sagte, Brandt ist absolut nötig. — Vorsitzender: Wieso? — Zeuge: Herr Eccius sagte, erst seitdem Brandt da ist, wissen wir, was in Berlin vor sich geht. Vorher haben wir davon keine Ahnung gehabt, erst jetzt können wir unsere Geschäfte danach einrichten. Nun war Brandt ja schon drei Jahre in Berlin und ich nahm deshalb an, daß jetzt die Firma genügend orientiert sein müßte, um ihre Geschäfte auch ohne die Tätigkeit des Brandt weiter fortführen zu können. Eccius wies nicht allein auf diese Tätigkeit des Brandt hin, sondern auch auf dessen

auserordentlich gute Beziehungen zum Reichsmarineamt,

deshalb sagte er, sei es unmöglich, daß wir Brandts Tätigkeit einstellen. — Vors.: Was wurde über die Liquidationen Brandts gesprochen? — Zeuge: Ich weiß nicht genau, ob der Vorschlag die Einzelliquidationen in eine Pauschalsumme umzuwandeln von Eccius oder von mir gemacht wurde. Ich möchte aber fast sagen, daß er von mir kam. — Vors.: Was wurde noch darüber gesprochen? — Zeuge: Ich sagte ja schon, daß ich es für unmöglich erklärt habe, Brandt in dieser Eigenschaft als

Informator und Auskunftsbefehrer

in dieser Weise in Berlin weiter arbeiten und dem Bureau attached sein zu lassen. Was sollten die Leute davon denken, sagte ich. Ich erklärte Eccius, Brandt müsse eine offizielle Position bekommen. Eccius war damit durchaus einverstanden, auch weil die ganze Tätigkeit des hiesigen Bureaus erweitert werden sollte. Ich sollte nicht allein mit den Militärbehörden verkehren, sondern meine Tätigkeit auch auf die Reichsmarine und die fremden Gesandtschaften ausdehnen, und hierbei wären mir die guten französischen Sprachkenntnisse Brandts in Wort und Schrift sehr nötig gewesen. — Vors.: Angeklagter Eccius, was sagen Sie dazu? — Zeuge: Ich habe schon in meiner Vernehmung angegeben, daß ich mit Herrn v. Mehen über die Aufgaben seiner Berliner Tätigkeit verhandelte und habe auch gesagt, daß dabei die

Tätigkeit Brandts zur Sprache gekommen

ist und daß ich die Absicht hatte, die Liquidationen, die Brandt im einzelnen bei Herrn v. Schüy gemacht hatte, abzulösen durch eine feste Zulage. — Vors.: Herr Eccius, der Zeuge v. Mehen gibt an, daß zwar über die von Brandt für seine Informationen liquidierten Gelder nicht gesprochen wurde, daß es aber in der Natur der Sache liege, daß diese Gelder zu Bestechungen verwendet wurden, und daß Herr v. Schüy und Sie darüber orientiert waren. — Angekl. Eccius: Das bestreite ich. — Vors.: Haben Sie sonst noch etwas zu erklären? — Angekl. Eccius: Es wurde nur von den Repräsentationszulagen gesprochen. — Vors.: Der Zeuge v. Mehen behauptet, daß Brandt in der Zeit von 1906 bis 1909 nichts anderes gemacht habe, als Informationen einzubolen und die Kornwalzer nach Essen zu schicken. — Angekl. Eccius: Davon ist mir nichts bekannt. Ich bin immer davon ausgegangen, daß Brandt auch eine andere Tätigkeit im Berliner Bureau ausübte. — Angekl. Brandt: Ich habe auch noch eine ganze Zahl anderer Bureauarbeiten gemacht, das ist ganz gewiß. — Vert. Rechtsanwält Löwenstein: Vielleicht äußert sich Herr Brandt auch über die Angelegenheit der Zünder. — Angekl. Brandt: Die Sache ist

gerade umgekehrt,

und wenn Herr v. Schüy das so gesagt hat, wie Herr v. Mehen hier angegeben hat, dann hat er nicht die Wahrheit gesagt. Herr

v. Schüy zeigte mir in den ersten Tagen meiner Berliner Tätigkeit eine Zigarettenkiste, in der Zünder lagen, und fragte mich, ob die Firma Krupp so etwas brauchen könne. Ich sagte, das hätte keinen Wert; Herr Professor Rautenberg, der in Essen diese Sachen bearbeitet, kenne die Zünder der Armee ganz genau und außerdem habe die Firma eine große Menge ehemaliger Oberfeuerwerker, die auch über diese Sachen orientiert seien. Herr v. Schüy hatte von artille-ristischen Dingen keine Ahnung. — Vors.: Woher stammten die Zünder? — Angekl. Brandt: Das weiß ich nicht. — Verteidiger Rechtsanwält Löwenstein: Die Zünder sind bei Brandt gefunden und als

vollkommen harmlos

festgestellt worden. — Angekl. Brandt: Herr v. Mehen weiß genau, daß ich ihm eine Rechnung vorgelegt habe. Es handelte sich um eine Quittung, die er Herrn v. Schüy gegeben hat. — Zeuge v. Mehen: Herr Präsident, ich glaube mich zu erinnern, daß es eine Rechnung war und, soviel ich weiß, betraf sie 200 M. — Verteidiger Justizrat v. Gordon: Ist es richtig, daß Herr v. Schüy von artille-ristischen Dingen keine Ahnung hatte? — Vors.: Das ist schon be-kannt.

Es gelangt dann der Inhalt der Briefe v. Regens an Direktor Eccius zur Verlesung, und zwar zunächst die Abschrift des ersten Briefes, den v. Mehen am 23. August 1909 aus Berlin an Eccius gerichtet hat. Er lautet:

„Hochverehrter Herr Eccius, ich muß meinen Wunsch, daß in der Frage der zukünftigen Besetzung des Berliner Bureaus Klarheit geschaffen werde, wiederholen. Nachdem ich Herrn Brandt kennen gelernt habe, kann ich meine erste Vermutung nur bestätigen, daß er für das Berliner Bureau unentbehrlich ist. Ich habe ihm das auch eröffnet und Herr v. Schüy ist sehr zufrieden, daß er Bureauvorsichtiger werden und eine offizielle Stellung erhalten soll. Außerdem ist auch die Sache der Kornwalzer sofort zur Sprache gekommen, da v. mir eine Liquidation vorlegte. Ich habe sie abgelehnt und ihn an Sie gewiesen. Es ist und bleibt meiner Ansicht nach das einzig richtige, daß v. eine angemessene Zulage für sein ihm aus den besonderen Berliner Verhältnissen erwachsenden Ausgaben erhält, wie es ja auch mit mir in Weisfel der Fall war. v. wird Ihnen demnächst selbst schreiben.“

Zeuge v. Mehen: Das ist der erste Brief, den ich geschrieben habe. Ich hatte gesehen, daß Brandts Gaben nicht genügend ausgenutzt wurden. Er war sehr intelligent, hatte gute Sprachkenntnisse und war artille-ristisch sehr gebildet. Damals hat Brandt mich gewissermaßen

als seinen Retter

betrachtet und war mir dankbar. Er sagte mir, er sehe ein, daß seine momentane Stellung unhaltbar sei und daß er viele Schwierigkeiten wegen der Gelder habe. Ich war der Meinung, daß niemand etwas an der Form der Repräsentationszulagen aussetzen habe. — Vors.: Wie fällt es nur auf und wundert mich, daß Sie diese Beträge gleichstellen mit den Repräsentationszulagen, die Sie erhalten haben. — Zeuge v. Mehen: Ich habe Herrn Eccius dar-gelegt, daß die einzelnen Liquidationen Brandts

eine Gefahr

seien, daß es sich da um etwas handele, was nicht ganz korrekt war, und er hat mir das auch zugegeben. — Vors.: Also die Samiergelder für Brandt sollten Ihren Repräsentationsgeldern gleichgestellt werden. — Zeuge: Vor der Welt. — Vors.: Was heißt das vor der Welt? Ihr Brief war doch ein Schreiben an Direktor Eccius und in diesem Briefe stellten Sie die Samiergelder und Ihre Repräsentationsgelder auf eine Stufe. — Angekl. Eccius: Ich habe das Schreiben, das Herr v. Mehen an mich gerichtet hat, nicht mehr in meinen Akten, aber ich zweifle nicht, daß ich einen solchen Brief erhalten habe. — Vors.: Wollen Sie sich auslassen, weshalb lediglich vor den Augen der Welt die Sache laschert werden sollte. — Angekl. Eccius: Ich kann nur wiederholen, was ich Herrn v. Schüy gesagt habe. — Angekl. Brandt: Jawohl, es ist richtig, ich war Herrn v. Mehen dank-bar, daß die damals für mich unhaltbaren Verhältnisse geregelt wurden. Herr v. Mehen hat auch im Berliner Bureau Ordnung geschaffen. Es ist jedoch nicht richtig, daß ich vorher keine Bureau-tätigkeit ausgeübt habe. Ich habe stets alle Ein- und Ausgänge durchgegeben. — Zeuge v. Mehen: Ich bestreite keineswegs, daß Herr Brandt Einsicht genommen hat in die Ein- und Ausgänge; das gehörte ja zu seiner speziellen Tätigkeit, damit er über alles informiert war. — Verteidiger Rechtsanwält Löwenstein: Der Zeuge hat bekundet, er habe in Essen verlangt, daß Brandt ab-geschafft werden müsse und er schreibt jetzt: „Ich kann nur meine erste Vermutung bestätigen, daß mir Herr Brandt unentbehrlich ist.“ — Zeuge v. Mehen: Habe ich gesagt, daß Brandt abgeschafft werden müsse? — Vors.: Jawohl. — Zeuge: Dann ist das nicht richtig. Ich habe nichts gegen die Person des Herrn Brandt ein-zuwenden gehabt. Ich habe nur gefragt, ob nicht dieses

Spiesssystem abgeschafft

werden könnte. Alles, was ich von Herrn Eccius und v. Schüy über Brandt hörte, bewies mir, daß er für das Berliner Bureau außerordentlich befähigt war. — Verteidiger Rechtsanwält Löwenstein: Das erscheint doch nicht gut verständlich. Herr v. Schüy, hatte doch dem Zeugen gesagt, Brandt besahe sich nur mit der Beschaffung der geheimen Nachrichten, und der Zeuge selbst wußte gar nichts von der Person Brandts. — Zeuge: Die Unterredung mit Herrn v. Schüy dankte den ganzen Nachmittag. Ich bin da genau über die ganzen Berliner Verhältnisse orientiert. Das kann mir wohl jeder glauben. — Der Verteidiger Rechtsanwält Löwenstein regt dann an, durch Stellung verschiedener Fragen an den Zeugen die Widersprüche zwischen seinen Angaben und den Inhalt seiner Briefe feststellen. Der Zeuge v. Mehen erklärt, daß er diese Fragen nicht als Widerspruch auffasse und daher auch nicht auflären könne. Verteidiger Löwenstein: Nach dem Zeugen hat Herr v. Schüy den Bureauvorsichtiger Kern außerordentlich gelobt und Herrn Brandt als Vesteher hingestellt. Da muß ich doch fragen, weshalb der Zeuge gerade Herrn Brandt für befähigt zum Bureauvorsichtiger hielt. — Zeuge: Die Sache ist ganz außerordentlich einfach, Sie betrachten alles zu mißtrauisch. Herr Kern war auch eine außer-ordentlich gewissenhafte Person, aber er besaß keine Sprachkenntnis-sen, war nichts als Stenograph und Raschmensschreiber und konnte auch lediglich nur registrieren. Mit einem solchen Mann kann man in Berlin als Bureauchef nicht auskommen. — Verteidiger Löwenstein: Das ist aber doch eine Erfahrung, die Sie erst später ge-macht haben. — Zeuge: Das alles hatte mir schon Herr v. Schüy mitgeteilt.

Es folgt dann die Verlesung des Antwortschreibens des Direktors Eccius an Herrn v. Mehen, das im Original vorliegt und vom An-geklagten Eccius anerkannt wird. Es ist vom nächsten Tage (24. August 1909) aus Essen datiert und lautet:

„Hochverehrter Herr v. Mehen! Ich kann mir denken, mit welcher Ungeduld Sie Herrn Dreger erwarten. Ich spreche morgen mit ihm. Besten Dank für Ihren gestrigen Brief in Sachen Brandts. Dieser schreibt gleichzeitig, ich möchte darauf aus nahe liegenden Gründen nicht antworten. Dagegen würde es mir lieb sein, eine Aufstellung des Jahres-durchschnitts seiner Auslagen zu bekommen. Ich werde mich bemühen, die Sache schnell zu regeln, eventuell lasse ich Brandt auch zum Abschluß eines neuen Vertrages nach Essen kommen.“

Vorsitzender: Angeklagter Eccius, ich möchte von Ihnen wissen, welche nachfolgenden Gründe es waren, aus denen Sie damals nicht ant-

worten konnten. — Angeklagter Eccius: Ich wollte nur auf den Brief von Brandt nicht antworten. — Vorsitzender:

Ich nein, das steht in dem Brief nicht drin. Man kann wohl nicht annehmen, daß das gemeint ist. — Angekl. Eccius: Das geht aber doch aus dem folgenden Satz hervor, daß er zu einem neuen Vertrag nach Essen kommen solle. — Vors.: Das scheint mir doch nicht so zu sein. — Angekl. Eccius: Ich kann mich nicht entsinnen, was ich damals gemeint habe. — Vors.: Das ist ja richtig, daß man sich nicht bei jedem Brief erinnert, was man sich beim Schreiben gedacht hat; aber das hier ist doch etwas ganz anderes. Ich kann nur annehmen, daß Sie sagen wollten, über solche Sachen schreibt man nicht, sondern erledigt sie mündlich. Wollten Sie eine nähere Erklärung abgeben? — Angekl. Eccius: Nein! — Zeuge v. Meyen: Ob Brandt die Jahresaufstellung gemacht hat, weiß ich nicht, er ist aber darauf nach Essen gefahren. — Angekl. Brandt: Ich habe sie nicht gemacht, denn ich bin am nächsten Tage nach Essen gekommen. — Zeuge v. Meyen: Das ist nicht richtig. Herr Eccius war gar nicht mehr in Essen, die Reise ist erst später erfolgt. — Der Vorsitzende befragt das. — Ein Beistellter: Herr Zeuge, wie haben Sie den Passus ausgelegt, „aus naheliegenden Gründen“? — Zeuge: Ich habe mir darüber den Kopf nicht zerbrochen. Daß Herr Eccius nicht schriftlich über Dinge korrespondieren wollte, die

das Licht der Welt scheuen,

ist doch vollkommen klar. Herr Eccius ist Jurist genug, um etwas schriftlich über solche Dinge aus der Hand zu geben, sei es an mich, sei es an Brandt. — Vors.: Angekl. Brandt, was haben Sie geschrieben? — Angekl. Brandt: Das weiß ich nicht mehr genau. — Angekl. Eccius: Ich erinnere mich dessen auch nicht mehr. — Verteidiger Justizrat Gordon ist der Meinung, daß die Worte „aus naheliegenden Gründen“ sich auf eine Antwort an Brandt beziehen. — Vors.: Das ist doch ausgeschlossen. Es geht doch aus dem Wortlaut hervor, daß Herr Eccius schrieb: „Ich möchte aus naheliegenden Gründen Ihnen zum Fall Brandt nicht antworten.“ — Verteidiger Löwenstein: Brandt hatte doch aber gleichzeitig geschrieben und dann erst schreibt Herr Eccius: „Ich möchte auf diese Angelegenheit nicht antworten.“ — Vors.: Es handelt sich um drei kurze Sätze. Hinter jedem steht ein Punkt. Was gemeint ist, ist doch ganz klar.

Hierauf wird der nächste Brief des Herrn v. Meyen an Eccius verlesen, der wieder beginnt: „Hochverehrter Herr Eccius!“ Er spricht dann von seiner Ungeduld, von Herrn Dregger bei den maßgebenden Militärbehörden vorgestellt zu werden und fährt fort: „Was Herr v. angeht, so gehe ich gern auf Ihre Anregung ein, ihn zur Besprechung nach Essen kommen zu lassen. Ich will ihn ohnehin nach Essen schicken, damit er sich über Marineangelegenheiten informiert.“ — In einem weiteren Brief an Eccius schreibt v. Meyen, daß er voraussichtlich mit Kern nicht werde auskommen können.

In dem Briefe wird weiter ausgeführt, daß Brandt in den Älten besser orientiert sei wie Kern, und daß er die ausländischen Älten studieren solle, wozu er durch seine Sprachkenntnisse besonders geeignet sei, er werde sich dafür gut machen. Er habe jetzt schon so viel zu tun, daß ihm kaum Zeit übrig bleibe. Er habe das Bureau zu beaufsichtigen und die zeitraubenden Preis- und Terminaufstellungen zu machen, sowie ganz vertrauliche Notizen des Herrn v. Meyen zu behandeln und dann

„die Kornwalzer,

welche, wie ich hoffe, immer mehr ausgefaltet werden und die ich mich bemühen will, in noch unversänglicheren Formen zu bringen. Da ich gerade bei diesem Gegenstand bin, bitte ich auch um Uebermittlung eines namentlichen Verzeichnisses derjenigen Personen in Essen, denen die Kornwalzer zugänglich oder denen sie zufallen. An Brandt habe ich meine Freunde. Nachdem ich ihm den Rücken gestärkt habe, kann er mit größerer Sicherheit auftreten. Er muß auch Besuche empfangen, was infolge meiner häufigen Abwesenheit notwendig ist und löst seine Aufgaben geschickt. Man darf ihn nur nicht loslassen. Ich bitte die Angelegenheit mit B. zu ordnen. Er muß in Verlegenheit sein, denn er hat mich um eine ganz niedrige Summe“ angeborgt. — Vors.: Während Sie hier in diesem Briefe erklären, daß Brandt viel zu tun gehabt habe, haben Sie früher gesagt, daß Brandt außer der Nachrichtenbeschaffung nichts gemacht habe im Bureau. — Zeuge: Die Aufzeichnungen, die ich vorher gemacht habe, sind allerdings etwas scharf und ich habe das, was mir Herr Eccius in Essen gesagt hatte, nicht im ganzen Umfang bestätigt gefunden. Die Älten waren sehr reichhaltig und unübersehblich. Es fehlte eine Registratur usw. — Vors.: Ja, aber wenn Sie sagen, Kern habe wenig getan, so muß doch Brandt auch etwas gemacht haben. — Zeuge: Kern war ein außerordentlich genauer und langamer Arbeiter und er brachte in der gleichen Zeit weniger vor sich, wie Brandt. — Vors.: Sie schreiben aber doch, daß das, was Dregger gesagt habe, nicht ganz richtig sei, denn Brandt sei mindestens so orientiert, wie Kern. — Zeuge: Gewiß, Brandt wußte in den Älten oft besser Bescheid als Kern. Er hat aber niemals die Älten gesehen oder so, das machte Kern. Brandt hat nur von dem Inhalt der Älten Kenntnis genommen. — Angekl. Brandt erklärt dazu, ein ganzes Jahr lang an der Herstellung eines Buches gearbeitet zu haben, das eine genaue Zusammenstellung aller Geschäfte, ihrer Eigenschaften und Preise enthielt, was eine kolossale Arbeit gewesen sei, so daß er zu anderen Bureauarbeiten weniger kam. Der Zeuge v. Meyen bestätigt, daß Brandt ihm dieses Buch gezeigt habe und daß dieses Buch eine große Arbeit war. Es sei aber in der Hauptsache nichts anderes als eine Zusammenfassung der auf dem Wege der „Kornwalzer“ erzielten Verbindungsergebnisse gewesen. — Angekl. Brandt: In dem Buche stehen ausschließlich offizielle Angaben der Behörden, nicht ein „Kornwalzer“ ist dazu verwendet. — Verteidiger Löwenstein: Der Zeuge hat früher gesagt, daß Brandt seine ganze Zeit mit Nachrichtenbeschaffung ausschließlich verbracht habe. Jetzt sagt er, mit der Bearbeitung von Nachrichten. Ich stelle fest, daß der Zeuge dies erst zugegeben hat, nachdem ihm Brandt eine Vorhaltung gemacht hat. — Vorsitzender: Sie schreiben ja auch, daß Kern in eine Gehaltsstufe eingedungen sei, die seinem Können nicht entsprach. Wie kommen Sie dazu? — Zeuge: Kern war der Liebhaber des Herrn v. Schütz, der für ihn alles getan hat, um ihn gutzustellen. Er war der Geheimsekretär des Herrn v. Schütz und mit Rücksicht darauf hat er mehr Gehalt bekommen, als Leute derselben Kategorie in Essen. Der Zeuge v. Meyen erklärt noch, daß seine Bemerkung über die starke Inanspruchnahme Brandts dahin zu verstehen sei, daß Brandt für die Kornwalzer nur diejenige Zeit zur Verfügung gehabt habe, die ein

anderer zu Hause zu verleben

pflege. Es wird nun der Satz aus diesem Briefe erörtert, worin Herr v. Meyen die Hoffnung ausdrückt, daß die Kornwalzer immer mehr ausgefaltet werden. — Vors.: Daran geht doch hervor, daß Sie selbst daran mitwirkten, daß es Ihr Wunsch war, daß diese Tätigkeit noch mehr ausgefaltet wurde, und Sie schreiben ja auch, daß Sie sich bemühen wollen, die Kornwalzer in noch unversänglicherer Form zu bringen. Da muß man doch annehmen, daß Sie dabei mitwirkten. — Zeuge: Als ich nach Berlin kam, legte mir Brandt einen sogenannten Kornwalzer vor. Als ich den sah, war ich ziemlich beruhigt. Ich hatte niemals vorher meinen Fuß in das preussische Kriegsministerium gesetzt und konnte nicht ahnen, wie die Berliner Militärbehörden ihren Geschäftsgang handhaben und woher Brandt eigentlich diese Nachrichten hätte. Ich fand zu nächst, daß die Kornwalzer kolossal harmlos waren, denn sie enthielten zunächst Zusammenstellungen der Fabriken, die Lieferungen zu den und den Preisen bekommen hatten. Ich hielt das für ganz unversänglich. Den Eindruck wird jeder haben, der mit dem Geschäftsgang bei den Behörden hier nicht vertaucht ist. Dagegen bin ich durch eine Nachricht, die mir Brandt brachte, sehr unangenehm überrascht worden. Bei unserer ersten Zusammenkunft erzählte er mir, daß ein an den Landrat a. D. Nötger geschickter

Kornwalzer fehlgegangen

und daß er erst nach einer Reihe von Tagen an seine Adresse gelangt sei. Ich sagte mir, wenn ein solches Schriftstück in unrechte Hände gerate, wenn das möglich sei, daß die

Sicherheit der Landesverteidigung

und auch, was ich gar nicht leugnen will, die Sicherheit der Firma Krupp dann gefährdet werden könne. Ich habe Brandt auch gesagt, daß die feilbietensmäßige Gestaltung der Kornwalzer fortfallen könne und sie nur auf kurze Notizen beschränkt sein sollen sowie daß die Gegenstände der Heeresausrüstung mit Codeworten bezeichnet werden sollen, damit sie ein Unbefugter nicht erkennen könne. Ich habe auch Brandt gefragt, warum er denn die Kornwalzer unterschreibe, und es ist daraufhin unterblieben. — Vors.: Wozu wollten Sie das Namensverzeichnis der Empfänger haben? — Zeuge: Auch nur im Interesse der Sicherheit. — Vors.: Wollten Sie durch dieses Verzeichnis vielleicht wissen, wie die Kornwalzer für den einen oder anderen Herrn interessanter gestaltet werden sollen, indem sie Dinge mitteilen, die für den betreffenden Empfänger besonders interessant sind? — Zeuge: Nein. — Vors.: Oder gingen Sie vielleicht von vornherein darauf aus, ein Verzeichnis derjenigen anzulegen, die mit dieser Sache Bescheid wußten? — Zeuge: Das hätte mir damals ja absolut nichts genützt. Ich wollte nur wissen, in welche Hände die Kornwalzer geraten, wie weit das geht und wer Bescheid weiß. — Es entspann sich nun eine kurze Erörterung darüber, ob der Zeuge v. Meyen dem Angeklagten Brandt den in dem Briefe erwähnten Betrag — es sind 900 M. gewesen — zu dem Zweck oder in Kenntnis seiner Verwendung zur Bewirtung von Zeugoffizieren usw. geborgt habe. Der Zeuge verneint dies entschieden und auch der Angeklagte Brandt kann dies nicht bestritten. Er hat wohl dem Zeugen mitgeteilt, daß er sein eigenes Geld durch die Bewirtung ausgegeben habe und daß er Geld für sein Grundstück brauche. — Verteidiger Löwenstein bemerkt noch mit Bezug darauf, daß der Zeuge gesagt hatte, der Verlust des an Landrat a. D. Nötger gerichteten Briefes habe die Herren in Essen in die größte Aufregung versetzt, daß diese Aufregung doch ganz einfach auf die Möglichkeit des Bekanntwerdens von Geschäftsgeheimnissen zurückzuführen werden kann. — Verteidiger Dr. v. Gordon wünscht eine Feststellung darüber, ob in dem Auszug dieser Korrespondenz, den Herr v. Meyen in der Verhandlung vorgestern produziert und den er sich, wie er sagt, zu dem Zweck angelegt hat, um sein Gedächtnis zu unterstützen, der Satz von der besseren Ausgestaltung der Kornwalzer und ihrer unversänglicheren Fassung enthalten sei. Der Vorsitzende stellt fest, daß dieser Satz in dem Auszug nicht enthalten ist und fragt den Zeugen nach der Ursache. Der Zeuge antwortet zunächst mit der Behauptung, daß von dem Vorhandensein dieser Korrespondenz sowohl Eccius wie auch das Gericht längst Kenntnis gehabt haben müsse, da doch oft davon die Rede gewesen sei. Der Vorsitzende, der Oberstaatsanwalt und Untersuchungsrichter begehren jedoch, von dem Vorhandensein der Korrespondenz nichts gewußt zu haben. — Vert. Dr. v. Gordon bemerkt dazu: Sie sagen jetzt, das Gericht

mußte die Korrespondenz kennen,

und dabei haben Sie doch in den Zeitungen angekündigt, Sie würden mit etwas ganz Neuem kommen. — Zeuge: Ich habe allerdings angenommen, daß die Verteidigung das Präventive spielen und mir diese Waffe entwinden würde. Es wird nun auf die Weglassung des Satzes über die Kornwalzer in dem Auszug zurückgegriffen. Der Zeuge erklärt, daß hierbei keinerlei Absicht obgewaltet habe, da dieser Satz für den Gegenstand seiner Zeugenansage ihm weniger wesentlich erschienen sei. — Vert. Löwenstein: Wenn Sie den Auszug nur zur Unterstützung Ihres Gedächtnisses hergestellt haben, warum haben Sie denn davon Kopien machen lassen, die ebenfalls befragbar wären? — Zeuge: Um eventuell das Material auch an andere Stellen, die sich dafür interessieren, weiter zu geben. Ich brauchte ja nicht allen Herren, denen ich das Material eventuell gegeben hätte, auch den Satz über die Kornwalzer mitzutellen. Verteidiger Dr. v. Gordon: Haben Sie nicht dem „Berliner Tageblatt“ und der „Nationalzeitung“ einen großen Teil dieser Korrespondenz gezeigt? Ueberlegen Sie sich doch Ihre Antwort in Ihrem Interesse, das Ihnen ja sichtlich wichtig ist. — Der Zeuge erklärt, der Presse die Briefe nicht zur Verfügung gestellt zu haben. Nur einen einzigen Brief der Firma habe er aus der Hand gegeben. — Auf eine Frage des Oberstaatsanwalts erklärt der Angeklagte Brandt, daß er niemals Kornwalzer unterschrieben hat, sondern nur in früherer Zeit Herr v. Schütz. — Der bereits als Zeuge benannte Direktor Mouths bekräftigt diese Erklärung.

Es wird nun ein Schreiben vom 18. September 1900 verlesen. Es ist die Antwort auf das vorige Schreiben des Herrn v. Meyen und ist von Marquardt unterzeichnet. Darin wird dem Herrn v. Meyen mitgeteilt, daß die Kornwalzer

regelmäßig außer den Herren Nötger, Mouths und v. Dewitz die Herren bekommen, die ein besonderes Interesse dafür haben. Es heißt dann weiter: „Sie können also Ihre Tätigkeit darin ruhig ausüben, ohne befürchten zu müssen, daß dadurch unnütze Arbeit entsteht.“ — Vors.: Nach den Worten „Ihre Tätigkeit“ müssen Sie also doch an den Kornwalzern beteiligt gewesen sein? — Zeuge: Das war die Auffassung des Briefschreibers. — Vors.: Warum haben Sie dagegen nicht remontriert? — Zeuge: Ich habe das Kapitel, das ich für moralisch nicht einwandfrei hielt, nie berührt, denn ich weiß, daß Vorgesetzte es nicht sehr schätzen, wenn Untergebene ihnen moralische Vorlesungen halten.

Verteidiger Rechtsanwalt Löwenstein: Vorher haben Sie gesagt, Sie hätten wissen wollen, an wen die Kornwalzer gehen, wegen der Sicherheit, und jetzt hat Ihnen die Antwort genügt, daß die Kornwalzer an alle gingen, die ein Interesse daran hätten. — Zeuge: Ja. — Auf eine Frage des Vorsitzenden erklärt der Angeklagte Eccius, daß er zwar Wert auf die Kornwalzer gelegt habe, ob auch die anderen Herren, das wisse er nicht. Es kommt dann ein weiteres Schreiben zur Verlesung, und zwar vom 23. Juni 1910. In ihm teilt v. Meyen dem Direktor Dregger seine schwere Erkrankung mit, die einen mehrmonatigen Urlaub notwendig mache. Er schreibt dann: „Ich hänge an der Stellung aus ethischen Gründen, nicht aber aus finanziellen Gründen. Es ist kein Geheimnis, daß ich die Stellung nur widerwillig und auf Drängen wider meine eigenen Interessen angenommen habe. Es hat genug Stimmen gegeben, die meinten, ich läme in eine unangenehme Situation und würde in Berlin übers Ohr gehauen. Ich habe aber doch ausgehalten, um den Beweis zu erbringen, daß die mißgünstigen Stimmen unrecht haben. Deshalb habe ich auch niemals eine Aussprache über meine Stellung zu Herrn Dregger herbeigeführt. Jetzt aber, da ich monatelang aussetzen muß, ist es notwendig, daß ich einmal über diese Dinge spreche.“ — Zeuge v. Meyen: Dieser Brief ist lediglich zu verstehen aus meinem Verhältnis zu Herrn Dregger. — Vors.: Wie erklären Sie die Bemerkung, daß Sie nur aus ethischen Gründen an der Stellung hängen? — Zeuge v. Meyen (schlachzend und mit weinender Stimme): Die Erklärung ist sehr einfach. Ich bin durch Herrn Dregger überhaupt erst bei Krupp angekommen und war ihm sehr dankbar. Das Verhältnis zu Herrn Dregger war das

absoluter Ergebenheit

und einer vollkommenen, vielleicht selten vorkommenden Freundschaft. Ich habe die Berliner Vertretung wider besseres Einsicht und auf Drängen angenommen. Als Herr Dregger nach Berlin versetzt wurde, war ich selbstverständlich in eine unangenehme Position gekommen. Es konnten nicht zwei das selbe tun. Es mußten sich dadurch, wie sich das auch zeigte, Unzufriedenheiten ergeben. Wäre es nicht Herr Dregger gewesen, so wäre ich überhaupt nicht geblieben. Herr Dregger hat das auch eingesehen. Den Brief habe ich übrigens zu einer Zeit geschrieben, als ich damit rechnen mußte, überhaupt nicht mehr gesund zu werden. Ich wollte nicht nach Berlin gehen, weil ich da auf ganz unbekanntem Boden kam. Herr Eccius hat mir aber scharf zugehört, die Vertretung anzunehmen. Nachdem ich einmal zugesagt hatte, schied er mich zu Herrn v. Schütz und da wurden mir die Dinge mit Brandt eröffnet.

Am 20. Dezember 1910 schreibt der Zeuge v. Meyen an Direktor Eccius: „Ich habe große Schwierigkeiten mit Herrn Brandt, der nicht mehr mit mir will. Bitte, vergessen Sie nicht meine Weihnachtstrennung. Wenn es diesmal 2000 M. statt

1500 M. wären, so würde das sehr gut sein. Er steckt nämlich in Schulden, nicht nur bei mir, sondern auch bei anderen, und das könnte unangenehm werden.“ — Vors.: Was sind denn das für Schwierigkeiten, die Brandt gemacht hat? — Zeuge: Ich habe das ganze Jahr 1910 hindurch gar keine Schwierigkeiten mit ihm gehabt. Sechs Monate war ich krank und auf Urlaub. In der Zwischenzeit verwaltete Brandt das Bureau. Von den Kornwalzern habe ich während der ganzen Zeit kaum etwas gesehen. Ich glaube, ich habe das ganze Jahr hindurch nicht einen gesehen. Aber trotz seiner erheblichen Einkünfte hatte Brandt finanzielle Schwierigkeiten. Er war auch mir 300 M. schuldig. Ich hatte ihn nicht gedrängt, Brandt wollte mich wohl veranlassen, daß ich bei der Firma etwas wegen Erhöhung der Weihnachtsgroßzahlung täte. Er hatte die Eigentümlichkeit, bei jeder Gelegenheit darauf hinzuweisen,

was er für ein Leben habe.

Gewiß sei er Bureaurotiker. Aber wenn die anderen Herren nach Hause gingen, dann fange der Berkehr mit den Leuten für ihn erst an, die ihm Nachrichten gaben. Er sagte auch, er habe kein richtiges Familienleben wie andere, denn die Leute seien bei ihm in der Wohnung. Ich mußte ihm auch zugeben, daß er recht hatte, wenn er sagte, daß er dafür nicht genug bezahlt werde. — Vors.: Das haben Sie anerkannt? — Zeuge: Damals nicht, aber jetzt erkenne ich es als berechtigt an. Dann kam er immer wieder auch auf diese Kornwalzer zu sprechen und sagte, was er denn davon hätte, sie brästen ihm nichts ein, kosteten ihn im Gegenteil viel Geld. — Vors.: Was wollten Sie denn damit sagen, „das kann unangenehm“ werden? — Zeuge: Brandt war orientiert über Dinge, die

nicht nur die Oebersverwaltung

angingen, sondern die auch der Firma unangenehm werden konnten. Da ist es doch klar, daß Unannehmlichkeiten entstehen konnten! — Rechtsanwalt Löwenstein: Ich erinnere mich, daß der Zeuge früher gesagt hat, daß er dem Drängen Brandts auf Erhöhung seiner Einkünfte Preis entgegengetreten sei. — Zeuge: Das ist nicht richtig. Dieser Brief ergibt ja das Gegenteil. — Rechtsanwalt Löwenstein: Gewiß, jetzt haben wir das gelesen, aber früher haben Sie in der Öffentlichkeit es anders dargestellt. — Zeuge: Mir ist das nicht innerlich. — Rechtsanwalt Löwenstein: Wenn ich richtig gehört habe, hat der Zeuge gesagt, daß er bis dahin in dem ganzen Jahre keinen Kornwalzer gesehen habe. — Zeuge: Ich war 6 Monate krank und erinnere mich nicht, in dem Jahr einen Kornwalzer in die Hand bekommen zu haben. — Rechtsanwalt Löwenstein: Sie haben doch aber vorher gesagt, daß Sie ein Interesse daran hatten, die Namen der Direktoren zu erfahren, die die Kornwalzer lesen, weil darin sehr geheime und wichtige Dinge enthalten seien. — Jetzt wollen Sie kaum einen Kornwalzer gelesen haben. Wie ist das zusammenzubringen? — Zeuge v. Meyen: Ich war damals ein Jahr Vertreter und ein halbes Jahr war ich auf Urlaub gewesen. In dieser Zeit lag die Kornwalzerangelegenheit ganz in den Händen Brandts. Ich habe mich darum fast gar nicht bekümmert. Aber ich kann nicht bestreiten, ob ich nicht doch einmal einen Kornwalzer in die Hand bekommen habe. — Rechtsanwalt Löwenstein: Wenn Sie keinen Kornwalzer gesehen haben, dann ist es nicht recht verständlich, was für ein Interesse Sie daran hatten, die Namen derjenigen zu erfahren, die die Kornwalzer lesen. — Zeuge: Die Antwort, die Sie darauf bekommen, Herr Rechtsanwalt, werden Sie nicht erwartet haben. Mein Interesse an den Kornwalzern war schon in sehr hohem Maße vorhanden, ehe ich nach Berlin kam. Die Mitteilungen, die ich in Essen

von den Herren Eccius und v. Schütz

über die Kornwalzer bekommen habe, waren viel wichtiger als alles, was ich später in Berlin an Kornwalzern gesehen habe. Bis dahin hatte ich ja fast keinen Kornwalzer gesehen und Herr Brandt legte mir, als ich nach Berlin kam, einige Kornwalzer vor. Ich sah daran, wie sie abgefaßt waren. — Vorsitzender: Sind Sie fertig mit Ihrer Erklärung? — Zeuge: Ja. — Vorsitzender: Ich dachte, die Sache kommt erst noch (weiter). Sie sagten doch in einem früheren Schreiben, daß Ihnen der Inhalt der Kornwalzer sehr wichtig erschien! — Zeuge: Jener Brief datiert vom September 1910, als ich 14 Tage in Berlin war. Da hatte ich natürlich großes Interesse, festzustellen, was mit den Kornwalzern geschah und an wen sie gelangten.

In einem weiteren Schreiben vom 13. Juni 1911, das mir unvollständig ist, lautet der Schluß: „Wie gern ich von Berlin gehe, von wo ich nur unangenehme Erfahrungen mitnehme.“ Der Rest fehlt und der Zeuge v. Meyen kann auch nicht angeben, weshalb der Brief nicht vollständig ist. Auf Befragen erklärt Zeuge v. Meyen: Ich hatte den Eindruck, daß ich hier in Berlin in eine Sackgasse geraten war. Meine Stellung behagte mir nicht. Auf der einen Seite hatte ich Herrn Brandt und auf der anderen Seite Herrn Dregger. Meiner Ansicht nach war ich ganz überflüssig. Ich hatte auf Herrn Eccius die Hoffnung gesetzt, daß er das einsehen und mich von Berlin wegnehmen würde. Ich habe eindringlich auf ihn eingewirkt, mir eine andere Stellung zu geben. — Angeklagter Brandt: Das verstehe ich nicht, wenn Herr v. Meyen schreibt, ich hätte auf der einen Seite gestanden. Herr v. Meyen hätte sehr viel bei den Behörden tun können. Er hätte auch offiziell vieles erfahren, was ich ermitteln mußte. Er hat aber nichts getan. Er war ein

sehr guter Chef zu mir

und das Verhältnis war so, daß er nur mit den Augen zu zwinkern brauchte. Ich wäre ihm nie im Wege gewesen. — Zeuge: Für gewisse Sachen mag das wahr sein, für andere aber ist es unwahr. Manche Sachen waren nur vertraulich zu erfahren und erklärlicherweise waren diese Mitteilungen am meisten geschätzt. — Rechtsanwalt Löwenstein: Ist es richtig, daß Ihr Verkehr mit Brandt ein freundschaftlicher war? — Zeuge: Ja. — Justizrat v. Gordon: Haben Sie sich auch Dregger oder einem anderen Herrn gegenüber über die Kornwalzer beschwert? — Zeuge: Mein Verhältnis zu Herrn Dregger war so, daß ich es nie gemagt hätte, mit ihm darüber zu sprechen. Ich habe aber Herrn Eccius gesagt, daß dies außerordentlich gefährlich wäre. Wenn es herauskäme,

würde die Firma Krupp vielleicht in die Luft

(Große Heiterkeit). Wir sahen auf einem Pulverfab. — Vorsitzender: Wann haben Sie mit Eccius darüber gesprochen? — Zeuge: Das ist mehrfach geschehen. Ich habe wiederholt, da Eccius häufig in Berlin war, auf die Gefährlichkeit der Sache hingewiesen. — Angeklagter Eccius: Ich bestreite durchaus, daß der Zeuge von der Gefährlichkeit der Kornwalzer gesprochen hat. Er hat nur auf die Unannehmlichkeit seiner Berliner Stellung hingewiesen und es war sein Wunsch, daß ihm in der Krupp'scher Hierarchie eine andere Rangstellung gegeben würde, damit er neben Herrn Dregger einen besseren Rahmen habe. — Oberstaatsanwalt (zum Zeugen v. Meyen): Ob Sie bereidigt werden, wird ja vom Gericht abhängen. Sie müssen aber mit der Möglichkeit der Verteidigung rechnen. Ich frage Sie: Können Sie

auf Ihren Eid nehmen,

daß Sie diese Wendung bestimmt einmal zu Herrn Eccius getan haben? — Zeuge: Bezüglich der Wendung vom Pulverfab. muß ich das verneinen. Auf den Ausdruck will ich mich nicht festlegen. Ich weiß nicht, ob der Ausdruck Pulverfab. gegenüber Herrn Eccius oder Herrn Dregger gefallen ist. Bei der Wichtigkeit dieser Sache möchte ich nicht bestreiten, daß ich zu Herrn Eccius vom Pulverfab. gesprochen habe. — Vors.: Was haben Sie denn zu Herrn Eccius gesagt? — Zeuge: Ich kann beschwören, daß ich mehrfach mit Herrn Eccius über die Gefährlichkeit der Kornwalzer gesprochen habe. Aber ich habe niemals gesagt, daß ich die Sache für unmoralisch halte. Das würde mir unüberwindlich erschienen sein, denn Herr Eccius wußte ja genau, um was es sich handelte. — Vors.: Inwiefern sollte die Sache gefährlich sein? — Zeuge: Ich habe erst später erfahren, daß Brandt mit aktiven Militärpersonen in Verbindung stand. Gefährlich hielt ich die Sache,

Woll ich wußte, daß die Firma Krupp von diesen Seiten angegriffen wurde. Wenn das bekannt wurde, würde man darin etwas sehen, was unbedingt nachteilig wirken mußte. — Vorf.: Weinen Sie, daß es auch gefährlich war, weil es gegen bestimmte Paragrafen des Strafgesetzbuchs verstieß? — Zeuge: Darüber war ich mir klar, daß

Bestechung vorlag.

— Vorf.: Haben Sie Herrn Cecius das gesagt? — Zeuge: Nein. — Vorf.: Inwiefern betonten Sie denn dann Herrn Cecius gegenüber die Gefährlichkeit der Sache? — Zeuge: Wenn die Sache bekannt wurde, mußte es einen Skandal geben, der weit über den Wert der Sache hinausging. Ueber die Art der Gefährlichkeit selbst habe ich mit Herrn Cecius nicht gesprochen. — Vorf.: Haben Sie nie gesagt, daß Brandt für die Nachrichten Geld gab? — Zeuge: Das wußte ich ja selbst nicht. Ich wußte nur, daß er einen ausgebreiteten Verkehr hatte zwecks Erlangung von Nachrichten. Daraus machte Brandt selbst keinen Hehl. — Verteidiger Rechtsanwalt Löwenstein: Haben Sie Brandt, der Ihr Untergebener war, als Vertreter der Firma Krupp nicht Vorhaltungen gemacht, daß er nichts machen dürfe, was gegen das Strafgesetzbuch verstieß? — Zeuge: Herr Rechtsanwalt, ich bin heute noch nicht orientiert über den Wortlaut der Paragrafen für die Bestechung. Ich habe oft mit Brandt darüber gesprochen und ihn oft verwahrt. Ich sagte ihm, es sei ja sehr schön, daß er diesen Verkehr pflege, fragte ihn dann aber auch einmal, ob nicht einmal etwas vorläge, was ihm Unannehmlichkeiten bringen könnte. Er antwortete darauf, daß ihm

niemand etwas vorwerfen könne.

Es wird dann ein Brief der Firma Krupp an von Rehen vom 13. Dezember 1911 verlesen, der von Cecius unterschrieben ist und worin dem Brandt 2000 M. Weihnachtsgroßartikulation in Anerkennung seiner Tätigkeit angewiesen werden; Herr von Rehen wird zur Auszahlung ermächtigt und er soll dem Brandt weiter eröffnen, daß die Firma ihm in Erwartung dauernder Dienste

1000 M. jährlich zehn Jahre lang

(wenn das Dienstverhältnis so lange dauere) aufspart. — Auf die Frage des Vorsitzenden, ob zu diesem Briefe etwas zu bemerken sei, erklärt der Zeuge von Rehen: Herr Präsident, ich halte diesen Brief für den verdächtigsten in der ganzen Sache. — Vorf.: Inwiefern? — Zeuge: Schon deshalb, weil er an mich gerichtet ist. Ich war der Vorgesetzte Brandts, aber alle Gehalts- und Gehaltsangelegenheiten wurden direkt zwischen ihm und der Firma geregelt. Der Brief bezieht sich auf eine vorher getroffene Besprechung zwischen mir und Cecius. Ich hatte Cecius erzählt, daß Brandt vor Weihnachten an mich herangetreten war, er wolle die Sache mit den Kornwalzern nicht mehr machen. Ich sagte Cecius: Ueberlegen Sie sich, was das bedeutet. Brandt macht Schwierigkeiten und jedesmal, wenn die Kornwalzer wieder verlangt werden, stellt er Wünsche nach Erhöhung seiner Bezüge. Hierin liegt eine Gefährlichkeit der Sache. Darum ist die Gewährung einer neuen Gratifikation von 1000 M. jährlich auf 10 Jahre nichts anderes als das Raubgeben unter dem Druck, den Brandt auf die Firma ausgeübt hat. Cecius hörte sich bei der Unterredung meine Worte an, sprach nicht weiter darüber und als Antwort kam dieser Brief. — Angell. Cecius: Mir sagte Herr v. Rehen, daß Brandt mit der Kornwalzerei aufhören wollte wegen seines Gesundheitszustandes. Weiter nichts. — Zeuge v. Rehen: Gewiß, auch aus diesem Gesichtspunkte erklärte Brandt, das nicht weitermachen zu wollen, denn ich begreife es ja, er zog abends immer herum, wenigstens sehr viele Tage im Monat, es fehlte ihm die Aufmerksamkeit. — Angell. Brandt: Es ist mir unverständlich, wie Herr v. Rehen von einem Druck sprechen kann, den ich ausgeübt habe. Wenn ich die Sache aus Gesundheitsrückichten nicht mehr machen kann oder sie nicht mehr machen will, so ist das doch kein Druck und keine Drohung. Ich wollte nur darauf aufmerksam machen, daß ich durch diese Tätigkeit vielleicht früher dienstuntauglich werde als andere, damit meine Weihnachtsgroßartikulation nicht geringer ausfalle als sonst. — Zeuge v. Rehen: Es ist ganz erklärlich, daß Brandt bei der ganzen Art seiner Aufgaben vor Weihnachten das Bedürfnis fühlte, seine Einnahmen zu erhöhen. — Vorf.: Erhalten die anderen nicht auch Weihnachtsgroßartikulationen? — Zeuge: Das weiß ich nicht. Ich habe keine bezogen. Franzos wurden an das Personal keine Gratifikationen verteilt. Bei Herrn ist es mir nicht bekannt. Ich müßte es eigentlich wissen. — Verteidiger Justizrat v. Gordon: Warum finden Sie es auffällig, daß Cecius diese Angelegenheit mit Ihnen erörtert? Vielleicht äußert sich Direktor Haug einmal darüber. — Zeuge Direktor Haug erklärt, daß die Gehaltsangelegenheiten von der Firma immer mit dem Vorgesetzten des betreffenden Beamten oder Angestellten verhandelt werden. Es sei also hierin nichts Außergewöhnliches und Rehen müßte das eigentlich kennen. — Ein Beiführer: Wie kommt es denn, daß dieser Brief des Herrn Cecius im Gegensatz zu allem anderen mit der Hand geschrieben ist? — Angell. Cecius und Direktor Haug als Zeuge erklären, daß die Gehaltsangelegenheiten vor den Unterbeamten geheim gehalten werden, weshalb auch ein eigenes Bureau für diese Sachen bestünde. Es kommt aber vor, daß einzelne Direktoren in Personalfragen selbst schreiben. — Ein anderer Beiführer: Was für einen Verdacht erweckte es in Ihnen, daß dieser Brief an Sie gerichtet ist? — Zeuge v. Rehen: Ich bin 10 Jahre bei der Firma gewesen, habe aber einen solchen Brief weder der Form noch dem Inhalt nach jemals erhalten. — Der Beiführer: Das ist keine Antwort auf meine Frage. — Zeuge: Daß ein solcher Brief mir verdächtig erschien, muß man mir nachfühlen. — Verteidiger Justizrat v. Gordon: Sie wußten nicht, daß solche Gratifikationen in dieser Form sehr häufig vorkommen? — Zeuge:

Auf 10 Jahre?

Bert. Justizrat v. Gordon: Ueberhaupt auf eine bestimmte spätere Zeit. Man nennt das bei der Firma einen Scheckchein. — Zeuge: Bei der Firma kenne ich keinen analogen Fall. Das kann ich beschwören. — Oberstaatsanwalt: Wollen Sie zum Ausdruck bringen, daß diese Funktionszulage bewilligt wurde, weil sie Brandt bestimmten sollte, den Kornwalzereibetrieb fortzusetzen? — Zeuge: Ich bin der Ansicht, daß diese Reuzwendung von 1000 M. auf 10 Jahre bestimmt war.

dem Brandt den Mund zu stopfen.

Vorf.: Welchen Inhalt haben Sie dafür? Lediglich Ihre Uebersetzung? — Zeuge: Diese und die Gespräche mit Cecius, die ich schon bekannt habe. — Angellagerter Cecius: Es war oft die Rede davon gewesen, daß Brandt bisher keine Gelegenheit hatte, Ersparnisse zu machen. Diese Gratifikation auf 10 Jahre sollte ihm Ersparnisse sichern.

In einem späteren Schreiben übermittelt v. Rehen den Dank des Brandt für diese Zusage und fragt bei der Firma an, ob die Reuzwendung ein eigenes Vertragsformular erhalten soll und ob die 1000 M. jährlich verzinst werden, so daß Brandt nach Ablauf der 10 Jahre etwa 13000 M. erhalten würde. Er v. Rehen, nehme das an, bitte aber, es zu bestätigen. Hierzu bemerkt der Zeuge v. Rehen: Diese beiden Fragen dokumentieren doch mein Ersauern über das Schreiben von Cecius. Ich frage doch, wie es kommt, daß man das Brandt nicht persönlich mitteilte, und auch Brandt fragte mich, ob er sich von dem Schreiben nicht eine Abschrift machen könne. — Bert. Rechtsanwalt Löwenstein: Wenn Sie die 1000 M. für Brandt jährlich verzinst haben wollten, so wollten Sie ihm damit noch mehr geben. — Zeuge: Ich stehe ja nicht auf dem Standpunkt, daß Brandt hier zuviel bekommen hat. — Oberstaatsanwalt: Es ist doch aber eigenartig, daß Sie Schweigegebot zu sprechen, wenn man schreibt, Brandt sei hocherfreut über den gestopften Mund. (Weiterlekt.)

Direktor Cecius antwortete auf das letzte Schreiben, daß eine Verzinsung dieser Gratifikation nicht eintrete. Schließlich wird noch eine Urkunde v. Rehen verlesen, worin er berichtet, daß er 270 M. Trinkgelber ausgezahlt habe. Er erklärt hierzu, daß er die Weihnachtsgeschenke, die sonst unter Herrn v. Schütz den Dienern und Sekretären im Kriegsministerium gegeben worden seien, nicht gezahlt habe, sondern nur die Portiers, die er person-

lich kannte und die ihm beim Anmelden, beim An- und Ausziehen behilflich waren, mit kleinen Trinkgeldern belohnt habe.

Hierauf tritt die Mittagspause ein.

Nach der Pause befindet der Zeuge

Randrat v. D. Nütger,

daß es ein Verstum sein müsse, wenn in einem der Briefe erwähnt werde, daß ihm auch Kornwalzer zugewiesen seien. Er mag wohl gelegentlich in einem Briefe des Herrn v. Schütz über Kornwalzer etwas gefunden haben, müsse aber entschieden in Abrede stellen, daß er regelmäßig die Berichte bekommen habe. Eine gleiche Erklärung gibt Direktor Haug ab. Auf Befragen gibt der Zeuge Haug an, daß es durchaus kein vereinzelter Fall sei, wenn Brandts Gratifikationen erst in zehn Jahren fällig würden. Die Firma Krupp habe nach dieser Richtung Verpflichtungen in Höhe von 600 000 M. — Bert. Justizrat Dr. v. Gordon teilt mit, daß er das ganze Büchermaterial aus der Berliner Vertretung habe herbeischaffen lassen, damit Brandt zeige, wieviel er Bureaufähigkeit ausübt habe. (Es handelt sich um dieleibige Folianten, die vor dem Verteidiger ausgetümt sind.) Gegen die Verlesung aus den Büchern über Geschäftslieferungen erhebt der Oberstaatsanwalt mit Rücksicht auf die Gefährdung militärischer Geheimnisse Einspruch.

Es wird dann die Vernehmung des Zeugen v. Rehen fortgesetzt. Er erwidert und erhält die Erlaubnis, sich wegen seines leidenden Zustandes zu setzen. Zunächst erklärt er noch, daß er nicht ohne Beschäftigung, sondern in einer G. m. b. H. tätig sei und fährt dann fort: Die Kornwalzer gingen nach Essen an Herrn v. Deiwitz. — Vorf.: Sie sagten, daß Sie die Kornwalzer im ersten Jahre fast gar nicht gesehen hätten. Sind Ihnen später alle Kornwalzer vorgelegt worden? — Zeuge: Von 1911 ab habe ich wohl alle Kornwalzer gesehen und auch durchgesehen. — Vorf.: Worauf bezog sich der Inhalt der Kornwalzer in erster Reihe? — Zeuge: Es waren Mitteilungen über die

Preise der Konstruktoren

für Vergebungen. — Vorf.: Namen auch konstruktive Details darin vor? — Zeuge: Keines Wissens sind bis auf die letzten Kornwalzer konstruktive Details nicht in ihnen enthalten. Die letzten Kornwalzer datieren aus der Zeit, in der ich schon in Italien war. Ich belam die Kornwalzer übrigens nie im Original zu Gesicht. Erst nachdem sie nach Essen abgeschickt waren, gab mir Herr Brandt einen Durchschlag. — Angellagerter Brandt: Das ist richtig. — Vorf.: Haben Sie nicht darauf gebrungen, daß Brandt Ihnen die Kornwalzer vorher vorlegte? — Zeuge: Nein. — Vorf.: War die Firma auf die Kornwalzer angewiesen? — Zeuge: Herr Cecius hatte mir ja gesagt, daß man auf die Brandtschen Mitteilungen nicht verzichten konnte. Ob die Firma darauf angewiesen war, ist schwer zu beurteilen. Ich meine aber, daß, nachdem dieses System drei Jahre gehandhabt war, die Berichte durchaus nicht für die Firma von solcher Bedeutung waren, daß man sich Gefährden ausgießen brauchte. — Vorf.: Ich komme nun zu Ihrem Verhalten als Vorgesetzten gegenüber Brandt. Haben Sie ihm niemals verboten, sich diese Nachrichten zu beschaffen? — Zeuge: Nein. — Vorf.: Haben Sie sich Brandt nicht einmal vorgenommen und gefragt, wie er in den Besitz der Nachrichten gelangte? — Zeuge: Das ist mehrfach geschehen. Er sagte mir aber jedesmal, daß nichts Strafbares vorkomme. Die Herren seien seine Freunde, sie verkehrten bei ihm, er lade sie ein, trinke mit ihnen ein Glas Wein und führe sie ins Theater. Sie seien ihm dafür gefällig und beschafften ihm die Nachrichten. Herr Brandt war außerordentlich unvorsichtig in der Handhabung seines Materials. Man fand mehrfach Zettel auf seinem Schreibtisch herumliegen. — Vorf.: Haben Sie nicht einmal die Frage aufgeworfen, ob Brandt sich für diese Nachrichten erkundigt gezeige? — Zeuge: Das habe ich nicht gefragt. Ich wußte, daß Brandt die Repräsentationszulage hatte. Ich konnte nichts anderes annehmen, als daß er

seinen Freunden Zuwendungen

machte. Ich glaube aber, daß seine Ausgaben lediglich bedingt waren durch den Verkehr. — Vorf.: Hat Brandt auch einmal gesagt, wie schwer es sei, solche Nachrichten zu bekommen? — Zeuge: Er sprach sehr häufig über diese Dinge. Das war auch der Grund, daß ich zuletzt gegen ihn verstimmt war. Ich hatte ihm gesagt, wie Herr Cecius darüber dachte, daß er die Berichte für notwendig hielt, und ich habe ihm erklärt, daß ich von der Sache nichts sehen und nichts wissen wolle. Das letztere war

ja eigentlich Heuchelei von mir,

denn ich wußte ja von der Sache. Brandt hat mir auch über die A. P. K. geklagt und gesagt, daß er dort keine Mitteilungen bekomme, obwohl er sie früher bekommen hatte. Das sei auch der Grund dafür, daß die Herren, die die Angelegenheiten der A. P. K. in Essen zu bearbeiten hatten, von den Kornwalzern nichts wissen wollten. Brandt sagte, die Leute in der A. P. K. seien zu sehr gedrückt auf die Geheimhaltung. Das war für Brandt nicht angenehm, weil es sein mag, daß für die Firma ein dringendes Bedürfnis bestand, über die Verträge in der A. P. K. gern etwas zu erfahren. — Vorf.: Hat Brandt Ihnen auch von Geschenken gesprochen? — Zeuge: Er erzählte mir, daß

ein Herr im Reichsmarineamt

ihm mehrfach Geschenke mache, so daß er gezwungen sei, darauf mit Geschenken zu antworten. Der Zeuge gibt weiter an, daß Brandt ihm auf seine wiederholten Vorstellungen erklärt habe, daß von Rehen ihm in ungläublicher Weise die Sache erschwere. Ob von Rehen hierbei die Aeußerung getan hat: „Wir sitzen auf einem Sullan!“, kann er heute nicht mehr angeben, er habe aber bestimmt derartige Ausdrücke gebraucht. — Vorf.: Wen haben Sie unter „wir“ verstanden? — Zeuge: Auch mich selbst, denn ich mußte natürlich als erster in Betracht kommen, der Brandt bei seiner Tätigkeit unterstützte hatte und verantwortlich sein mußte, wenn sie an die Öffentlichkeit kam. Zu den Aeußerungen Brandts, daß er von dieser Tätigkeit gern befreit werden würde, weil sie ihn gesundheitlich und moralisch schädige, erklärt der Zeuge, daß er diese Aeußerungen nicht für ganz ernst gemeint gehalten habe, da Brandt wußte, daß, wenn er seine Tätigkeit nicht fortsetzt, nicht nur sein Einkommen geschmälert, sondern er auch von Berlin fortkommen würde, während er doch hier ein Haus und einen Garten erworben hatte, wozu er sehr hing. — Es folgt nun die Erörterung der italienischen Reise von Rehen. Er, Zeuge, gibt an, daß der damalige Kruppvertreter in Italien, ein Oberst, gestorben war, so daß die Vertretung neu besetzt werden mußte. v. Rehen glaubte, ein moralisches Anrecht auf diese Vertretung zu haben und hatte sich deshalb auch gegen seine Verlegung nach Berlin gestäubt. Um die Verhältnisse in Italien kennen zu lernen, reiste er dort hin. Der Vertreterposten wurde ihm unter zwei bestimmten Bedingungen von Dr. Dreger angeboten. Die eine Bedingung will der Zeuge heute nicht mehr nennen, denn er schlug sie aus, weil sie ihm unannehmbar schien. Die zweite war, daß er aus dem Gesamtamt der Firma ausscheide, freier Vertreter werde und hierfür

ein Prozent

von allen seit dem Tode des früheren Vertreters gemachten und weiterhin zu machenden Geschäften in Italien erhalten sollte. Dieses Angebot hat er zuerst angenommen, nachher aber nach Kenntnisnahme der Akten in Essen gebeten, das Januari juristisch annehmen und sich entscheiden zu können. — Vorf.: Es schwebt ja nun ein besonderer Streit zwischen Ihnen und der Firma wegen der

Affäre mit dem Herrn v. Wingen.

Ich würde diese Sache am liebsten aufheben, aber leider geht das nicht, denn es ist hier in der Beweisführung schon vorgebracht worden, daß Sie bis zu dieser Affäre niemals von Bestechungen der Firma Krupp gesprochen, seitdem aber Ihre Haltung gegenüber der Firma geändert hätten. Der Zeuge gibt nun an, in Mailand auf Empfehlung des deutschen Konsuls mit Herrn v. Wingen, einem der glänzendsten Kenner der italienischen Privatindustrie bekannt geworden und sehr viel mit ihm beisammen gewesen zu sein. Herr v. Wingen erklärte wiederholt, daß

er seit langem den Posten eines Kruppvertreters für Italien ersehnt habe, da er aber nun sehe, daß ich dafür in Aussicht genommen war, hielt er sich an mir mit Rat und Tat zu r Seite zu stehen, wo es möglich wäre. Er war in die Geschäfte der Firma Krupp außerordentlich eingeweiht und aus einer Aeußerung des Herrn Ruchon hierüber schloß ich, daß über Herrn v. Wingen der Firma Krupp von Herrn Cecius nicht viel berichtet wurde, weil Herr Cecius selbst auch auf diesen Posten aspiriert hatte. Der Zeuge erzählt dann, daß selbstverständlich Herr v. Wingen keine gründliche Kenntnis der italienischen Verhältnisse nicht gratis, sondern

gegen eine Provision

ihm zur Verfügung gestellt haben würde, und zwar sollten das 25 Proz. des Gesamteinkommens v. Rehen nicht nur der Geschäfte, an denen v. Wingen mitgewirkt hatte, sein. Dies erschien Herrn v. Rehen zu viel, da ja natürlich viele Geschäfte gemacht worden wären, an denen Herr v. Wingen nicht beteiligt gewesen wäre. Ich sagte mir, das ginge nicht, und erklärte Herrn v. Wingen, wir können uns ja auf andere Weise verständigen. Dabei dachte ich mir, daß ich ihn bei den Geschäften, die wir miteinander machen, auch viel mehr, selbst 50 bis 60 Proz., je nachdem, geben könnte. Herr v. Wingen aber scheint dies so aufgefaßt zu haben, als ob ich überhaupt verzichten wollte und er

mir die Vertretung abkaufen

sollte. Denn er antwortete mir sofort darauf: Ja, ich habe erst vor kurzem eine andere Vertretung gekauft. Ich hatte aber bezweifelhaft gar nicht beabsichtigt. — Vorf.: Der Vertrag ist aber doch nach dieser Richtung hin abgeschlossen. — Zeuge: Der Vertrag ist allerdings abgeschlossen in einem Augenblick der Kopflosigkeit von mir, die durch Herrn Ruchon entstanden ist. — Vorf.: Darauf kommen wir später. — Der Zeuge fährt dann weiter aus: Ich hätte nie daran gedacht, die italienische Vertretung, auf die ich mich seit Jahren gefreut hatte, auf diese Weise zu veräußern, wenn nicht infolge eines Briefes des Herrn Dr. Ruchon etwas dazwischen gekommen wäre. Ich wollte aus Berlin weg, nicht lediglich der Kornwalzer wegen, obwohl auch diese Sache eine große Rolle dabei spielte. Dagegen ist es unrichtig, daß ich Brandt los sein wollte. — Es wird ein Brief verlesen, der von Brandt in französischer Sprache an Herrn v. Rehen am 4. Juni 1912 nach Italien geschrieben worden ist. In diesem Briefe wendet sich Brandt gegen die Annahme v. Rehen, daß er, Brandt, ein Mann sei, der mit seinem Schicksal unzufrieden sei; er habe

genug Kämpfe, Unversämlichkeiten und Erniedrigungen

durchzumachen gehabt, um sich in einer ruhigen Position wohlfühlen. — Auf die Frage des Vorsitzenden, ob diese Kämpfe und Erniedrigungen sich nicht auf den Verkehr mit den Beamten beziehen, erklärt Brandt, daß er damit einen Streit mit der Hausdame in der ersten Zeit seiner Berliner Tätigkeit im Auge gehabt habe. Die Dame habe ihm Vorhaltungen gemacht, daß er den Boden belächelt hätte. — Vorf.: Ich kann mir doch nicht denken, daß Sie wegen dieses Streites mit der Hausdame von Kämpfen und Erniedrigungen sprechen; haben Sie nicht etwa gemeint, daß Sie Kämpfe in Ihrer Seele auszukämpfen und Erniedrigungen auszuhalten hatten wegen des Verkehrs mit den Beamten? — Angell. Brandt: Ich gebe zu, daß der Streit es nicht allein war. — Vorf.: In dem Brief heißt es weiter, daß es gelungen war,

einen Freund in die Feldzeugmeisterei

zu bringen, und Sie sagen dann: „Dies wird unseren Einfluß vermehren.“ — Angell. Brandt: Wenn ich den Brief deutsch geschrieben hätte, dann würde ich geschrieben haben, es sei einem Freunde gelungen, in der Feldzeugmeisterei anzukommen. — Vorf. (zum Zeugen v. Rehen): Was sagen Sie zu dieser Stelle mit dem Freund und dem verstärkten Einfluß. — Zeuge v. Rehen (nach langem Besinnen): Ich müßte

meine Aussage verweigern.

(Große Bewegung.) — Vorf.: Verweigern können Sie die Aussage nur, wenn Sie sich strafbar gemacht haben. — Zeuge: Das kann ich nicht zugehen. — Vorf.: Wenn aber kein gesetzlicher Grund vorliegt, dürfen Sie Ihre Aussage nicht verweigern. — Verteidiger Justizrat v. Gordon: Der Zeuge kann sich strafbar gemacht haben, wenn er an der Verschaffung von Nachrichten beteiligt war. — Vorf.: Er kann auch die Aussage verweigern, wenn er erklärt, daß er sich einer strafbaren Handlung schuldig gemacht hat. — Zeuge v. Rehen: Dann bitte ich, wie die Zeit zu gewöhnen, damit ich mich mit meinem Rechtsbeistand hierüber besprechen kann. — Vorf.: Das kann ich nicht zulassen. Sie müssen hier sofort antworten. — Es kommt dann zu längeren Ausführungen der Verteidiger darüber, ob ein Zeuge ohne besondere Erklärung, sich strafbar gemacht zu haben, die Aussage zu verweigern berechtigt sei. — Oberstaatsanwalt: Der Zeuge muß erklären: Ich mache von dem Recht der Zeugnisverweigerung Gebrauch, weil ich mich sonst einer strafbaren Handlung bezichtigen würde. Will der Zeuge diese Erklärung abgeben? — Zeuge: Nein, diese Erklärung kann ich durchaus nicht abgeben, im Gegenteil. — Rechtsanwalt Löwenstein: Eine solche Erklärung ist nicht notwendig, der Zeuge braucht nicht zu sagen, ich habe das und das getan, das liegt nicht im Sinne des Gesetzes. — Vorf.: Der Zeuge war ja der Teilnahme verdächtig; das Verfahren ist zwar gegen ihn eingestellt worden, damit ist aber nicht gesagt, daß ein solcher Verdacht gegen ihn jetzt nicht mehr besteht. Ich will mich vorläufig mit der Erklärung des Zeugen begnügen. — Rechtsanwalt Löwenstein: Hat der Zeuge den Brief beantwortet. — Zeuge: Ich habe aus Italien verschiedene Briefe geschrieben. — Rechtsanwalt Löwenstein: Hat der Zeuge auf den Satz mit dem verstärkten Einfluß geantwortet? — Zeuge: Nein, ganz sicher bin ich nicht darauf eingegangen. — Verteidiger Rechtsanwalt Löwenstein überreicht das Antwortschreiben des Zeugen v. Rehen, in dem über diese Stelle nichts enthalten ist. Dann wird ein Brief des Zeugen an Dr. Ruchon verlesen, in dem er auf die Schwierigkeiten der Uebernahme der italienischen Vertretung hinweist und erklärt, daß er damit eine gute und sichere Position aufgeben würde. — Vorf.: Da sagen Sie doch also, daß Sie an Berlin hingingen. — Zeuge v. Rehen: Herr Präsident, ich habe in meinen Briefen nicht immer das noch Essen geschrieben, was ich gedacht habe. — Verteidiger Rechtsanwalt Löwenstein: Welcher Grund war für Sie maßgebend, Herrn Dr. Ruchon die Unwahrheit zu sagen? — Zeuge: Die Rücksicht auf mein Verhältnis zu Dreger. — Verteidiger Rechtsanwalt Löwenstein: Sie haben doch auch zu Brandt gesagt, daß Sie sich in Berlin wohl fühlen. — Zeuge: Das glaube ich nicht. — Rechtsanwalt Löwenstein legt ein Schreiben v. Rehen aus Italien vor, in dem er auch von der italienischen Vertretung spricht und sagt, er habe sich Bedenken ausgedungen; wenn man im Auslande sei, merke man erst, welche Annehmlichkeiten Berlin biete, auch wenn man nicht im Gold stecke. Weiter weist Rechtsanwalt Löwenstein darauf hin, daß es in dem Brief an Brandt auch heißt: „Sie können mit Ihrer Stellung durchaus zufrieden sein, Sie stehen in

unangefochtenen, gesicherter Position.“

Der Verteidiger erklärt dazu, er verstehe nicht, wie man das gegenüber einem Manne sagen könne, den man der Bestechung schuldig gehalten habe. — Zeuge v. Rehen: Ich habe nichts direkt von der Bestechung gewußt, wenn ich auch auf dem Standpunkt stehe, daß in dem Freihalten mit Wein usw. eine Bestechung liegt. Brandt aber meinte, man kann mir nichts verdenken. — Angellagerter Brandt: Das bestreite ich. — Vorsitzender: Was wollten Sie mit der unangreifbaren Position sagen? — Zeuge: Meiner Ansicht nach hatte er sie. — Oberstaatsanwalt: Weinen Sie, bei der Firma Krupp? — Zeuge: Jawohl. — Oberstaatsanwalt: Oder der Öffentlichkeit gegenüber? — Zeuge: Nein. — Oberstaatsanwalt: In einem früher verlesenen Briefe befindet sich die Stelle: „Dah unser Einfluß wachsen würde, wenn jemand in eine einflußreiche Stellung gebracht wird.“ Es befindet sich hier der Verdacht, daß man gestrebt hat, einen Informator in eine einflußreiche Stellung zu bringen und eine Aeußerung Brandts hierzu bestätigt diesen Verdacht. Der Zeuge v. Rehen weint immer, wenn Dreger ge-

